

AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG



Demokratieatlas

Rechtsextremismus und
zivilgesellschaftliches Handeln

Herausgeberin

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Lisa Geffken, Alina Mönig, Judith Rahner, Jan Riebe

Autor*innen: Lisa Geffken, Enrico Glaser, Alina Mönig, Stefan Lauer,
Theresa Lehmann, Lea Lochau, Ronja Pohle, Simone Rafael, Judith Rahner,
Jan Riebe, Charlotte Sauerland, Anna Weers

Lektorat: Britta Kollberg

Titelbild: Mandy Münzner

Gestaltung und Illustration: Mandy Münzner

Grafiken zu Todesopfern rechter Gewalt: Moritz Stumm

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

© Amadeu Antonio Stiftung, 2024

Eine Publikation der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung im Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention.

Diese Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für ihre inhaltlichen Aussagen tragen die Autor*innen bzw. Partnerträger im Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mittragen.

Inhalt

Vorwort – 4

Zeitstrahl – ab 6 (*ganze Heft*)

1. Extrem rechte Mobilisierung im Wandel: von den Straßen in die Sozialen Medien bis in die Parlamente — 8

- 1.1. Elemente des Rechtsextremismus — 11
- 1.2. Steckbriefe verschiedener extrem rechter Strömungen — 16
- 1.3. Antidemokratische Mischmilieus als Herausforderung für die Rechtsextremismusprävention — 21
- 1.4. Die zwölf wichtigsten Strategien der extremen Rechten — 24
- 1.5. Digitale Mobilität und Reichweite rechtsextremer Player — 28
- 1.6. Rechtsextremismus und Geschlecht — 33

2. Hintergründe und Folgen rechtsextremer Normalisierung —

- 2.1. Erklärungsansätze — 36
- 2.2. Todesopfer rechter Gewalt — 39
- 2.3. Rechtsextreme Angriffe auf die Zivilgesellschaft — 48

3. Wie geht resiliente Demokratie? Strategien gegen Rechtsextremismus — 52

- 3.1. Von Satire, Hashtags und Massendemos: Beispiele kreativen Engagements — 55
- 3.2. Sich zusammentun: Zivilgesellschaftliche Initiativen erzählen aus ihrer Arbeit — 57
- 3.3. So geht's: Erfolge der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus — 62
- 3.4. Expertise bündeln und teilen – Das Kompetenznetzwerk Rechtsextremismus — 70
- 3.5. Staatliche Handlungsmöglichkeiten — 74
- 3.6. Warum es auf jede*n Einzelne*n ankommt: Das können Sie gegen Rechtsextremismus tun — 77

Literatur und Arbeitsmaterialien — 80

Beratung und Unterstützung — 82

Endnoten — 84

Vorwort

Liebe Leser*innen,

willkommen zu einer Reise durch die faszinierende, aber auch besorgniserregende Landschaft unserer Demokratie – festgehalten in diesem Demokratie- und leider auch Gefährdungsatlas. In meinen über 30 Jahren Engagement gegen Rechtsextremismus hat mich selten die aktuelle Entwicklung so beunruhigt, wie die Erfolge rechtsextremer Parteien es heute tun.

Dieser Atlas richtet deshalb den Blick auf die wachsende Bedrohung durch Rechtsextremismus und zeigt – was noch viel wichtiger ist – die vielfältigen und kreativen Möglichkeiten, wie wir uns dagegen zur Wehr setzen können.

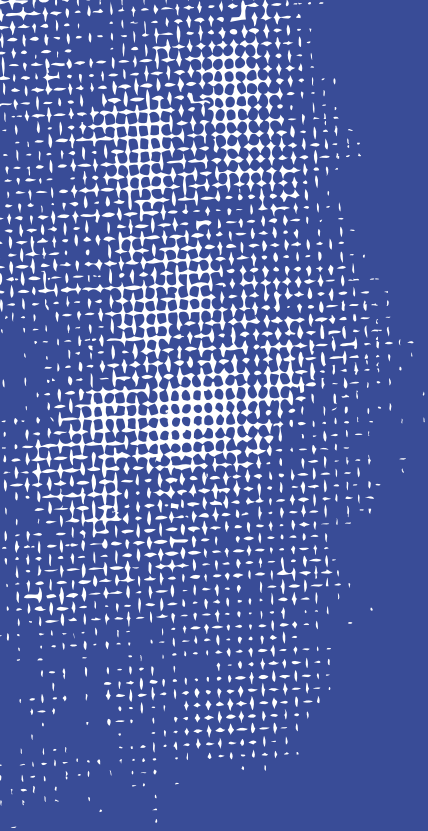
Ich habe eine Schwäche für Atlanten, denn sie sind übersichtlich und informativ. Der Begriff „Atlas“ mag den Eindruck wecken, es gehe um geografische Koordinaten – und in gewisser Weise stimmt das auch. Allerdings kartieren wir keine Gebirgsketten, sondern die Dynamiken einer menschenfeindlichen und gewaltbereiten Ideologie, die in die Tiefen der Sozialen Netzwerke, auf die Straßen unserer Dörfer und Städte sowie in die Ausschüsse unserer Parlamente vorgedrungen ist. Der heutige Rechtsextremismus ist komplexer und gefährlicher als noch vor einem Jahrzehnt. Parteien und Verwaltung haben versäumt, rechtzeitig auf diese veränderte Bedrohung zu reagieren. Die Verharmlosung der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) ist unverständlich. Mittlerweile stellt sie nicht mehr den parlamentarischen Arm des deutschen Rechtsextremismus dar, sondern ist dessen Herzkammer. Es ist an der Zeit, entschiedener als jemals zuvor gegen rechtsextreme Netzwerke und Ideologien vorzugehen, bevor es zu spät ist. Dazu gehört es auch, er-



© Peter van Heesen

gebnisoffen ein Verbot der AfD zu prüfen. In mehreren Regionen herrscht bereits eine rechtsextreme Hegemonie, und zivilgesellschaftliches Engagement ist nur noch unter Gefahr für Leib und Leben möglich. Die Landtagswahlen 2024 haben einen Eindruck davon gegeben, was uns mit der Bundestagswahl 2025 bevorsteht: ein menschenfeindlicher Wahlkampf, der die Ängste vieler schürt und uns spaltet. Leider haben die demokratischen Parteien darauf keine adäquate Antwort gefunden, was viele Wählende in ihrer Entscheidung für die AfD bestärkt hat. Wenn wir die Zustimmung für die AfD im Osten betrachten und die Radikalisierung nicht bremsen, werden wir bald in zwei bis drei Jahren auch in Westdeutschland mit ähnlichen Verhältnissen konfrontiert sein. Dann werden aus den ostdeutschen Verhältnissen gesamtdeutsche Zustände und wir sind in einer europäischen Normalität angekommen, die wir uns niemals hätten vorstellen können. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen und der Europawahl 2024 haben diese Annahme für den Westen bestätigt.

Doch das Gute an einer Demokratie ist: Es gibt immer Handlungsmöglichkeiten! Diese wollen wir auch in diesem Atlas vorstellen. Sie finden hier eine Landkarte der extrem rechten



„Dieser Atlas ist eine Einladung an jede*n Einzelne*n von uns. Demokratie verteidigen ist keine Aufgabe, die man delegieren kann. Es ist eine Verantwortung, die wir alle tragen – in großen wie in kleinen Momenten des Alltags.“

Strategien, ein Panoptikum der Akteur*innen und ihrer digitalen Mobilmachung sowie Analysen der zugrundeliegenden Dynamiken und Normalisierungsprozesse. Dieser Atlas ist nicht nur ein Warnruf, sondern auch ein Werkzeugkasten für den demokratischen Widerstand.

Egal, ob Sie durch die kreativen Strategien der Zivilgesellschaft blättern oder die Geschichten von Menschen lesen, die sich gegen Hass und Hetze stellen – ich hoffe, Sie werden inspiriert. Es gibt nicht die eine Lösung gegen Rechtsextremismus, aber viele kleine Erfolge und kreative Ansätze, die zusammen eine große Wirkung entfalten können. Und am Ende zählt: Demokratie lebt durch uns alle.

Wir zeigen Ihnen zivilgesellschaftliche Initiativen, die ihre Strategien und Erfahrungen teilen. Hierbei wird deutlich, wie erfolgreiche Bündnisse gegen Rechtsextremismus entstehen und welche Kräfte in unserer Zivilgesellschaft mobilisiert werden, um Hass und Hetze zu bekämp-

fen. Diese Erfolge machen Mut und erinnern uns daran, was durch solidarisches Handeln verändert werden kann. Mir ist wichtig, dass wir das nicht gegen die demokratischen Parteien tun oder sie ignorieren, sondern mit ihnen zusammen.

Dieser Atlas ist eine Einladung an jede*n Einzelne*n von uns. Demokratie verteidigen ist keine Aufgabe, die man delegieren kann. Es ist eine Verantwortung, die wir alle tragen – in großen wie in kleinen Momenten des Alltags.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Anregung beim Lesen. Nutzen Sie diesen Atlas zur Information, als Wegweiser und Mutmacher in einer Zeit, in der die Herausforderungen groß sind – aber die Chancen, etwas zu bewirken, ebenso.

Timo Reinfrank
Geschäftsführender Vorstand
der Amadeu Antonio Stiftung

Zeitstrahl:

Rechtsextremismus in Deutschland seit 2010 bis 2024

13. Februar 2010:

Europas größter Naziaufmarsch wird in Dresden erstmals blockiert.

30. August 2010:

Thilo Sarrazin veröffentlicht sein Buch „Deutschland schafft sich ab“. Das Buch gilt als wichtiger Türöffner für rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen in die Mitte der Gesellschaft.

Dezember 2010:

Erstausgabe des Compact-Magazins erscheint. Es entwickelt sich zum wichtigsten rechtsextremen Magazin in Deutschland.

Mai 2011:

Ein rechtsextremer Fackelmarsch im sächsischen Bautzen bildet den Auftakt der bundesweiten völkischen Neonazi-Kampagne „Werde unsterblich“. Mit professionell inszenierten YouTube-Videos landet die Szene einen Propagandaerfolg.

22. Juni 2011:

Ein Rechtsextremer ermordet 74 Menschen bei Anschlägen in Oslo und Utøya.

20. Juli 2011:

Das Grab von Hitler-Stellvertreter Rudolph Hess wird aufgelöst, so dass Wunsiedel seine materielle Legitimation als rechtsextremer Gedenkort verliert.

November 2011:

Selbstenttarnung des
Kerntrios des NSU.

11. November 2011:

Der Generalbundesanwalt über-
nimmt die Ermittlungen wegen
des dringenden Verdachts der
Bildung einer terroristischen Ver-
einigung „Nationalsozialistischer
Untergrund“.

27. Mai 2012:

Die Neonazi-Partei
„Die Rechte“ gründet sich.

30. Oktober 2012:

Die „Identitäre Bewegung
Deutschland“ tritt erstmals in
Deutschland an die Öffentlich-
keit. Sie geht aus der Grup-
pierung „Sarrazin-Bewegung“
hervor und orientiert sich am
französischen Vorbild „Bloc
identitaire“.

6. Februar 2013:

Gründung der Alter-
native für Deutschland
(AfD) in Oberursel.

6. Mai 2013:

Beginn des NSU-Prozesses
in München. Er endet am
11. Juli 2018.

1. Extrem rechte Mobilisierung im Wandel: von den Straßen in die Sozialen Medien bis in die Parlamente

Die Mobilisierung der extremen Rechten hat sich seit der deutschen Einheit 1990 einem Wandel unterzogen. Die sogenannten Baseballschlägerjahre in den 1990ern waren geprägt von rassistischen Gewalttaten, Ausschreitungen und Mordanschlägen, wie den rassistischen Pogromen in Hoyerswerda 1991 und in Rostock-Lichtenhagen 1992 oder dem Mordanschlag in Solingen am 29. Mai 1993.

Die Polizei konnte bei diesen neonazistischen Gewalttaten die Gewalt nicht verhindern, den Betroffenen nicht helfen – ein Phänomen, das sich über das gesamte Jahrzehnt hinweg beobachten ließ. Gewaltexzesse, die eine gesamte Generation prägten, in der u.a. die Terrorist*innen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) sozialisiert wurden.¹ Hier wurden die Grundsteine für rechtsextremen Terror gelegt, der spätestens mit der teilweisen Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 an Aufmerksamkeit gewann und ab 2016 weitere Attentate wie den Mord an Walter Lübcke (2019) und die Anschläge in München (2016), Halle (2019) und Hanau (2020) hervorbrachte.² Wie haben sich die extrem rechte Mobilisierung und ihre Auswirkungen und Gefahr seitdem verändert? Über 30 Jahre später hat Politisch motivierte Kriminalität (PMK) ihren Höchststand seit ihrer geänderten Erfassung (2001) erreicht, bei den „politisch motiviert rechts“ eingeordneten Gewalttaten ist

ein Anstieg zu verzeichnen³, die AfD ist im Frühjahr 2024 laut Umfragen bundesweit die zweitstärkste Kraft.

Neue Allianzen

Der Wandel der rechtsextremen Mobilisierung seit den Zehnerjahren hat neue Herausforderungen für die Zivilgesellschaft geschaffen. Ab Oktober 2014 führten die regelmäßig stattfindenden Pegida-Demonstrationen (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands) zu breiteren Allianzen und damit zu einer verstärkten Verbreitung rechtsextremer Ideologie und Desinformation. Mit der aufkommenden Fluchtbewegung gingen massive Angriffe gegen Geflüchtete sowie bundesweite rechtsextreme Demonstrationen einher, die unsere Gesellschaft bis heute prägen.⁴ Im Vergleich zum Vorjahr soll es 2015 dreimal so viele rechtsextreme Demonstrationen gegeben haben.⁵ Mit dem Aufkommen der Corona-Pandemie im Jahr 2020 begannen auch die sogenannten Hygienedemonstrationen. Diese Proteste bildeten ein Sammelbecken für die Ablehnung von Infektionsschutzmaßnahmen, Pandemieleugnung, Esoterik und Verschwörungsideologien. Die extreme Rechte nutzte diese Strukturen zum Verbreiten von Desinformation und zur Rekrutierung neuer Anhänger*innen. Aber auch andere externe Faktoren, wie beispielsweise der

28. September.2013:

Neonazi-Partei „Der Dritte Weg“ wird in Heidelberg gegründet.

russische Angriffskrieg auf die Ukraine, trugen zum Mobilisierungsgeschehen auf lokaler (und digitaler) Ebene der extremen Rechten bei.⁶

Der Fokus vieler rechtsextremer Akteur*innen hat sich ins Digitale verschoben. Mobilisierung findet über beispielsweise Telegramgruppen und Soziale Medien statt. Darüber versuchen diese Akteur*innen auch Protestgeschehen für sich zu vereinnahmen, wie neben den sogenannten Hygienesemonstrationen auch die Bauernproteste in Deutschland zeigten.⁷ Ein Versuch mit dem Ziel, Hass auf Feindbilder und politische Gegner*innen zu schüren und Menschen für die eigene politische Agenda zu vereinnahmen. Die Zunahme von Desinformation über Soziale Medien hat dazu geführt, dass rechtsextreme Gruppen leichter neue Mitglieder gewinnen können. Die AfD ist inhaltlich mittlerweile für alle Spektren der extremen Rechten anschlussfähig, was zu einem Rückgang der klassischen neonazistischen Mobilisierung geführt hat, da sich diese Akteur*innen in der AfD wiederfinden.

Gefahren für Demokratie und Zivilgesellschaft

Schienen die gewaltvollen Mobilisierungen der 1990er und 2000er Jahre ihr größtes Ausmaß in Ostdeutschland zu finden, lassen sich extrem rechte Gefahren für die Demokratie seither immer häufiger bundesweit verzeichnen. Antidemokratische Haltungen nehmen innerhalb der Gesellschaft insgesamt zu.⁸ Durch die Verbreitung und Einflussnahme von Desinformation auf Diskurse und die gleichzeitige Normalisierung rechtsextremer Propaganda sind nicht nur Nutzer*innen von Sozialen Medien zunehmend vor Herausforderungen gestellt: zum einen Fakten von Fake News zu unterscheiden und zum anderen rechtsextremen Inhalt als solchen zu erkennen und einen entsprechenden Umgang damit zu finden. Antidemokratische und rechtsextreme Influencer*innen verstärken diese Tendenz. Beispiele dafür liefert die AfD: Ihre Mobilisierung und Wahlkampfstrategie

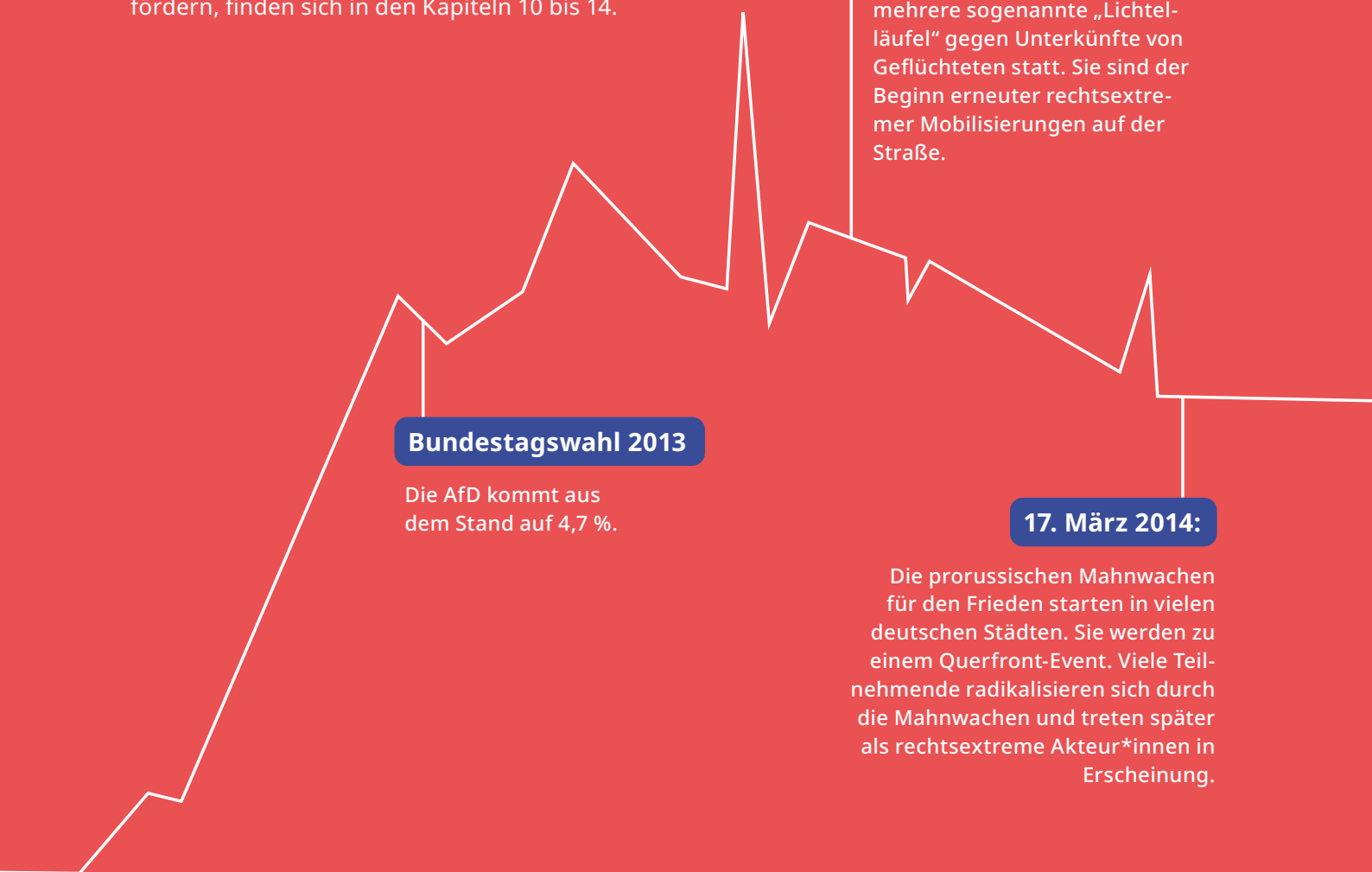
***Eine lebendige Demokratie** braucht eine vielfältige, eigenständige und starke Zivilgesellschaft. Engagierte Menschen, die die öffentliche Diskussion durch recherchierte- und faktenbasierte Beiträge bereichern und Politik oder Behörden Denkanstöße geben. Das fördert Transparenz und den Schutz benachteiligter Gruppen. Zunehmender Nationalismus und Rassismus gehen mit Einschränkungen und Anfeindungen gegen Engagierte und NGOs einher, politisches Engagement wird gefährlicher, der Raum für zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement schrumpft und wird kleiner.*

konzentriert sich auf Social Media und hierbei primär auf TikTok.⁹ Das alles hat Einfluss auf unsere Demokratie und gefährdet sie, da durch die Normalisierung der rechtsextremen Inhalte nicht nur ein wachsendes Misstrauen in Medien geschürt wird, sondern rassistische und antisemitische Aussagen normalisiert werden. Die Anzahl rassistischer Übergriffe steigt, wie die aktuelle Jahresbilanz der Opferberatungsstellen des VBRG (2024) und der Lagebericht Rassismus in Deutschland (2023) zeigen.¹⁰ Auch die zunehmenden Angriffe auf kommunale und lokale Politiker*innen haben zur Folge, dass sich mehr Menschen aus diesen Ämtern zurückziehen („Shrinking Spaces“) und politisch nicht mehr teilhaben. Dies wiederum kann rechtsextremen Politiker*innen helfen, auf kommunaler Ebene an Einfluss zu gewinnen.

Ausblick für eine wirkungsmächtige Zivilgesellschaft

Im Januar 2024 veröffentlichte ein Journalist*innen-Team von CORRECTIV eine umfangreiche Recherche zu den Netzwerken und rassistischen Abschiebefantasien prominenter Akteur*innen der extremen Rechten.¹¹ Die mediale Resonanz

und Empörung löste eine bundesweite Protest- und Demonstrationswelle der Zivilgesellschaft aus. Ein Widererstarken letzterer ist zu erkennen. Zeitgleich hat die Verunsicherung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zugenommen. Rechtsextreme Mobilisierung stellt eine ernste Bedrohung für die Zivilgesellschaft dar, da sie zu Spaltungen, Gewalt und Diskriminierung führt. Ihre Herausforderungen liegen unter anderem in der Verbreitung von Hassbotschaften über Soziale Medien, der Rekrutierung neuer Mitglieder und der zunehmenden Normalisierung rechtsextremer Positionierungen in der Gesellschaft. Es ist wichtig zu beachten, dass Soziale Medien einen Fokus für die Mobilisierung rechtsextremer Gruppen bieten und diese zunehmend dort stattfindet. Die Zivilgesellschaft muss zusammenarbeiten, um den genannten Herausforderungen entgegenzuwirken. Vorschläge für Good Practices, um eine demokratische und tolerante Gesellschaft zu fördern, finden sich in den Kapiteln 10 bis 14.



Oktober/November 2013

Im Oktober/November 2013 finden in Schneeberg (Sachsen) mehrere sogenannte „Lichteläufe“ gegen Unterkünfte von Geflüchteten statt. Sie sind der Beginn erneuter rechtsextremer Mobilisierungen auf der Straße.

Bundestagswahl 2013

Die AfD kommt aus dem Stand auf 4,7 %.

17. März 2014:

Die prorussischen Mahnwachen für den Frieden starten in vielen deutschen Städten. Sie werden zu einem Querfront-Event. Viele Teilnehmende radikalisieren sich durch die Mahnwachen und treten später als rechtsextreme Akteur*innen in Erscheinung.

1.1. Elemente des Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, das im Kern die Freiheit und Gleichheit und die Gleichwertigkeit aller Menschen grundsätzlich ablehnt. Wer rechtsextrem denkt, geht davon aus, dass manche Menschen mehr wert sind als andere. Elemente rechtsextremen Denkens sind auch in der demokratischen Gesellschaft verbreitet. Wenn Menschen aber Argumentationen aus jedem der im Folgenden dargestellten Bereiche zustimmen, spricht die Wissenschaft von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Die Übergänge sind dabei fließend. Die Zustimmung zu einzelnen Ideologeelementen des Rechtsextremismus nimmt immer mal wieder zu oder ab. Das hängt auch wesentlich mit gesellschaftlichen Diskursen, Ereignissen und damit in der Öffentlichkeit verhandelten Themen zusammen.

Die folgenden Elemente sind also zentral für den Rechtsextremismus, auch wenn nicht jede*r einzelne Rechtsextreme an alle gleich stark glaubt oder gebunden ist. Neben diesen zentralen Komponenten der Weltanschauung gibt es selbstverständlich weitere Ideologeelemente im Rechtsextremismus.

Die Ideologie der Ungleichheit von Menschen

Die Überzeugung von der Ungleichwertigkeit von Menschen ist das Kernstück des Rechtsextremismus. Rechtsextreme glauben, dass Menschen von Natur aus nicht gleichwertig sind, und leiten daraus abwertende Handlungen ab. Sie denken, dass einige Menschen mehr Rechte haben oder über andere Menschen bestimmen sollten. Der vom Soziologen Wilhelm Heitmeyer dafür geprägte wissenschaftliche Begriff Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹² beschreibt, dass Menschen nicht als

Individuen abgewertet werden, sondern als Teil einer Gruppe, der sie angehören oder von der der abwertende Mensch glaubt, dass sie ihr angehören. Wir kennen als einzelne Abwertungsformen etwa Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Feindlichkeit gegen Sinti und Roma, Homo- und Transfeindlichkeit, Sexismus und Misogynie, Ableismus und Abwertung von Armutsbetroffenen.

Autoritarismus

Autoritarismus ist eine Form des Regierens, Zusammenlebens und Erziehens. Menschen, die Autoritarismus leben, wollen keine demokratischen Prozesse mit Mitsprache und verschiedenen Perspektiven. Autoritarismus beruht auf der Vorstellung einer vermeintlich natürlichen hierarchischen Ordnung, an deren Spitze meist ein Führer steht. Der Führer vollzieht einen imaginären einheitlichen Willen des Volkes, den „Volkswillen“. Der Autoritarismus ist die Grundlage für faschistische und antidemokratische Gesellschaftssysteme und Einstellungen. Sozialpsychologisch gehören dazu neben der Orientierung an Macht und Stärke und der Unterwürfigkeit gegenüber Autoritätspersonen auch Zerstörungslust (Destruktivität), außerdem der Wunsch nach Selbsterhöhung und nach starrer Konformität, also das Beharren auf Regeln und die Ablehnung alles Unbekannten, Individuellen oder Vielfältigen. Daraus folgen die Unterdrückung eigener künstlerischer und sensibler Seiten und die Anfälligkeit für totalitäre Ideologien bis hin zur Diktatur.

Chauvinismus

Chauvinismus ist der Glaube an die Überlegenheit der eigenen Gruppe. Ursprünglich wurde der Begriff Chauvinismus verwendet, um ex-

zessiven, auch aggressiv überzogenen Nationalismus zu beschreiben, bei dem sich Angehörige einer Nation allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Nation gegenüber Menschen anderer Nationen überlegen fühlen und letztere abwerten. Von genderspezifischem Chauvinismus spricht man, wenn Männer denken, dass sie nur aufgrund ihres Geschlechts Frauen und queeren Menschen überlegen seien. Sozialchauvinismus beschreibt schicht-, milieu- oder klassenbezogenes Überlegenheitsdenken, das auch Klassismus genannt wird.

Antipluralistische Gesellschaftsvorstellung

Demokratie ist ein Gesellschaftssystem mit Werten und Regeln, die theoretisch für alle Menschen gleichermaßen gelten. Grundlegend gehört zur Demokratie die Freiheit für vielfältige und verschiedene Lebensentwürfe, solange dadurch die Freiheiten anderer nicht beschnitten werden. Um dies für alle zu gewährleisten, werden Minderheiten geschützt. Um das Zusammenleben zu regeln, dürfen alle Menschen frei wählen. Alle dürfen mitdiskutieren, ihre Meinung publizieren und sich organisieren, um gehört zu werden. Antipluralist*innen lehnen eine vielfältige Gesellschaft, etwa in Bezug auf Lebensformen, Religion oder Sexualität, als „widernatürlich“ und „ideologiegeleitet“ ab. Sie möchten, dass eine Gruppe bestimmt, wie gesellschaftlich gelebt wird, und dass Menschen bestraft, verfolgt oder vertrieben werden, die anderes wollen. Sie wünschen sich ein Führerprinzip statt demokratischer Mitbestimmung. Und sie wünschen sich kontrollierte Medien und Schulen, sodass nur noch eine Meinung verbreitet und gelehrt wird und damit die Machtposition der Gruppe erhalten bleibt.

Völkisch-homogenes Weltbild: die „Volksgemeinschaft“

Wer sich dem vermeintlich existenten Willen der Volksgemeinschaft widersetzt, wird ausgeschlossen und zum Feind erklärt. Die Ver-

fechter*innen eines völkischen Weltbilds haben eine genaue Vorstellung davon, wer die Gruppe sein soll, die alles bestimmt: „das Volk“. Damit ist allerdings kein demokratischer Volksbegriff gemeint, an dem alle Menschen einer Gesellschaft nach verfassungsgemäßen Regeln teilhaben können. Die neonazistische „Volksgemeinschaft“ ist der Gegenentwurf zur offenen Gesellschaft, die sich durch Vielfalt, Individualismus, Migration und Veränderung entwickelt. Die imaginierte Volksgemeinschaft wird über eine vermeintlich gemeinsame kulturelle und ethnisch-biologische Herkunft definiert. Diese Idee verfolgte bereits der Nationalsozialismus als Blut-und-Boden-Ideologie. Die rechtsextreme Volksgemeinschaft soll homogen sein. Das heißt: Damit die Volksgemeinschaft funktioniert, darf es keine abweichenden Wünsche geben. Ist dies doch der Fall, müssen die eigenen Ideen dem „Volkswillen“ unterworfen werden. Für die homogene Volksgemeinschaft kann dann ein Führer den „Volkswillen“ bestimmen. Zur Idee der Volksgemeinschaft gehört auch ein Geschlechter- und Familienbild mit starren Rollen. Und: Wer riskant lebt oder Drogen nimmt, schadet nicht nur sich, sondern „dem Volkskörper“.

Gewaltverherrlichung und Apokalyptik

Gewalt ist für Rechtsextreme ein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer und ideologischer Ziele. Da sie Feind- oder Opfergruppen als minderwertig ansehen und als „Parasiten“ entmenschlichen, scheint ihnen deren Vernichtung oder zumindest Einschüchterung durch Gewalt geboten. Das heißt aber nicht nur, dass Rechtsextreme Gewalt befürworten oder ausüben. Gewalt wird auch ideologisch verherrlicht: Rechtsextreme glauben an das Recht des Stärkeren, das durch Gewalt oder Kriege immer wieder unter Beweis gestellt werden muss. Dies führt zu einem apokalyptischen Weltbild: Das ganze Leben wird ein nie endender Überlebenskampf, weil die „Volksgemeinschaft“ immerzu bedroht ist, sobald jemand neue Ideen hat. Immerzu müssen vermeintlich Schwache ausgeschlossen und Gegner*innen bekämpft

werden. Diese Endzeit-Szenarien von vermeintlich aussterbenden Völkern und inneren Feinden, die genau das Aussterben wollen, kennzeichnen rechtsextreme Rhetorik bis heute. Um der vermeintlichen Apokalypse vorzubeugen, bestimmen militaristische Ideen und Werte wie Gehorsam, Disziplin und Befehlsbefolgung auch den rechtsextremen Alltag.

NS-Verherrlichung, -Relativierung und -Leugnung

Der Nationalsozialismus ist immer noch für zahlreiche Rechtsextreme ein zentraler Bezugspunkt, da seine grundlegende Ideologie und Gesellschaftsvorstellung weiter geteilt wird. Dies resultiert in NS-Verherrlichung, was etwa die Überhöhung des Führungspersonals und kultureller Erzeugnisse angeht, die heute als Memes (Text-Bild-Kombinationen) durch das Internet geistern. Durch Demonstrationen werden die Erinnerung an Wehrmachtangehörige gepflegt und ihre Verbrechen verherrlicht. Der völkische Rechtsextremismus promotet auch Antimodernismus mit Bezug auf den Nationalsozialismus. Seine Anhänger*innen versuchen, Familien- und Rollenbilder nebst traditioneller Kleidung und Haartracht wiederzubeleben und Kinder im Geist des Nationalsozialismus und fern von der modernen Welt zu erziehen. Aus taktischen Gründen wird Revisionismus betrieben, die Verbrechen des Nationalsozialismus werden relativiert oder ganz geleugnet. Da Holocaust-Leugnung in Deutschland strafrechtlich verboten ist, wird hier eher zur Relativierung gegriffen, in anderen Ländern pflegen Neonazis Holocaust-Leugnung offen.

Antisemitismus

Antisemitismus bezeichnet die Feindschaft gegen Juden*Jüdinnen. Er äußert sich in einem Spektrum von verbaler Abwertung bis zu Gewalt. Die Motive des Antisemitismus sind Jahrtausende alt und werden bis heute in Verschwörungserzählungen gepflegt. Juden*Jüdinnen wird dabei zugeschrieben, besonders reich und

mächtig, aber auch niederträchtig und selbstbezogen und damit für viele Ungerechtigkeiten oder Unerklärliches auf der Welt verantwortlich zu sein: so für die Verbreitung der Pest im Mittelalter oder für das Verschwinden kleiner Kinder (Ritualmordlegende), später für Kriege, heute für Wirtschaftskrisen oder Terroranschläge. Im nationalsozialistischen Deutschland führten diese Verschwörungsideologien zur Shoa (deutsch: Katastrophe), der Ermordung von sechs Millionen Juden*Jüdinnen. Die Shoa ist das größte Verbrechen an Juden*Jüdinnen in der Geschichte, war aber nicht das Ende des Antisemitismus. Der Kern des Antisemitismus – die Personifizierung von komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen und Verantwortlichmachung einer kleinen, vermeintlich mächtigen Gruppe, die angeblich im Hintergrund die Fäden zieht – ist, stets verbunden mit antimoderner Stoßrichtung, ein nach wie vor zentrales Element rechtsextremer Weltanschauung. Mit bis zu 20 Prozent antisemitischem Einstellungspotential in der Gesamtbevölkerung sehen Rechtsextreme im Antisemitismus auch ein großes Mobilisierungspotential.

Verschwörungsideologien

Verschwörungserzählungen sind Vorstellungen über Ereignisse oder Zustände in der Welt, die angeblich das Werk von geheim agierenden und potenziell übelwollenden Gruppen sind. Das Wissen über diese Machenschaften sei ebenfalls geheim und nur Eingeweihten bekannt. Durch diese Grundkonstruktion sind Verschwörungserzählungen gegen Aufklärung immun. Dies macht sie nutzbar für Menschen, die politische Zwecke verfolgen. Wird die Verschwörungserzählung zum Welterklärungsmodell, sprechen wir von einer Verschwörungsideologie. Sehr viele Verschwörungsideologien sind antisemitisch, Rechtsextreme nutzen aber auch rassistische Verschwörungsnarrative wie das vom „Großen Austausch“, mit dem das „deutsche Volk“ oder die „Völker Europas“ durch Migrant*innen ersetzt werden sollen, für die Agitation gegen demokratische Politik.

Während der Corona-Pandemie wurden Verschwörungserzählungen verbreitet, die behaupteten, die demokratische Politik habe nicht die Pandemiebekämpfung im Sinn, sondern wolle unliebsame Meinungen durch Infektionsschutzmaßnahmen unterdrücken.

Rassismus, Kulturalismus

Rassismus behandelt Menschen nicht als Individuen, sondern als Angehörige einer Gruppe – und unterstellt, dass sich aus dieser Gruppenzugehörigkeit unveränderliche Eigenschaften, Fähigkeiten oder Charakterzüge ableiten. Dabei wird die eigene Gruppe meist als höherwertig begriffen, ihr werden dadurch Vorteile verschafft. Klassischer Rassismus basiert auf einer unwissenschaftlichen Einteilung der Menschheit in vermeintliche „Rassen“, die biologisch aber nicht existieren.

Um den Rassismus in der eigenen Ideologie zu verschleiern, haben Rechtsextreme mit dem Kulturalismus neue Argumentationen entwickelt. Nun geht es also um Kulturen, die angeblich nicht zusammenpassen und die als nicht veränderbar beschrieben werden, ähnlich einem biologischen Merkmal. Dies ist leicht zu widerlegen, besteht doch die ganze Geschichte der Menschheit aus Migration und der Vermischung von Wissen, aus der neue Praktiken entstehen. Trotzdem wird Kulturalismus auch gesamtgesellschaftlich zur Abwertung etwa von Muslim*innen verwendet. Moderne Rechtsextreme sprechen statt von Ungleichwertigkeit von einer „natürlichen Verschiedenheit“ von „Völkern“ oder „Ethnien“. Diesen Neo-Rassismus nennen sie „Ethnopluralismus“.

Nationalismus

Nationalismus ist eine Ideologie, die das Ziel verfolgt, viele verschiedene soziale Großgruppen in einem Staat dazu zu bringen, ein Gemeinschaftsgefühl und Gemeinschaftshandeln zu entwickeln und ein Nationalstaat zu werden. Dies geschieht aber nicht nur durch konstruktive

eigene Leistungen in Kultur und Geschichte, sondern vor allem durch die Ausgrenzung bestimmter Gruppen im Inneren der Nation und in Abgrenzung von anderen Nationen nach außen. Oft wird diese Abgrenzung militant, also durch Gewalt vollzogen. Der aggressive Nationalismus sieht die eigene Nation als die einzig richtige an. Er bedroht die Existenz anderer Nationen, wenn er die angebliche eigene Überlegenheit im Krieg beweisen möchte. Aggressiver Nationalismus war die Grundlage für den Ersten und Zweiten Weltkrieg. Danach setzten und setzen Staaten eher auf Bündnispolitik. Doch Nationalismus bricht immer wieder durch, etwa nach dem politischen Umbruch in Mittel-, Ost- und Südeuropa ab 1989, im Jugoslawienkrieg 1991 oder im arabischen Raum seit 1979. Angesichts der Globalisierung der Weltwirtschaft und der Schaffung neuer Großeinheiten wie der Europäischen Union versuchen Rechtsextreme, Menschen über eine Re-Nationalisierung gegen Vernunftbündnisse zu radikalisieren.

Antifeminismus

Zu einem rechtsextremen Gesellschaftsbild gehören traditionelle Familien- und Geschlechtervorstellungen. Diese privilegieren Männer, Frauen müssen sich unterordnen, und alles jenseits der Zweigeschlechtlichkeit wird schlicht negiert. Rechtsextreme bekämpfen alles, was diese traditionellen Rollenzuschreibungen verändern möchte: insbesondere den Feminismus, aber auch alle Bemühungen für ein freies Leben in geschlechtlicher Vielfalt. Der Sammelbegriff für diese Bestrebungen ist Antifeminismus. Antifeminismus richtet sich organisiert gegen feministische Anliegen, wie beispielsweise die Beseitigung von Sexismus, die Umsetzung von Gleichberechtigung oder die Stärkung weiblicher Selbstbestimmung. Er richtet sich auch gegen den demokratischen Grundsatz, dass Menschen aller Geschlechter und mit allen sexuellen Orientierungen in unserer Gesellschaft gleichberechtigt und frei von Diskriminierung leben können sollen. Antifeminismus gibt es aber nicht nur im Rechtsextremismus.

Er ist weit verbreitet und kann gesellschaftlich, politisch, religiös oder akademisch begründet sein. Für Rechtsextreme ist Antifeminismus deshalb oft eine Brückenideologie, um neue Anhänger*innen in der breiten Gesellschaft zu gewinnen.

Sozialdarwinismus

Der Darwinismus, der den „Kampf um das Dasein“ und die natürliche Selektion durch das Überleben des an die Umgebung am besten Angepassten beschreibt, bezieht sich auf biologische Gesetzmäßigkeiten. Der Sozialdarwinismus interpretiert dies missbräuchlich als „Überleben des Stärksten“ und bezieht es auf menschliche Gesellschaften. Hier geht es dann um die Frage der „Auslese“ auch in sozialer, ökonomischer und moralischer Hinsicht. Wer Sozialdarwinismus befürwortet, findet also, dass sich „der Stärkere“ durchsetzen und eine Gesellschaft auf vermeintlich oder wirklich Schwächere keine Rücksicht nehmen soll, auch wenn sie es kann. Es ist eine menschenverachtende Perspektive auf marginalisierte Gruppen der Gesellschaft und sozial Schwächere. Rechtsextremen liefert Sozialdarwinismus die Begründung für Angriffe auf Obdachlose, die schon der Nationalsozialismus als „unwertes Leben“ ansah. Die Corona-Pandemie hat aber auch gezeigt, wie schnell diese Argumente wiederkehren können, wenn es darum geht, die eigenen Freiheiten zugunsten vulnerabler Gruppen zu beschränken.

Fazit

Rechtsextremismus ist in jedem seiner Elemente explizit demokratie- und menschenfeindlich. Er wendet sich gegen die moderne demokratische Verfassung – einschließlich Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz. Er wendet sich gegen eine offene Gesellschaft, gegen Grundrechte und Menschenrechte und gegen Pluralität in einer Gesellschaft, also dagegen, dass Menschen verschieden sein und verschieden leben dür-

fen. Rechtsextreme lehnen die Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen ab zugunsten einer ethnisch definierten Nationalzugehörigkeit als „deutsch“ oder „deutsches Volk“. Die dahinterliegende Begründung ist Rassismus, hier gedacht als „weiße“ Abstammung.

Rechtsextreme Einstellungen haben häufig dementsprechendes Verhalten zur Konsequenz, wie das Wählen rechtsextremer Parteien, die Teilnahme an neonazistischen Veranstaltungen oder das Ausüben von Gewalt mit rechtsextremer Begründung. Viele Menschen teilen aber auch rechtsextreme Einstellungen und tun diese Dinge nicht. Sie leben ihre Haltung dann allerdings im Alltag aus, etwa in rassistischer, antisemitischer oder misogynen Diskriminierung, durch die Billigung queerfeindlicher Gewalt oder die Zustimmung zu gewaltvollen Protesten gegen demokratische Politiker*innen.

1.2. Steckbriefe verschiedener extrem rechter Strömungen

Die folgenden Steckbriefe zeigen idealtypisch verschiedene rechtsextreme Akteur*innen auf. Diese sind nicht immer so klar voneinander trennbar, sondern miteinander vernetzt, treten gemeinsam auf und teilen personelle Überschneidungen.

1. Reichsbürger*innen

- Reichsbürger*innen glauben an das Fortbestehen eines „Deutschen Reichs“ und halten die Bundesrepublik Deutschland für einen nicht rechtmäßigen Staat. Sie rufen ihre eigenen Reiche mit eigenen Regeln und Vorschriften aus.
- In der heterogenen Szene der Reichsbürgerbewegung – es gibt in Deutschland etwa 23.000 von ihnen – agieren einige allein, viele von ihnen sind jedoch gut vernetzt. Sie lehnen die Demokratie und ihre Institutionen ab, vertreten teilweise rechtsextreme Ideen, Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus und Rechtsesoterik oder leugnen den Holocaust. Ausweisdokumente der Bundesrepublik, wie den Führerschein oder Personalausweis, lehnen sie ab und suchen die Konfrontation mit Behörden, Polizei und Gerichten, die sie als Repräsentant*innen des Staates ablehnen.

Die Szene ist in Teilen gewaltbereit: Bei Razzien der letzten Jahre wurden viele hundert Waffen und fast 150.000 Munitionsteile beschlagnahmt sowie Putschversuche und Entführungen von Politiker*innen vereitelt.

2. Völkische Siedler*innen

- Völkische Rechtsextreme, die gezielt in meist strukturschwache ländliche Räume ziehen und Immobilien und Land kaufen, um dort ihre rassistische und antisemitische Ideologie auszuleben, nennt man völkische Siedler*innen.

Sie versuchen ihre Idealvorstellung der „Volksgemeinschaft“ im Kleinen umzusetzen und eine rassistische Blut-und-Boden-Ideologie zu pflegen.

- Oftmals betreiben sie biologische Landwirtschaft, ein altes Handwerk oder engagieren sich in sozialen Belangen im Dorf, mit teils unerkannt und teils offener völkischer Agenda.

An einigen Orten in Deutschland „siedeln“ völkische Familien bereits seit Generationen und sind bundesweit bis in rechtsterroristische Netzwerke hinein miteinander vernetzt. Sie bedrohen und greifen vor allem im ländlichen Raum all jene an, die nicht in ihr autoritäres Weltbild passen.

3. Rechtsextreme Parteifunktionär*innen

- Rechtsextreme Akteur*innen organisieren sich auch in Parteien und versuchen auf dem parlamentarischen Weg ihre Ideologien zu verbreiten und verankern. Parteifunktionär*innen haben innerhalb des parteiförmigen Rechtsextremismus ein Amt inne und sind sichtbar politisch präsent und aktiv: beispielsweise im Wahlkampf, auf Social Media, auf Demonstrationen oder Veranstaltungen der eigenen Partei.
- Sie nehmen u.a. Führungsaufgaben innerhalb der Partei wahr oder versuchen strategisch leitende Ämter auf kommunaler Ebene zu erlangen.

Sie normalisieren durch Exekutivämter (z.B. als Bürgermeister*innen) oder in Reden in Parlamenten rechtsextreme und rassistische Ideen. Sie verabreden Themen strategisch parteiintern und setzen sie via Skandalisierung und Desinformation um. Mit demokratischen Instrumenten (z.B. Kleinen Anfragen) machen sie demokratische

20. Oktober 2014:

Die rassistische Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) marschiert zum ersten Mal durch Dresden.

24. Oktober 2014:

Die „Hooligans gegen Salafisten“ demonstrieren mit mehreren tausend Sympathisant*innen in Köln. Aus der Demo heraus gibt es massive Angriffe gegen die Polizei.

Februar 2015

Im Februar 2015 gelingt der AfD bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg mit 6,1 % erstmals der Sprung in ein westdeutsches Landesparlament.

6. März – 25. Juni 2015:

In Freital (Sachsen) randaliert ein rassistischer Mob tagelang gegen Geflüchtete.

Landtagswahl Sachsen 2014:

Die NPD verpasst mit 4,9 % knapp den Wiedereinzug ins Parlament. Dafür zieht die neue AfD mit fast 10 % erstmals in ein deutsches Parlament ein.

21. August 2015:

Rassistischer Pogrom in Heidenau.

Dezember 2015/Januar 2016:

Vom 31. Dezember 2015 auf den 1. Januar 2016 kommt es in Köln und anderen Orten zu sexuellen Übergriffen. In den Wochen und Monaten danach instrumentalisieren Rechtsextreme bundesweit die Taten und machen mit dem Feindbild „Übergriffiger Fremder“ rassistisch Stimmung.

Institutionen gezielt verächtlich und markieren politische Gegner*innen als Feindbild.

4. Verschwörungsideolog*innen

- Menschen, die an Verschwörungsideologien glauben, unterstellen einer real existierenden oder erfundenen Gruppe; eine Verschwörung gegen eine andere Gruppe zu planen. Ein vermeintlich schuldiger und zumeist übernatürlicher Gegner wird als Feindbild konstruiert – meist mit antisemitischen Codes. Damit einher geht ein antidemokratisches und autoritäres Weltbild, dessen Vertreter*innen für Fakten nicht mehr erreichbar sind.
- Vor allem im Internet vernetzen und radikalisieren sich Verschwörungsideolog*innen. In breiten Teilen der Gesellschaft existiert eine Verschwörungsmentalität, an die Verbreiter*innen von Verschwörungsideologien anknüpfen.
- Die Tatmotive der Attentäter rechtsextremer Anschläge, wie in Hanau, Halle oder Christchurch, weisen sowohl auf ein verschwörungsideologisches als auch auf ein rassistisches und antisemitisches Weltbild der Täter hin.

5. Extrem rechte Jugendkultur: Influencer*innen und Active Clubs

- Soziale Medien werden von extrem rechten Akteur*innen gezielt für Propaganda genutzt, um die eigenen ideologischen Ansichten an ein breites Publikum zu vermitteln und anschlussfähig für große Teile der Gesellschaft zu sein. Unterhaltung, Kommerz, Lifestyle und Politik vermischen sich und bringen rechtsextremes Denken neuen Zielgruppen – vor allem jungen Menschen – nahe.
- Die Themen, die extrem rechte Akteur*innen dabei aufgreifen, und die Formate, die sie dafür wählen, sind sehr verschieden, aber meist niedrigschwellig zugänglich. Auf allen erfolgreichen Social-Media-Plattformen sind auch extrem rechte Influencer*innen zu finden, die professionell agieren und die aktuellen Trends bedienen.
- Neben rechtsextremen Influencer*innen nutzen auch beispielsweise Active Clubs ihre Online-Präsenz auf verschiedenen Plattfor-

men, um kampfsportaffine, meist männliche, Mitglieder zu rekrutieren. Active Clubs wollen Personen aus verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen zusammenbringen und ein gewaltaffines Netzwerk aufbauen.

6. Neue Rechte

- „Neue Rechte“ ist eine Selbstbezeichnung von Rechtsextremen, die ihren Schwerpunkt auf Theorie- und Strategiearbeit legen. Sie berufen sich durchaus auf die Vordenker*innen des Nationalsozialismus, wollen aber mit Hitler-Verehrung und Hakenkreuz-Kult nicht in Verbindung gebracht werden.
- Sie organisieren sich gern in Think-Tanks, rund um (Theorie-)Zeitungsprojekte, Studentenverbindungen und andere intellektuell-völkische Kreise. In ihrem Selbstverständnis sind sie die zukünftige Elite der Nation nach einem erfolgten Systemsturz.
- Neue Rechte arbeiten auf einen Systemsturz und den Aufbau eines autoritären Staates hin. Hierbei scheuen sie nicht die Zusammenarbeit mit militanten Rechtsextremen. Einige ihrer Vordenker waren vorher im militanten Rechtsextremismus/-terrorismus zu Hause.

7. Militante Neonazis

- Die meisten militanten Neonazi-Gruppierungen beziehen sich direkt auf den Nationalsozialismus und Adolf Hitler, etwa in ihrer Namensgebung und mit diversen Codes.
- Militanter Neonazismus existiert seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Seine Strukturen wurden zunächst von sogenannten Altnazis aufgebaut und ab den 1970er Jahren von den nächsten Generationen mit hoher Gewaltbereitschaft weitergeführt bis heute.
- Ihr Aktionsfeld bewegt sich zwischen neonazistischen Kampfsportgruppen und terroristischen Vereinigungen.

Trotz Verboten einiger Vereinigungen bleiben die Netzwerke bestehen. Diese bestehen zum Teil international, z.B. bis in die USA.

8. Türkische Rechtsextremist*innen

- Türkische Rechtsextremist*innen vertreten einen türkischen Ultranationalismus, der sich auch unter Anhänger*innen der Gruppierung der sogenannten Grauen Wölfe finden lässt.
- Sie sind u.a. Mitglieder der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) oder der Partei der Großen Einheit (BBP) und in Deutschland mehrheitlich durch drei Dachorganisationen mit mehr als 18.500 Mitgliedern vertreten. Damit bilden sie neben der AfD die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland.
- Ein Gefährdungspotenzial besteht hauptsächlich in innermigrantischem Rassismus, von dem Ezid*innen, Kurd*innen, Assyrer*innen, Aramäer*innen sowie Pontosgriech*innen betroffen sind, aber auch in der Unterwanderung von und Einflussnahme in demokratischen Parteien.

9. Kameradschaftler*innen

- Sogenannte „Kameradschaften“ waren eine besonders in den 1990er und 2000er Jahren beliebte Organisationsform junger Neonazis. Um staatlichen Verbotsverfahren zu entgehen, schlossen sich in den ersten „Kameradschaften“ (oder auch „Freien Kräften“, „Freien Nationalisten“) Personen informell in Gruppen zusammen.
- Die Kameradschaftsszene ist in weiten Teilen überregional vernetzt und aktionistisch ausgerichtet: Sie ruft zu Aufmärschen auf und organisiert Veranstaltungen, zum Beispiel Rechtsrockkonzerte.

Die Szene ist militant und gewaltbereit. Auch das Kerntrio des Komplexes Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) um Beate Zschäpe war in seiner Jugend gemeinsam in der „Kameradschaft Jena“ aktiv.

10. Incels

- Ein „Incel“ bezeichnet sich selbst als „involuntary celibate“ (deutsch: unfreiwillig zölibatär lebend) und denkt, Frauen schuldeten ihm Zuneigung und Sex, weil er ein Mann ist. Er ist

frustriert und verbittert über seine Unfähigkeit, romantische Beziehungen zu entwickeln oder sexuelle Erfahrungen zu machen.

- Incels verbringen Stunden in Online-Foren, wo sie ihre negativen Erfahrungen teilen und gegen Frauen und die Gesellschaft im Allgemeinen wettern. Toxische Männlichkeit, sexistische Stereotype und Misogynie sind hier der Alltag.
- Sexistische Hetzkampagnen, Vernetzung mit Männerrechtlern und gewalttätigen Milieus sind keine Seltenheit. Von Incels wurden bereits mehrere Femizide begangen, und mordende Incels werden in Teilen von der Gruppe gefeiert.

11. Rechtsextreme Gamer

- Gaming ist eine alltägliche und vielfältige Beschäftigung, an der Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft teilnehmen. Doch in bestimmten Teilen der Subkultur wird „Gamer“ als Selbstbezeichnung verwendet, bedient menschenfeindliche Stereotype und hat durchaus Verknüpfungen mit Rechtsextremismus (hier zur Unterscheidung als Gamer™ bezeichnet).

Der Begriff Femizid ist aus dem englischen Sprachraum übernommen und geht auf die Soziologin Diane Russell zurück. Ein Femizid bezeichnet die vorsätzliche Tötung von Frauen oder Mädchen. In den meisten Fällen sind die Täter männlich und (ehemalige) Partner der getöteten Frauen. Femizide dürfen jedoch nicht als isolierte Beziehungstaten fehlinterpretiert werden. Stattdessen müssen sie vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Macht und Hierarchieverhältnisse verstanden werden. Manche Definitionen fassen unter diesen Begriff alle Ermordungen von Frauen und Mädchen, etwa auch solche, die durch Familienmitglieder und/oder im Kontext sexualisierter Gewalt verübt wurden.

- Gamer™ haben im Internet vor allem menschenfeindlichen Content konsumiert, ein entsprechendes Weltbild aus einschlägigen Imageboards und Discord-Channeln bezogen und eine Identität als Gamer™ aufgebaut.
- Gamer™ schaffen ohne Anstrengung einen Spagat zwischen internationalem kulturellem Austausch, globaler Vernetztheit und deterministischen menschenfeindlichen Vorurteilen.
- Gamer™ lehnen vorgeblich politische Inhalte in ihrer Gaming-Welt ab und beteiligen sich gleichzeitig an menschenfeindlichen Hetzkampagnen (Bsp. Gamergate).

- Zum Teil gibt es deutliche personelle und ideologische Überschneidungen der Hooligan-szene mit der organisierten extrem rechten Kampfsport- und Türsteher*innenszene. Oft sind die Verbindungen zwischen Hooligans und Neonazis über lange Zeit gewachsen.
- Unter Hooligans ist neonazistisches und nationalistisches Gedankengut weit verbreitet.

11. Religiöse Fundamentalist*innen

- Wenn aus religiösen Schriften, wie der Bibel oder dem Koran, strikte Vorschriften abgeleitet werden, an die sich Gläubige halten müssen, spricht man von religiösem Fundamentalismus. Dieser betrifft dann häufig nicht nur die eigene private Alltagsgestaltung, sondern formuliert auch politische Ziele. Dazu gehört beispielsweise das Abwerten aller, die diese Regeln nicht befolgen, deren Erklärung zu Feind*innen und der Wunsch nach einer „Herrschaft Gottes“.
- Religiös-fundamentalistische Strömungen berufen sich zumeist auf reaktionäre, hierarchische Geschlechterbilder, teilen queer- und transfeindliche Narrative und treten gegen weibliche Selbstbestimmung ein, da diese nicht von Gott gewollt sei.
- Verschiedene ideologische Elemente des religiösen Fundamentalismus bieten somit Anknüpfungspunkte und Brückennarrative zur extremen Rechten.

12. Rechtsextreme Hooligans

- Als Hooligans werden meist junge Männer bezeichnet, die bei Sportveranstaltungen wie Fußballspielen in Gruppen auftreten und, geplant oder spontan, gewaltvolle Auseinandersetzungen mit der Polizei oder rivalisierenden Fans suchen.

1.3. Antidemokratische Mischmilieus als Herausforderung für die Rechts-extremismusprävention

Die oben aufgeführten Steckbriefe beschreiben idealtypisch verschiedene rechtsextreme Akteur*innen. In der Realität sind diese jedoch nicht immer so klar trennbar, sondern untereinander vernetzt, haben Überschneidungen und treten auch gemeinsam in Erscheinung. Besonders deutlich zeigte sich dies zuletzt im Rahmen der Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen, bei dem sogenannten „heißen Herbst“ und mit Blick auf den russischen Angriffskrieg.

Antidemokratische Mischmilieus

Im Rahmen der Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen der Covid-19-Pandemie wurde ein antidemokratisches Mischmilieu sichtbar, das sich schon seit Jahren entwickelt hatte. Es vereinte die sogenannte Neue Rechte, Rechtsextreme und Neonazis mit bürgerlichen und bürgerlich wirkenden Akteur*innen wie Impfgegner*innen, Esoteriker*innen und putinnahen Teilen der Friedensbewegung. Dieses Mischmilieu radikalisierte sich im Laufe der Pandemie immer weiter und hat die Szene verstetigt: Sie vernetzt sich hauptsächlich über Telegram, erreicht dort ihre Zielgruppe und setzt auf dezentrale Demonstrationen.

Während die Schulterschlüsse zwischen den verschiedenen Akteur*innen zum Teil neu waren, sind die einzelnen Gruppierungen bereits seit Jahren aktiv und nutzten nicht zum ersten Mal aktuelles Protestgeschehen, um sich weiter zu vernetzen und ihre Ideologien zu verbreiten. Schon im Rahmen einer neuen Friedensbewegung nach der Krim-Annexion 2014 traten neonazistische und rechtsextreme Akteur*innen mit auf, die problemlos an die dort propa-

gierten antiamerikanischen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Inhalte, die vorgeblich für einen „Frieden“ mit Russland geäußert wurden, anknüpfen konnten. Auch bei den rassistischen Mobilisierungen der Pegida-Demonstrationen standen selbsternannte „besorgte Bürger“ neben rechtsextremen Kadern und äußerten gemeinsam rassistische Parolen.

Gründe für den Schulterschluss: Brückenideologien und -narrative

Doch wie kann es überhaupt zu diesen Mischmilieus kommen? Für die rechtsextremen Akteur*innen sind die Proteste eine Chance, neue Unterstützer*innen für ihre eigenen Anliegen zu finden und unter einem bürgerlichen Anstrich anschlussfähig und harmlos zu wirken. Aber warum demonstrieren Personen, die auf den ersten Blick nicht der originär rechtsextremen Szene zugehörig sind, mit Vertreter*innen derselben gemeinsam?

Wie schon in Kapitel 1.1. ausgeführt wurde, verbinden sich im Rechtsextremismus mehrere Ideologeelemente, die sich in verschiedenen Ausformungen in allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppierungen finden lassen. Der Rechtsextremismus ist sehr dynamisch, und verschiedene Ideologeelemente können zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den Vordergrund rücken oder werden strategisch in den Vordergrund gerückt. Sie können sich dann als besonders anschlussfähig für die Szene herausstellen. Im Kontext der Covid-19-Pandemie ließ sich das besonders deutlich erkennen: Die Wissenschaftsfeindlichkeit, u.a. in Form von Ablehnung wissenschaftsbasierter Medizin, vereinte nicht nur Esoteriker*innen und Impf-

gegner*innen, sondern mündete in antisemitischen Verschwörungsideologien, denn „Antisemitismus ist das Betriebssystem, auf dem viele Verschwörungsideologien laufen“¹³.

Die Pandemielegner*innen versuchten auch über Themen wie einen mutmaßlichen „Kinderschutz“ zu mobilisieren und knüpften damit an Narrative an, die bereits in den frühen 2000er Jahren von neonazistischen Akteur*innen zur rechtsextremen Mobilisierung genutzt wurden.

Antisemitismus, Verschwörungsideologien und Wissenschaftsfeindlichkeit, aber auch Antifeminismus dienen in diesem Zusammenhang als Brückenideologien in die breite Öffentlichkeit. Sie schließen an in der Gesellschaft vorhandene Einstellungen an und ermöglichen es den rechtsextremen Akteur*innen, ihre Themen im Rahmen dieser großen Proteste prominent zu platzieren.

Strategie: Selbstverharmlosung und Desinformation

Proteste werden folglich gezielt von rechtsextremen Akteur*innen unterwandert und für ihre eigene Mobilisierung genutzt. Das Einreihen in bürgerliche und friedliche oder friedlich wirkende Proteste dient außerdem der eigenen Selbstverharmlosung. Die Beispiele der vergangenen Jahre zeichneten sich zugleich durch eine fehlende Strafverfolgung aus. Seit der Corona-Zeit werden viele Demonstrationen aus diesem Mischmilieu wahrheitswidrig als „Spaziergänge“ deklariert, womit die Anmeldung und mögliche Auflagen unterlaufen werden. Dies ließen viele Kommunen zu – mit der Folge, dass genau in diesen Kommunen nun seit über vier Jahren diese als „Spaziergänge“ deklarierten Demonstrationen mit rechtsextremer Beteiligung stattfinden. Die Themen variieren: Covid-19, „Frieden mit Russland“, Inflation,

Heizungsgesetz oder die „Ampel“-Regierung. Die Selbstinszenierung als „normaler“ Teil der Gesellschaft führte auch dazu, dass Regelverstöße und Übergriffe in Zusammenhang mit den Demonstrationen unzureichend oder gar nicht geahndet wurden und den Mischmilieus ein Gefühl der „Unantastbarkeit“ vermittelten. Dies konnte die Normalisierung rechtsextremer Öffentlichkeit mit vorantreiben.

Die Normalisierung passiert aber nicht nur bei Protesten auf der Straße, sondern auch online. Rechtsextremist*innen nutzen Soziale Medien, allen voran Telegram, um ein großes Publikum überregional zu erreichen. Die Online-Vernetzung untereinander sollen dabei den Eindruck einer flächendeckenden Gruppierung suggerieren. Somit werden menschenverachtende Narrative und antisemitische Verschwörungsideologien auch außerhalb des Protestgeschehens verbreitet. Ziel ist es, mit „Behauptungen, Lügen und Halbwahrheiten das Vertrauen in die Demokratie schwächen“¹⁴ und den angeblich nahenden Zusammenbruch des Staats vorherzusagen.

Fazit

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Antidemokratische Mischmilieus haben sich verfestigt, in ihren Strategien und ihrem Auftreten professionalisiert und bleiben auch nach akuten Krisenzeiten sehr gut vernetzt. Die rechtsextreme Szene knüpft an Protestszenen an und nutzt diese für die eigene Mobilisierung. Möglich ist das unter anderem, da die Strategie der Selbstverharmlosung verfängt und Rechtsextreme sich als „bürgerliche“ Akteur*innen darstellen.

11. Januar 2016:

Neonazis verwüsten Straßenzüge des Leipziger Stadtteils Connewitz, der durch politisch Linke und Migrant*innen geprägt ist.

Antiamerikanismus

ist eine Ideologie, die sich durch eine grundsätzlich kritische oder ablehnende Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika auszeichnet. Diese Haltung kann oft mit Menschenfeindlichkeit einhergehen, indem sie pauschale Vorurteile und Stereotype über Amerikaner*innen und deren Kultur fördert. Antiamerikanismus geht über legitime Kritik an politischen Entscheidungen oder gesellschaftlichen Aspekten hinaus; er manifestiert sich häufig in einer tief verwurzelten Abneigung, die sich gegen die Menschen selbst richtet und nicht nur gegen deren Handlungen oder Ideale.

Es ist wichtig, zwischen Antiamerikanismus und legitimer Kritik zu unterscheiden. Während konstruktive Kritik an der US-Politik oder -Gesellschaft auf spezifische Probleme hinweist und auf eine Verbesserung abzielt, ist Antiamerikanismus oft von einer allgemeinen Feindseligkeit geprägt, die nicht auf Dialog oder Verständnis aus ist. Diese Ideologie kann zu einer Spaltung führen und das Zusammenleben der Menschen erschweren, indem sie Vorurteile schürt und ein negatives Bild von Amerikaner*innen als Individuen vermittelt.

29. Januar 2016:

AfD-Chefin Frauke Petry befürwortet „notfalls“ Schusswaffeneinsatz gegen Geflüchtete an der Grenze. Andere Parteifunktionäre, wie die damalige stellvertretende Parteivorsitzende Beatrix von Storch, fordern dies ebenfalls.^a

22. Juli 2016:

Rechtsterroristischer Anschlag auf das Olympia-Einkaufszentrum in München. Der Attentäter tötet neun Menschen, die er nach rassistischen Kriterien auswählt.

20. Oktober 2016:

Ein Reichsbürger erschießt einen SEK-Beamten in Georgensgmünd (Bayern).



1.4. Die zwölf wichtigsten Strategien der extremen Rechten

Der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann schrieb den eigenen Leuten 1986 ins Stammbuch: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muß entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist.“¹⁵ Für beide Vorgehensweisen – Offensive oder Mimikry – hat die extreme Rechte Strategien entwickelt und passt diese regelmäßig den aktuellen Gegebenheiten an. Ziel ist es, über eine Normalisierung ihres Weltbildes breitere Massen und mit diesen den Systemsturz zu erreichen. Welche Strategien die Rechtsextremen nutzen, hängt auch viel von politischen Gelegenheiten ab. Nach einem islamistischen Terroranschlag ist eine offensive Strategie wahrscheinlich von mehr Erfolg gekrönt, als wenn eine Willkommenskultur für Geflüchtete von breiten Bevölkerungsteilen gelebt wird.

Die Überstrategie: Vier-Säulen-Modell

Das ursprünglich von Udo Voigt, dem damaligen Vorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), entworfene und dann weiterentwickelte Vier-Säulen-Modell hat den Niedergang der NPD überlebt und an Wichtigkeit nichts eingebüßt. Udo Voigt veränderte die NPD von einer Partei, die sich auf Wahlen konzentriert, zu einer Bewegungspartei hin. Das hieraus entwickelte Konzept besteht aus den Säulen „Kampf um die Straße“ (siehe 1. Analoge/digitale Raumnahme), „Kampf um die Köpfe“ (siehe 3. Eigene Think-Tanks aufbauen), „Kampf um die Wähler“ (siehe 2. Parlamentarismus) und „Kampf um den organisierten Willen“ (siehe 4. Zersplitterte extreme Rechte einen). Das Konzept geht davon aus, dass ein Umsturz nur mög-

lich ist, wenn die extreme Rechte gleichermaßen alle vier Strategien aufeinander abstimmt. Der Name „Vier-Säulen-Konzept“ ist weitestgehend verschwunden, die dahinterstehende Strategie nicht. Die Strategien 1) bis 4) dienen als Unterstrategien des Vier-Säulen-Modells, aber auch als wichtige Einzelstrategien. Doch auch die anderen Strategien sind stets als Komponenten einer Gesamtstrategie zu betrachten.

Was tun ▶ Auch Zivilgesellschaft und Politik müssen in ihren Konzepten gegen Rechtsextremismus die verschiedenen Ebenen und Strategien zusammendenken und Gegenkonzepte entwickeln.

1. Analoge/digitale Raumnahme

Rechtsextreme versuchen bestimmte Stadtteile bis hin zu ganzen Städten und Regionen einzunehmen und zu dominieren. Etwa durch massenweises Verkleben neonazistischer Aufkleber, das Sprühen von politischen Parolen, das Anpöbeln von Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, durch Gewalttaten und vieles mehr versuchen sie schrittweise immer größere Räume zu besetzen. Dies geschieht auch im digitalen Raum, wo sie mit Hasspostings, Bedrohungen, Flooding (Überfluten mit Videos, Nachrichten etc.) und teilweise gleichzeitiger Selbstverharmlosung Online-Gruppen und Plattformen dominieren und Gegenpositionen verdrängen.

Was tun: Im analogen oder digitalen Raum sich mit den Betroffenen von Bedrohungen solidarisieren, Bedrohung, Hass und Hetze öffentlich machen, sich unter Demokrat*innen vernetzen und an die Situation angepasste Gegenaktionen

starten (Entfernen neonazistischer Aufkleber und Parolen, Melden von Hasskommentaren, Online-Kampagnen bis hin zu Stadtteilstesten für Demokratie in umkämpften Räumen).

2. Parlamentarismus

Parlamente dienen als willkommene Bühnen, um die eigene Weltanschauung zu verbreiten. Mit sehr vielen „Kleinen Anträgen“ werden Verwaltungen teilweise lahmgelegt und mit Brandreden das politische Klima vergiftet. Reden werden nicht für das Plenum im Parlament gehalten, sondern häufig so, dass sie auf Social-Media-Plattformen wie TikTok ihre Wirkung entfalten.

Was tun ▶ Auch im Parlament immer klare Gegenrede gegen Hass und Hetze, aber kein Abarbeiten an Vertreter*innen der extremen Rechten, sondern eigene Inhalte und Konzepte in den Mittelpunkt stellen.

3. Eigene Think-Tanks aufbauen

Mit eigenen Think-Tanks schult die extreme Rechte ihren Nachwuchs ideologisch und im strategischen Auftreten. Ihr ist seit Langem bewusst, dass ein Auftreten als „Stiefelnazis“ kontraproduktiv ist. Jungen Menschen wird beigebracht, im hippen Outfit freundlich und eloquent Hass und Hetze so zu verbreiten, dass es sie im politischen Diskurs nicht disqualifiziert, aber seine Wirkung entfaltet. Der Nachwuchs wird gezielt geschult, um nach und nach die eigenen Leute in zentrale Positionen der Gesellschaft zu bringen. Hierbei scheuen sie sich auch nicht, sich bruchstückhaft an Strategien der politischen Linken zu bedienen, wie dem Konzept des italienischen Marxisten Antonio Gramsci (1891–1937) zum Erlangen kultureller Hegemonie.

Was tun ▶ Demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen in oft nicht auf den ersten Blick als solche erkennbaren rechts-

extremen Vereinen und Think-Tanks öffentlich machen. Keine Zusammenarbeit mit diesen.

4. Zersplitterte extreme Rechte vereinen

Die Schwäche der Rechtsextremen lag in den letzten Jahrzehnten in ihrer Zersplitterung. Mit dem Erfolg der AfD gelang es, größere Teile der extremen Rechten zu einen. Der Erfolg verbindet. Bei großen Konfliktthemen, wie dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, bei dem Teile der extremen Rechten Russland, andere Teile die Ukraine unterstützen, versucht man sich auf Positionen zu einigen, die beide Seiten als Minimalkonsens unterstützen können. Solche Konsenspositionen sind keine Herzensangelegenheiten, aber Zeichen der Erkenntnis, dass interner Streit der Bewegung zu sehr schadet.

Was tun ▶ Die extreme Rechte ist in sehr vielen Punkten zerstritten. Diese Zerstrittenheit sollte betont werden, denn dann sind Rechtsextreme weniger handlungsfähig.

5. Aufbau Alternativer Medien

Rechtsextreme Medien gibt es seit Bestehen der Bundesrepublik. Mit dem Internetzeitalter sind sie jedoch zu einem Massenphänomen geworden, mit dem Millionen Bundesbürger*innen erreicht werden können. Wichtiger Nebeneffekt: Mit ihnen kann auch viel Geld verdient werden. Die rechtsextreme Medienlandschaft ist mittlerweile sehr divers, von Telegramgruppen und Rundbriefen über Podcast bis hin zu Wochenzeitschriften und eigenen TV-Sendern. Diese tragen wesentlich zur Bildung „alternativer Wirklichkeiten“ bei und beschleunigen eine Radikalisierung.

Was tun ▶ Wenn Ihre bevorzugte Podcast-Plattform rechtsextreme Podcasts anbietet, Ihr Zeitungsladen rechtsextreme Zeitungen verkauft, beschweren Sie sich und machen Sie es öffentlich.

6. Einschüchtern/Bedrohen

Es ist eine gezielte Taktik Rechtsextremer, die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gerade in Gegenden mit geringer Bevölkerungsdichte. Wer sich für Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte einsetzt, erlebt häufig Bedrohungen oder sogar tätliche Angriffe – gegen sich selbst und/oder die eigene Familie. Aber auch Doxxen (die Veröffentlichung der Privatadresse, der Kita des Kindes, der Arbeitsstelle, des Bäckers, wo man gern Brötchen holt, usw.), das Diskreditieren bei dem*der Arbeitgeber*in oder das Anzeigen/Abmahnen aus erfunden Gründen gehören zur Strategie. Ebenso wie das Bestellen von Pizza oder Einkäufen auf Rechnung an die Privatadresse u.ä. Ziel des Ganzen: Engagierte Leute sollen sich zurückziehen.

Was tun ▶ Wenden Sie sich an die regionale Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus oder einen zivilgesellschaftlichen Verein und holen Sie sich Hilfe. Gemeinsam können Sie auch Anzeige bei der Polizei erstatten.

7. Delegitimierung und Unterwanderung demokratischer Institutionen

So wie die extreme Rechte Teil der Gesellschaft ist, ist sie auch in Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden, der freiwilligen Feuerwehr oder in Sportverbänden zu finden. Auf diese versucht sie einerseits Einfluss zu gewinnen und andererseits insbesondere große Träger wie Sozialverbände als „korrupt“ und „gegen die Interessen des Volkes“ agierend zu diskreditieren, um sie zu schwächen. Darüber hinaus baut die extreme Rechte eigene Netzwerke, „alternative Gewerkschaften“ und Vereine als Gegenpol und Teil einer antidemokratischen Zivilgesellschaft auf. Die Delegitimierung und Unterwanderung betrifft auch die essentiellen Bereiche der Gesetzgebung (Legislative), der vollziehenden Gewalt (Exekutive) und der Rechtsprechung (Judikative).

Was tun ▶ Vereine und Verbände können mit erarbeiteten Strategien, auf die Gefahr des Rechtsextremismus ausgerichteten Satzungen und Leitbildern es Rechtsextremen erheblich erschweren, in ihren Reihen Fuß zu fassen. Zivilgesellschaftliche Vereine und Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus beraten Träger hierzu. Institutionen wie Polizei, Schulen und Gerichte müssen noch stärker bei der Einstellung auf Bezüge zum Rechtsextremismus achten.

8. Gegenkultur

In den 1990er Jahren gelang es der rechtsextremen Szene, mit Rechtsrock viele junge Menschen zu erreichen. Anfangs waren diese noch nicht ideologisch gefestigt, das Verbindende war die Musik. Auf von Neonazis organisierten Konzerten kamen die jungen Menschen oft erstmal mit organisierten Neonazis in Kontakt. Mit dem niedrigschwelligen Ansatz von Musik schaffte es die rechtsextreme Szene, stark zu wachsen und zudem viel Geld zu verdienen. Mittlerweile haben durch Repressionen die Rechtsrockkonzerte an Bedeutung verloren. Aktuell setzt die extreme Rechte mehr auf Social Media, Gaming-Events oder Kampfsportveranstaltungen. Die Gegenkultur soll helfen, als coole und hippe Bewegung wahrgenommen zu werden, mit der man noch nicht ideologisch gefestigte junge Menschen erreicht.

Was tun ▶ Die Förderung von demokratischen Jugendzentren und einer Kultur der Vielfalt muss auch als Bollwerk gegen Rechtsextremismus verstanden werden. Ihre Arbeit sollte unterstützt und nicht durch wiederholte Ressourcenkürzungen erschwert werden.

9. Terrorismus

Terrorismus ist eine vielfach gesteigerte Form von Bedrohung und Einschüchterung (siehe 6.) und der gezielten Tötung von Menschen, die als politische Feinde betrachtet werden und/

oder nicht in das Weltbild der extremen Rechten passen. Die Bedrohung/Einschüchterung richtet sich nicht „nur“ an diejenigen, die direkt von Terrorakten betroffen sind, sondern wie beim Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) an alle Menschen, die von den Terrorist*innen nicht als weiß und deutsch bzw. europäisch angesehen werden. Terrorismus dient aber auch der Destabilisierung von Gesellschaften und Staaten. Sein Ziel ist, das Vertrauen in den Staat als Ordnungsmacht zu unterminieren. Nach dem Verlust des Vertrauens in die staatlichen Akteur*innen versuchen rechtsextreme Akteur*innen sich als „neue Elite“ zu etablieren, die für Ruhe und Ordnung sorgen. Rechtsextreme Täter*innen agieren meist aus einem Netzwerk heraus und zunehmend aus rechtsterroristischen Online-Subkulturen, in denen sie sich radikalieren. In der Öffentlichkeit erscheinen sie dann fälschlicherweise häufig oft als Einzeltäter*in.

Was tun ▶ Rechtsterrorismus steht am Ende einer längeren Radikalisierungsphase. Rechtsextreme Bedrohung und Gewalt muss von staatlichen Organen viel ernster genommen und rechtsextremer Raumnahme konsequenter Einhalt geboten werden.

10. Kommunikationsstrategien

Ziel extrem rechter Kommunikation ist meist: provozieren, polarisieren, einschüchtern und normalisieren. Hierzu bedient sie sich verschiedener Instrumente wie Satire/Lächerlichmachen politischer Gegner*innen, Emotionalisierung von Debatten, subtile oder offene Drohungen, Umdeuten etablierter Begriffe und vieles mehr. Sie dienen der Selbstverharmlosung und des Raumgewinns.

Was tun ▶ Aufgabe nicht nur von Medien ist es, Gesagtes ausführlich zu analysieren, zu kontextualisieren und nachzufragen.

11. Juristische Einschüchterung

Um auf engagierte Demokrat*innen, die Politik, Wissenschaft, Kunst oder Journalismus Druck auszuüben und sie finanziell zu schädigen, setzen rechtsextreme Akteur*innen immer häufiger auf juristische Abmahnungen. Auch dann, wenn sie wissen, dass sie nicht im Recht sind. Aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten hoffen sie, dass die politischen Gegner*innen sich einen Prozess finanziell und vom Aufwand her nicht leisten können und sich fortan politisch zurückziehen.

Was tun ▶ Solche Abmahnungen öffentlich machen, sich zusammenschließen. Um von dieser Strategie Betroffene auch finanziell zu unterstützen, wurde die Initiative Gegenrechtsschutz (<https://fragdenstaat.de/aktionen/gegenrechtsschutz>) gegründet.

12. Rechtspopulismus

Rechtspopulismus wird vielfach nur als eine politische Ausrichtung gesehen. Er ist aber auch eine rechtsextreme Strategie. „Der Aufstieg der heutigen Rechten begann mit dem Populismus“, analysiert Maximilian Krahl, Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl 2024.¹⁶ Denn Populismus sei laut, teils schrill, um sich Gehör zu verschaffen. Zudem sei er imstande, schnell große Unterstützung zu generieren, da es leichter sei, „Menschen über die Ablehnung einer Entwicklung zu mobilisieren, statt über die Zustimmung zu einer positiven Aussage“, so Krahl.¹⁷ Auch der Rechtsextremist Benedikt Kaiser sieht im Populismus eine zentrale Strategie. Man müsse erst die „Sprache des Volkes“ sprechen, so Kaiser, selbst wenn man sie als rechte Elite als falsch empfinde, und dann Stück für Stück einen „Bewusstseinswandel“ herbeiführen. Mit „Bewusstseinswandel“ ist hier eine ideologische Gleichschaltung gemeint.

Was tun ▶ Populistische Äußerungen als solche benennen und aufzeigen, wenn sie den sonstigen Forderungen und dem Weltbild der Protagonist*innen widersprechen.

1.5. Digitale Mobilität und Reichweite rechtsextremer Player

Social Media ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Plattformen wie Facebook, X (vormals Twitter), YouTube und Telegram haben nicht nur die Art und Weise verändert, wie wir kommunizieren und Informationen konsumieren, sondern üben auch einen tiefgreifenden Einfluss auf politische Bewegungen und Ideologien aus. Von Anfang an haben rechtsextreme Gruppen gezielt das Potential von Social Media für Mobilisierung und Radikalisierung zu nutzen gewusst. Dieser Artikel beleuchtet die Rolle von Alt-Tech und Dark Social und widmet sich der erfolgreichen Nutzung der Plattform TikTok durch die extreme Rechte.

Alt-Tech und Dark Social: neue Wege der rechtsextremen Mobilisierung

Seit 2018 setzten Facebook und anfänglich auch X/Twitter ihre Plattformrichtlinien konsequenter durch und verbannten verstärkt demokratiefeindliche Nutzer*innen und Inhalte. Besonders nach dem Bann von Donald Trump wichen viele Rechtsextreme auf dezentrale Alt-Tech-Plattformen aus. Diese bei der Alt-Right und der extremen Rechten beliebten Sozialen Netzwerke und Anbieter, wie z.B. Telegram, wurden schnell zu vermeintlichen Bastionen der Meinungsfreiheit, während neue Plattformen wie Gettr oder Truth Social gegründet wurden, um anti-

demokratische Inhalte vor „politischer Zensur“ zu schützen.¹⁸ Seit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk firmiert Twitter nun unter dem Namen X. Fortan konnten viele gesperrte User auf X zurückkehren, so auch Donald Trump oder der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner. Was als Redefreiheit propagiert wird, bedeutet konkret, dass es auf der Plattform immer weniger Content-Moderation gibt, womit Desinformation und Hassrede immer mehr Platz geboten wird. Durch diesen politischen Wandel wendet sich eine immer größer werdende Anzahl demokratischer Akteur*innen von X ab. So wird X/Twitter neben mehreren Alt-Tech-Plattformen eine immer bedeutendere Plattform für rechtsextreme Kräfte. Inzwischen ist X eine „Wohlfühlort“ für Rechtsextreme.

Durch die große Auswahl an Alt-Tech-Plattformen hat sich mittlerweile ein paralleles Internet etabliert, das sich fernab der digitalen Mehrheitsgesellschaft organisiert.¹⁹ Rechtsextreme nutzen etablierte Social-Media-Kanäle wie Facebook teilweise nur noch als öffentlichkeitswirksame Visitenkarten, um Interessierte gezielt auf Alt-Tech-Plattformen weiterzuleiten. Dies ermöglicht es ihnen, ihre Kommunikation nicht mehr an die Regularien der großen Plattformen anzupassen. Während auf Facebook oft mit Andeutungen („Dog Whistles“) kommuniziert wird, sind auf Telegram explizite rechtsextreme Inhalte mit wenigen Klicks zugänglich.

PLATTFORM-NUTZUNG – EIN FALLBEISPIEL

Plattform-Nutzung – ein Fallbeispiel
Auf Facebook teilt die rechtsextreme Kleinpartei „Freie Sachsen“ am 10. Juli 2022 eine Solidaritätsbekundung mit den niederländischen Bauern* Bäuerinnen-Protesten. Das Posting ist eine Collage aus zwei Bildern von Traktoren, auf denen Banner zu erkennen sind wie: „Bauern sind wichtiger als Politiker“, „Großer Austausch, Great Reset, stoppt den Globalistendreck!“ sowie „Nein zu Zwangsflächentilgung 4 %“. Unschwer lassen sich in Formulierungen wie „Great Reset“ oder „Großer Austausch“ verschwörungsideologische Narrative wiedererkennen. Nichtsdestotrotz bleibt die Aktion, abgesehen von einem Einzeiler mit der Aufschrift „Zusammen streiten: Für Sachsen, gegen die Regierung!“, auf der Facebook-Seite der Freien Sachsen weitestgehend unkommentiert. Wenn man sich jedoch die Freie-Sachsen-Veröffentlichung zu der Aktion auf Telegram anschaut, ergibt sich ein anderes Bild. So wird schnell ersichtlich, dass die Protestaktion aus Borna aus einer Kooperation der Freien Sachsen mit der rechtsextremen Identitären Bewegung entstanden ist, die versucht, so etwas wie eine anti-demokratische Allianz zu forcieren. Dies illustriert, dass sich gleiche Inhalte je nach Plattform sprachlich stark voneinander unterscheiden. Antidemokratische Akteur*innen versuchen, sich durch abweichende Formulierungen und verklausulierte Sprache vor Plattform-Sperren zu schützen. Gleichzeitig wird sichtbar, dass Großplattformen wie Facebook oder Instagram zu kommunikativen Nebenschauplätzen für Antidemokrat*innen geworden sind.

Oktober 2016:

Bei der Landtagswahlen in Hessen erreicht die AfD 13,1 %. Mit ihrem Einzug in den Wiesbadener Landtag ist die Partei nun in allen 16 Landesparlamenten vertreten.

Eine weitere wichtige Rolle spielt die sogenannte Dark-Social-Kommunikation. Darunter versteht man die nicht- oder teilöffentliche Kommunikation auf Messenger-Diensten wie WhatsApp oder Discord. Diese verborgene Kommunikation findet fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit statt und macht die Verbreitung rechtsextremer Inhalte schwer nachverfolgbar. Expert*innen schätzen, dass knapp 70 Prozent der weltweiten Online-Interaktionen über Dark Social erfolgen.²⁰

Plattformen wie Telegram bieten bereits jetzt ideale Schlupflöcher für demokratiefeindliche Akteur*innen. Durch die weitere Dezentralisierung des Netzes wird erwartet, dass Dark Social zu einer noch größeren Herausforderung wird. Extremismusexpert*innen und Verfassungsschützer*innen warnen vor der gesellschaftspolitischen Bedrohung, die von Alt-Tech und Dark Social ausgeht. Phänomene wie die von rechtsextremen Gruppen organisierten Massenproteste wären ohne Plattformen wie Telegram kaum möglich gewesen.

Die nichtöffentliche, dezentrale und kaum moderierbare Infrastruktur von Alt-Tech-Plattformen fördert einen faktenresistenten Diskurs, der eine parallele Realität konstruiert. Rechtsextreme Telegram-Kanäle zeichnen sich durch eine

21. Dezember 2016:

Islamistischer Terroranschlag auf den Breitscheidplatz und rassistische Instrumentalisierung des Attentats.

Faktenresistenz aus, die auf belegbare Evidenz und überprüfbare Quellen nicht reagiert. Eine Analyse des Projekts de:hate der Amadeu Antonio Stiftung beschreibt dieses Phänomen als „alternative Wirklichkeit“. Rechtsextreme Kanalbetreiber*innen und Multiplikator*innen lehnen den gesamtgesellschaftlichen Konsens ab und ziehen sich in eine pessimistische alternative Realität zurück. Negative Gefühle wie Verdruss, Empörung oder Angst helfen dabei, rechtsextremen Inhalten größere Reichweiten zu verschaffen, da solche Inhalte häufiger geteilt werden.

Rechtsextremen gelingt es oft viel besser und schneller als demokratischen Akteur*innen, neue Plattformen für sich einzunehmen und deren Algorithmen zu nutzen, um eine große Reichweite zu generieren. Das war bei Facebook vor weit über 10 Jahren der Fall und lässt sich aktuell sehr gut an der Plattform TikTok nachzeichnen.

Ein Mosaik rechter Creator*innen

Zu Beginn des Jahres 2024 dominierten Schlagzeilen zu rechtsextremen Umtrieben auf der Kurzvideoplattform TikTok. Die Öffentlichkeit zeigte sich empört, dabei hatten Expert*innen schon vor Jahren gewarnt, dass TikTok von Antidemokraten genutzt wird, um ihre menschenfeindlichen Ideologien niedrigschwellig zu verbreiten. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Die Plattform erfährt seit ihrem Launch 2016 eine wachsende Popularität insbesondere bei jungen Menschen. Laut Angabe der Plattform

im Herbst 2023 nutzen monatlich 20,9 Millionen Menschen in Deutschland die App. Die Beliebtheit von TikTok fußt auf der For-You-Page, der algorithmisch individuell kuratierten Video-Timeline der Plattform, die Creator*innen mit Viralität, also der raschen Verbreitung ihrer Inhalte, lockt und Nutzenden ein auf Interessen und Nutzungsmaßgeschneidertes Videoangebot verspricht. Das ist auch rechtsextremen Akteur*innen und Hatefluencer*innen nicht verborgen geblieben, und so sind diese sehr früh auf der Kurzvideoplattform aktiv geworden, um junge, politisch noch ungefestigte Menschen zu mobilisieren, agitieren und vernetzen.

Zielgruppe Jungwähler*innen

Die AfD ist (Stand 3. Quartal 2024) zahlenmäßig im Vergleich zu anderen Parteien überproportional vertreten. Teilnehmende des von CORRECTIV aufgedeckten Treffens in Potsdam betonten nochmals die Strategie, sich verstärkt um Jungwähler*innen zu bemühen.

Dass die AfD ihren Hauptaccount aufgrund einer Sperrung verloren hat, ist für sie unwesentlich. In Livestreams, mit zahlreichen Accounts von Fraktionen und Abgeordneten sowie unterstützt von ihren Fans, die allzu gern ihre Inhalte mit blauen Herz-Emojis kommentieren oder eigenhändig AfD-Content verbreiten, ist die AfD dennoch sehr präsent. Ulrich Siegmund oder Roger Beckamp sind dabei nur einige der Abgeordneten, die TikTok gezielt in ihrer Kommunikationsstrategie nutzen. Alice Weidel ist zum Meme geworden.

Die Aussage aus ihrer Rede auf dem Gillamoos „Ich lasse mir nicht mein Schnitzel wegnehmen! Niemand geht an mein Schnitzel!“ ging viral, genauso wie ein Video, in dem sie mit ihrer Frau im Auto tanzt, oder AR-Filter (visuelle Elemente, die auf einem Bild oder Video in Echtzeit hinzugefügt werden und die Illusion erwecken, dass sie tatsächlich Teil des Bildes oder Videos sind), in denen sie stammelt und die von andere Nutzer*innen weiterverwendet werden können.

Einzelne Politiker*innen nutzten schon im Sommer 2023 die Plattform für skurrile Wahlversprechen, wie etwa der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl 2024 Maximilian Krahe, der jungen Männern in einem Video mehr Chancen dabei zuspricht, eine Partnerin zu finden, wenn diese „rechts“ wählen. Seine fragwürdigen Ratschläge, welche Medien zu konsumieren seien oder wie man sein Leben bestenfalls gestalten, knüpfen an die Videos von antifeministischen Hatefluencer*innen an. Ihre Videos funktionieren augenscheinlich wegen ihrer stark emotionalisierenden Inhalte. Dabei verschaffen nicht nur Anhänger*innen ihnen Reichweite, sondern auch Nutzer*innen, die aus Empörung oder satirisch mit den Videos interagieren. Auch rechts-extreme Parteien wie Die Heimat (vormals NPD), Der III. Weg und Freie Sachsen finden sich auf TikTok wieder.

Viralität und Selbstverharmlosung

Auch andere rechtsextreme Akteur*innen lassen sich nicht von Plattformsperren irritieren. Zu verlockend sind die großen Reichweiten, die auf TikTok auch ohne aufwändigen Aufbau einer Follower*innenschaft erreicht werden können. Martin Sellner wurde schon fünfmal auf der Plattform gesperrt. Auch ein bekannter rechtsextremer Tätowierer ist mit seinem Privataccount gesperrt, nutzt mittlerweile aber fleißig den Account seines Tattoostudios.

Beliebt ist ebenfalls, eine strikte Selbstverharmlosungsstrategie zu verfolgen, um junge Menschen nicht abzuschrecken und möglichst nicht gesperrt zu werden. Mit Hilfe von „Behind-The-Scenes“-Videos und „lustigen“ Inszenierungen werden virale Momente erzielt. Ihre Strategien mögen je nach Milieu und Akteur*in unterschiedlich sein. Einige recyceln noch Content von anderen Kanälen, während andere bereits eigene menschenfeindliche Content-Nischen für sich gefunden haben.

Nahkampf und Nahbarkeit

„Leben am Limit“ heißt das Motto des Dortmunder Kampfsportlers und Gründers des Events „Kampf der Nibelungen“ Alexander Deptolla. Seit 2021 veröffentlicht er auf TikTok Videos, z.B. Snippets aus seiner Talkshow „wie gesagt“, in denen Szenegrößen wie Thorsten Heise oder David Köckert über die Zukunft der extrem Rechten befragt werden. Der Dortmunder beantwortet User*innenfragen, zeigt Backstage-Aufnahmen von Ringkämpfen und bewirbt seine Merch-Artikel. Wie erfolgreich sein Unterfangen ist, lässt sich anhand der knapp 25.000 Likes und der Views, die in die Hunderttausende gehen, nur erahnen.

Auch Balaclava Graphics aus Bautzen nutzen TikTok zur Verbreitung flüchtlingsfeindlicher Videos von Grenzgängen. Dabei filmt der Creator Polizeieinsätze und Grenzkontrollen. „Illegale Einwanderer in Bautzen werden mit einem Reisebus von der Bundespolizei abgeholt“, heißt es in einem TikTok-Video mit mehr als 100.000 Views. In den Kommentaren Menschenfeindlichkeit pur: „Ab auf die Boote und wieder zurück“ oder „mir kommt das kotzen [sic]“.

Lipsync und Tänze

Sounds spielen auf der Plattform eine wichtige Rolle. Das wissen auch rechtsextreme Liedermacher*innen und Rapper*innen wie NDS („Neuer deutscher Standard“), die allesamt mit Accounts ihre neuesten Songs vorstellen und darauf hoffen, dass diese als Trendsounds in Lipsync-Videos aufgegriffen werden. Während manche Akteur*innen sich nachdenklich inszenieren, zeigen sich andere kämpferisch, ironisch. Die durch TikTok bekannt gewordene rechtsextreme Creatorin Triene verbreitet diese Sounds in Lipsync-Videos. Dabei trägt sie Kleidung mit einschlägigen Slogans, inszeniert sich mal lustig, albern und tanzend, mal macht sie ein Video, in dem sie mit den Zuschauer*innen offensiv flirtet. Sie bedient damit klassische TikTok-Formate, um ihre Weltanschauung zu verbreiten. Andere folgen ihrem Beispiel.

Rekrutierung

Neonazis kooperieren über die Grenzen ihres eigenen Milieus hinaus mit Neuen Rechten, Kampfsportler*innen, Hooligans, völkischen Siedler*innen, Rechtsrocker*innen oder parlamentarischen Rechten. Bei TikTok spielt neben Authentizität auch Nahbarkeit eine große Rolle. Der Kontakt wird durch ein direktes Adressieren des Publikums und das Angebot zur Interaktion niedrigschwellig aufgebaut. Im Vordergrund stehen Hobbys (Wandern, Kampfsport, Kochen, Lipsyncing), während politische Inhalte eher beiläufig Erwähnung finden. Ziel ist es, eine parasoziale Beziehung zu den Zuschauer*innen aufzubauen. Rechtsextreme sind daher sehr bemüht, sich von ihrer sympathischsten Seite zu zeigen und als Kümmerer zu inszenieren.

#ReclaimTikTok

TikTok als Ursache für den Anstieg rechtsextremer Tendenzen verantwortlich zu machen, wäre sicherlich zu schmal gefasst. Kurze Videos dienen als Mittel moderner politischer Kommunikation. Dass rechtsextreme Akteur*innen

und antidemokratische Politiker*innen große Reichweite erzielen, liegt vornehmlich daran, dass sie TikTok früh adaptiert haben und ihre Videoinhalte starke emotionale Reaktionen und damit eine erhöhte Interaktionsrate hervorrufen. Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklungen gibt es aber auch eine aktive Zivilgesellschaft auf TikTok, die mit Kampagnen für ein demokratisches Miteinander wirbt und sich gegen Rechtsextremismus einsetzt. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Kampagne #ReclaimTikTok. Aktivist*innen die sich gegen Rechtsextremismus positionieren, wollen die Plattform für demokratische Inhalte zurückerobern (englisch: reclaim). Im ersten Schritt soll Reichweite wiedergewonnen werden, indem sie die Plattform mit Content fluten.

Fazit

Die Rolle von Social Media bei der Mobilisierung und Radikalisierung rechtsextremer Gruppen ist ein ernstzunehmendes und wachsendes Problem. Durch die gezielte Nutzung dieser Plattformen können rechtsextreme Ideologien in einem enormen Tempo effektiv verbreitet werden. Die Aktivitäten von Rechtsextremen im digitalen Raum tragen zur Verbreitung von Hass und Hetze bei und können in reale Gewalt münden, sie befördern durch ihre polarisierenden Inhalte die Spaltung der Gesellschaft und diskreditieren durch die Verbreitung von Desinformation demokratische Institutionen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Politik, Zivilgesellschaft und Technologieunternehmen gemeinsam gegen diese Bedrohung vorgehen und Maßnahmen ergreifen, um die Verbreitung von Hass und Extremismus einzudämmen. Nur so kann eine offene und demokratische Gesellschaft verteidigt werden, mit demokratischen Debatten auf Social Media.

1.6. Rechtsextremismus und Geschlecht

Die Bedeutung von Frauen-, Geschlechter- und Familienbildern in rechtsextremer Politik und Ideologie wurde von Wissenschaftler*innen in den letzten Jahren verstärkt herausgearbeitet. Lange wurden vor allem Männer, die noch immer den Großteil des gewaltbereiten rechtsextremen Milieus darstellen, in den Blick genommen. Heute ist klar, dass auch Frauen rechtsextreme Einstellungen vertreten und wichtige Positionen und Funktionen in rechtsextremen Parteien oder Gruppen einnehmen und damit nicht nur als Opfer von Rechtsextremismus gelten können.

Widersprüche werden dabei oftmals ausgeblendet oder gezielt genutzt, um neonazistische Inhalte zu verharmlosen. Rechtsextreme Geschlechterbilder können an konservative Vorstellungen anknüpfen und damit als Türöffner für eine rechtsextreme Weltanschauung genutzt werden.

Geschlechter- und Familienverständnis im Rechtsextremismus

Wissenschaftler*innen analysieren und diskutieren die historische und soziale Konstruktion von Geschlecht und dessen Einbettung in Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Geschlechter und damit verbundene zugeschriebene Rollen sind Teil gesellschaftlicher Aushandlung und erfahren moderne Veränderungen. Das rechtsextreme Weltbild hingegen beruht auf einer starren Annahme von zwei Geschlechtern, die mit der „Natur“ begründet wird. An Männlichkeit und Weiblichkeit werden darauf aufbauend verschiedene Eigenschaften und Aufgaben in Gesellschaft und Familie sowie bei der Erhaltung und Verteidigung einer homogenen „Volksgemeinschaft“²¹ geknüpft.

Das rechtsextreme Männerbild umfasst die Vorstellung von „soldatischer Männlichkeit“, um „Volk und Vaterland“ zu verteidigen. Der Mann ist demnach durch Wehrhaftigkeit und Härte gekennzeichnet. Fester Bestandteil dieser rechtsextremen Weltanschauung ist die Vorstellung der Ungleichwertigkeit und damit Abwertung von Frauen und Weiblichkeit. Rechtsextreme Männer präsentieren sich deshalb als Kämpfer gegen eine scheinbare Verweiblichung und damit vermeintlich verbundene Verweiblichung der Gesellschaft, gegen die notfalls mit Gewalt vorgegangen werden muss.

Die Frau wird als „deutsche Mutter“ durch ihre Funktion bestimmt, die Nachkommen der „Volksgemeinschaft“ zu gebären. Gesundheit und Tugendhaftigkeit stellen in diesem rassistischen und antisemitischen Weltbild wichtige weibliche Wesensmerkmale dar, um das „deutsche Blut“ „rein“ zu halten. Mann, Frau und eine möglichst hohe Anzahl an Nachkommen bilden in der rechtsextremen Ideologie als Familie die „Keimzelle des Volkes“. Die Frau kann aufgrund der Bedeutung ihres Körpers für den „Erhalt des Volkes“ eine Aufwertung erfahren, wenn sie sich dieser Rollenvorstellung unterordnet.

Rollen und Funktionen von Frauen im Rechtsextremismus

Obwohl das rechtsextreme Weltbild stark von einem biologistischen und traditionalistischen Geschlechter- und Familienbild geprägt ist, werden die Rollen- und Identifikationsangebote für Frauen in der Bewegung vielseitiger. Rechtsextreme Frauen besetzen zunehmend führende Positionen in Parteien, sind Influencer*innen auf Social Media oder treten auf Demonstrationen aktivistisch auf. Sie können dabei gleichzeitig antifeministische und andere menschen-

verachtende Einstellungen vertreten und selbst sexistische Stereotypisierung erfahren. Diese Gleichzeitigkeit kann strategisch genutzt werden, um antidemokratische Inhalte zu verbergen. Durch die Rolle als „friedfertige Frau“ und „besorgte Mutter“ werden Geschlechterbilder angesprochen, die auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft vorhanden sind. Damit können rechtsextreme Frauen gewaltvollen Ideologien ein harmloses Aussehen geben.

Außerdem greifen rechtsextreme Frauen als Aktivist*innen oder Politiker*innen feministisch erkämpfte Begriffe und gesellschaftliche Debatten auf und nutzen sie für ihre Agenda. Dies wird deutlich bei der Betrachtung der rechtsextremen Politisierung von „Frauenrechten“. Anstatt auf männliche Kontroll- und Besitzansprüche, ökonomische Ungleichheit und damit verbundene Abhängigkeiten und häusliche Gewalt einzugehen, deuten sie diese zu einer Bedrohung „deutscher Frauen und Familien“ durch „fremde Männer“ oder queere und trans Personen um. Personen, die öffentlich für Geschlechtergerechtigkeit, LGBTIQ+-Rechte, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung auftreten, werden von Rechtsextremist*innen bedroht und angegriffen. Dabei wird sichtbar, dass es in der rechtsextremen Ideologie

und Politik nicht darum geht, für Frauenrechte einzustehen und mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen. Frauen und ihre Rechte sind im Rechtsextremismus nur dann „schützenswert“, wenn sie völkisch-rassistischen Vorstellungen entsprechen und der Verbreitung rechtsextremer Vorstellungen dienen.

17. Januar 2017:

Das Bundesverfassungsgericht urteilt, dass die NPD verfassungsfeindlich ist, aber nicht verboten wird. Somit ist das zweite NPD-Verbotsverfahren gescheitert.

17. Januar 2017:

Der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke betitelt das Holocaust-Mahnmal in einer Rede als „Denkmal der Schande“ und fordert bei einer Rede in Dresden im Januar 2017 eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.^b

29. Januar 2017:

Bei einem rechtsterroristischen Anschlag auf das Centre Culturel Islamique de Quebec sterben 52 Menschen.

15. Juli 2017:

Im thüringischen Themar findet unter dem Motto „Rock gegen Überfremdung“ das bis dahin größte Rechtsrockkonzert in der Geschichte der Bundesrepublik statt.

13. Juli 2017:

Das rechtsterroristische Netzwerk „Nordkreuz“ wird bekannt. Es soll eine Massentötung von Flüchtlingshelfer*innen und Linken geplant haben.

12. August 2017:

Ein Neonazi fährt nach rechtsextremem Aufmärschen in Charlottesville (USA) in die Gegendemonstration und tötet eine Aktivistin für Bürgerrechte.

26. April 2017:

Der Bundeswehr-Offizier Franco A. wird verhaftet. Er soll rechtsterroristische Anschläge geplant haben.



2. Hintergründe und Folgen rechtsextremer Normalisierung

2.1. Erklärungsansätze

In der Beschäftigung mit Rechtsextremismus und seinen Erscheinungsformen drängt sich irgendwann die Frage auf, wann und warum sich Menschen von extrem rechten Ideologien angesprochen fühlen. Auch verschiedene Wissenschaftler*innen haben sich im Lauf der Zeit dieser Frage angenommen. Klar ist: Es gibt sie nicht, die eine Erklärung, die eine grundsätzliche Antwort auf diese Frage liefert. Stattdessen gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze, die eine Zustimmung zu extrem rechten Ideologien versuchen nachzuvollziehen.

Hier bieten wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Ansätze. Die Sammlung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern wirft Schlaglichter auf das breite Forschungsfeld und stärker rezipierte und diskutierte Ansätze.

Die „normale Pathologie“

Rechtsextremismus sei ist eine „normale“ Pathologie freiheitlicher Industriegesellschaften, in denen grundsätzlich ein Potential für entsprechende politische Bewegungen vorhanden sei – so die These von Erwin K. Scheuch und Hand D. Klingemann. Die Annahmen der beiden Autoren beruhen auf dem sogenannten Extremismusmodell, einer Theorie, die in der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung umstritten ist. Die Autoren gehen dabei davon aus, dass Rechtsextremismus immer die Vergangenheit romantisiert und die geltende Gesellschaftsform grundlegend ablehne. Obwohl die Thesen Scheuchs und Klingemanns im öffentlichen Diskurs durchaus bekannt sind, gilt ihre Erklärungskraft in der sozialwissen-

schaftlichen Forschung als gering. Die Annahme, dass extrem rechte Bestrebungen in der Gesellschaft nun mal „normal“ und somit nicht vermeidbar seien, relativiert vielmehr die Gefahr und den politischen Erfolg extrem rechter Gruppierungen in Deutschland und erschwert dadurch die Rechtsextremismusprävention. Die spezifischen Gefahren von Rechtsextremismus werden so aus dem Blickfeld verloren.

Das Extremismusmodell

Das Extremismusmodell (oder auch „Hufeisenmodell“) beruht auf der Annahme, dass sich die demokratische Mitte und „extremistische“ Ränder antithetisch gegenüberstehen. Obwohl das Modell in der Rechtsextremismusforschung heute grundsätzlich abgelehnt und häufig als ideologisch motiviert und stark unterkomplex kritisiert wird, bildet es noch immer die Grundlage des sicherheitsbehördlichen Verständnisses von Rechtsextremismus. Die bekanntesten Vertreter des Modells in Deutschland sind Uwe Backes und Eckhard Jesse. Sie gehen nicht nur davon aus, dass Rechtsextremismus und Linksextremismus in ihrem Bestreben ähnlichen seien, sondern auch, dass es in der Gesellschaft eine gemäßigte Mitte gebe, die grundsätzlich demokratisch eingestellt sei. In der Analyse von extrem rechten Einstellungen und Gruppierungen bleibt dieses Modell nicht nur unterkomplex, sondern ignoriert auch die breite Zustimmung für extrem rechte Ideologieelemente in der sogenannten gesellschaftlichen „Mitte“.

Der „Extremismus der Mitte“

Seymour Martin Lipset prägte den Begriff des „extremism of the center“. Demnach finden sich extremistische Positionen in allen Teilen der Gesellschaft und nicht nur an deren konstruierten politischen Rändern. Laut dem Soziologen geht von allen drei extremistischen Spektren (links, Mitte, rechts) dieselbe Anziehungskraft aus. Da es auch in der konstruierten gesellschaftlichen Mitte antipluralistische Bestrebungen geben könne, folgerte Lipset, dass es auch zur demokratischen Mitte ein extremistisches Gegenstück geben müsse, den Faschismus.

Die Ansätze des „Extremismus der Mitte“ widersprechen damit dem Hufeisenmodell. Ihre Grundannahmen, wie die zum Zusammenhang von bürgerlichen Milieus und Rechtsextremismus, werden heute von weiten Teilen der Rechtsextremismusforschung geteilt. Im öffentlichen Diskurs hält sich jedoch weiterhin das Bild einer gemäßigten und friedfertigen gesellschaftlichen „Mitte“, weswegen Lipsets Annahmen dort weniger Anklang finden.

Der „autoritäre Charakter“

Den Überlegungen zum autoritären Charakter liegen die psychoanalytischen und sozialpsychologischen Studien Theodor W. Adornos zugrunde, laut denen gewisse Charaktereigenschaften oder Persönlichkeitsmuster die Grundlage für bestimmte politische Orientierungen legen. Das Individuum in seiner Wechselwirkung mit der Gesellschaft rückt bei diesem Erklärungsansatz also ins Zentrum. Seine Kernthese ist, dass autoritäres Denken und Handeln im Laufe der Sozialisation einer rechtsextremen Person verinnerlicht werden.

Im Autoritarismus wird Individuen nicht nur eine bestimmte Aufgabe zuteil, sondern er beinhaltet auch immer das Versprechen, selbst Teil eines „starken und erfolgreichen“ Kollektivs zu werden.

Relative Deprivation

Relative Deprivation beschreibt die subjektive Wahrnehmung, den eigenen ökonomischen oder sozialen Status verloren zu haben, oder die Angst hiervon. Dabei spielt es keine Rolle, ob dieser Statusverlust tatsächlich droht oder bereits passiert ist. Die eigene Wahrnehmung reicht, um sich benachteiligt zu fühlen und „Schuldige“ für die eigene Lage finden zu wollen.

Verschiedene empirische Studien belegen den Zusammenhang zwischen extrem rechten Einstellungen und relativer Deprivation: Fühlen sich vermehrt Personen aus bestimmten Regionen oder Bevölkerungsgruppen von Deprivation bedroht, so projizieren sie diese Ängste verdichtet auf (konstruierte) Bevölkerungsgruppen, die sich scheinbar in einer oder mehreren sozialkonstruierten Ordnungskategorien von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden. Indem sich Aggressionen gegenüber den betreffenden Gruppierungen entwickeln und entladen, entstehen oder verstärken sich extrem rechte Ideologien.

Modernisierung

Die Grundlage dieses Erklärungsansatzes besteht in der Annahme, dass sich durch die ökonomischen Veränderungen der Moderne auch die sozialstrukturellen Kontexte wandeln. In der Konsequenz entstehen neue Anforderungen und Möglichkeiten für Individuen, wie wachsende Flexibilität und Mobilität, die aber auch dazu führen können, dass soziale Stabilität und Verlässlichkeit verloren gehen. In Verbindung mit Rechtsextremismus wird die Modernisierungsthese als Erklärungsmodell unter anderem vom Wilhelm Heitmeyer in Bezug auf Jugendliche herangezogen, da diese Gruppe besonders von verunsichernden Veränderungen geprägt ist. Die These ist, dass extrem rechte Vorstellungen in diesen Phasen Sicherheit und Identifikationsangebote bieten.

Warum solche Unsicherheiten und Ängste nicht bei allen Menschen zu einer Hinwendung zum Rechtsextremismus führen, kann mit diesem Erklärungsansatz allerdings nicht erklärt werden.

Protestwahl

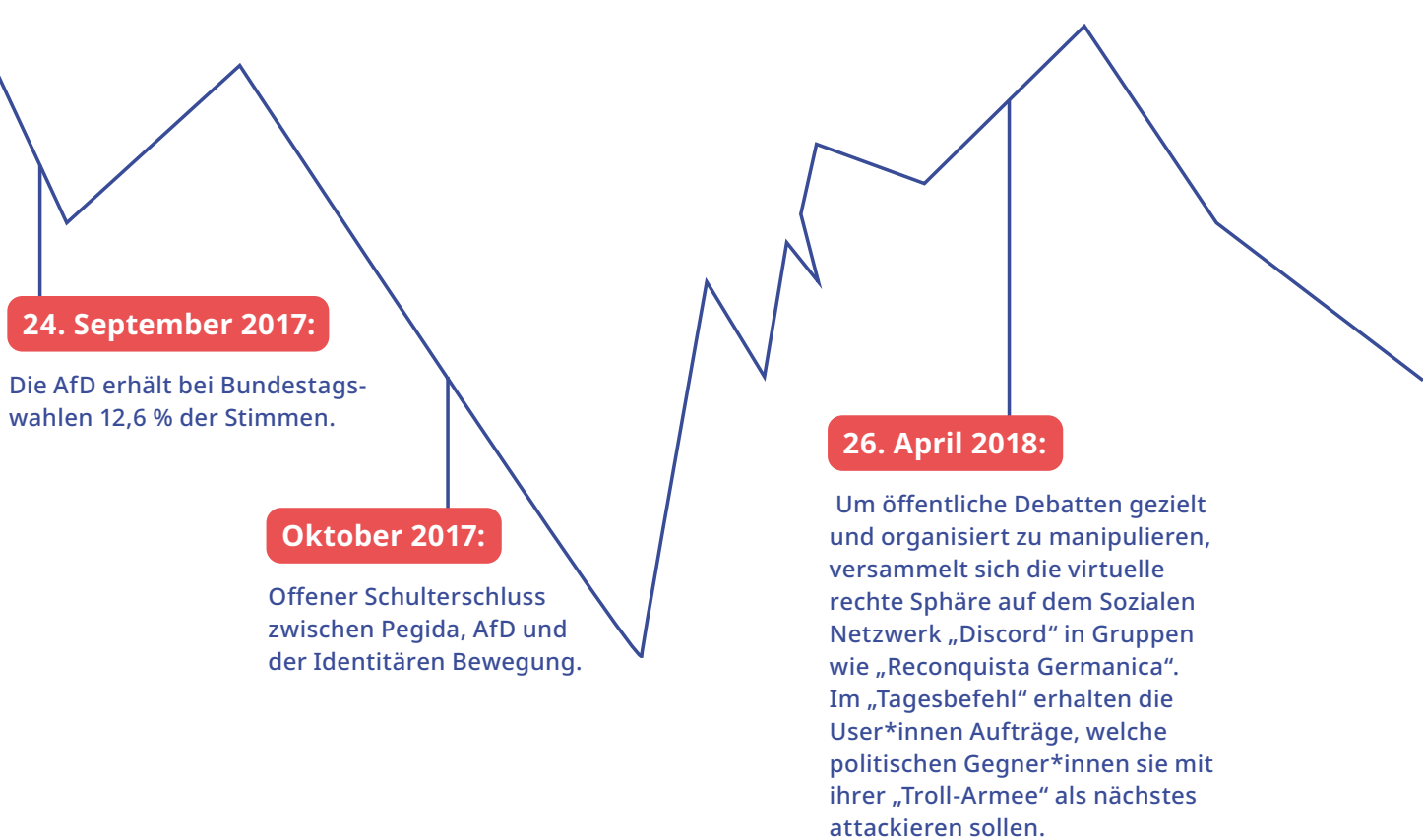
Gewinnen rechtsextreme Parteien an Stimmen, wird öffentlich oft die These diskutiert, dass es sich dabei um eine Protestwahl handle. Dahinter steht die Annahme, Personen, die ideologisch nicht gefestigt seien, würden auch rechtsextreme Parteien wählen, um die eigene Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien zum Ausdruck zu bringen.

Letztlich lässt sich die Motivation für diese oder jene Stimmabgabe nicht an den Wahlergebnissen ablesen. Wirft man aber einen Blick in die Einstellungsforschung und Nachwahlbefragungen, wird deutlich, dass rechtsextreme Ideologien grundsätzlich große Zustimmung in der Bevölkerung erlangen, weswegen die Protest-

wahlthese mit Vorsicht zu behandeln ist. Menschen wählen dann nicht trotz, sondern wegen einer rassistischen Programmatik eine extrem rechte Partei.

Einfluss der politischen Kultur

Die vorangegangenen Erklärungsansätze machen deutlich, dass es viele Faktoren gibt und geben kann, die Rechtsextremismus bedingen. Dadurch, dass sich extrem rechte Einstellungen bei einem breiten Teil der Bevölkerung finden und kein klares Randproblem darstellen, nimmt auch die gesamte politische Kultur hier Einfluss. Sowohl die Art, wie mediale Debatten geführt werden und welche Narrative sich im öffentlichen Diskurs durchsetzen, als auch (partei-)politische Kommunikation können Ressentiments in der Bevölkerung schüren und Feindbilder bestärken, die extrem rechte Argumentationen befeuern und entsprechenden Akteur*innen in die Karten spielen.



2. 1. Todesopfer rechter Gewalt

Mit dem Begriff „rechter Gewalt“ werden Gewalttaten beschrieben, die aufgrund der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen begangen werden. Hierbei werden Täter*innen durch spezifische Einstellungen dazu motiviert, eine Gewalttat zu begehen. Diese Einstellungen sind nicht wahllos, sondern beziehen sich auf historisch gewachsene Abwertungsideologien – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) –, worunter beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Autoritarismus, Chauvinismus, Antifeminismus, Nationalismus, Homo- und Trans*feindlichkeit oder Sozialdarwinismus fallen. Betroffene rechter Gewalt werden aufgrund ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer (oder mehreren) der abgewerteten Gruppen angegriffen. Dabei übernehmen die Täter*innen zudem die Definitionsmacht über die Gruppenzugehörigkeit der Betroffenen. Es ist also nicht relevant, ob sich das Opfer selbst beispielsweise als homosexuell definiert, sondern allein die Annahmen der Täter*innen sind Anlass für einen homofeindlich motivierten Angriff. Da rechte Gewalt auf abwertenden Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen basiert, gelten solche Angriffe nie nur dem individuellen Opfer, sondern diese werden stellvertretend für eine ganze Gruppe „ausgewählt“.

Die Bundesregierung ordnet seit der Wiedervereinigung 113 Tötungsdelikte als rechts motivierte Gewalt ein. Zählungen durch unabhängige Organisationen und Journalist*innen sind deutlich höher, so ergeben beispielsweise

Recherchen der Amadeu Antonio Stiftung mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt sowie 16 weitere Verdachtsfälle. Basierend darauf wird immer wieder der Wunsch nach einer umfassenderen Aufnahme und Kategorisierung rechter Gewalttaten laut. Es ist nicht nachvollziehbar, dass auch nach der Selbstenttarnung des NSU an vielen Gerichten in Deutschland weiterhin die Bereitschaft fehlt, bei offensichtlichen Anzeichen einer rechtsextremen Gesinnung der Täter*innen Hintergründe und Motive der Tat näher zu beleuchten und somit eine umfassendere Erhebung rechter Gewalt zu ermöglichen.

Im Folgenden sind exemplarisch die Geschichten einiger Todesopfer rechter Gewalt erzählt. Die gesamte Chronik findet sich unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt>.





„Einen Freund wie Alex würde sich jeder wünschen“

Der 21-jährige Alexander Selchow wurde in der Silvesternacht auf den 1.1.1991 von zwei Neonazis in Rosdorf (Niedersachsen) erstochen. Die Neonazis attackierten ihn, weil sie politisch Andersdenkende mit Gewalt einschüchtern wollten.

Alexander Selchow absolvierte seinen Wehrdienst in Göttingen. Er trat für antifaschistische Werte ein und wurde von seinen Freunden als gewaltscheuer, fürsorglicher Mensch beschrieben. Konflikten ging er lieber aus dem Weg. In der Tatnacht war Alexander Selchow gemeinsam mit einem Freund auf dem Weg von einer Silvesterparty nach Hause. Die beiden 17-jährigen Täter gehörten der rechtsextremen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) an; in jener Nacht waren sie losgezogen, um „herumschwirrende Linke durchzuklopfen“. Alexander Selchows Freund konnte fliehen. Einer der Täter zückte ein Messer und stach fünfmal auf Alexander Selchow ein. Dieser starb am frühen Morgen am massiven Blutverlust.

Trotz Verurteilung wurde der rechtsextreme Hintergrund der Tat nicht anerkannt. 2016 und 2019 wurde die niedersächsische Landesregierung gefragt, ob sie in dem Angriff einen rechtsextremen Mord sieht. Trotz des eindeutigen Tatmotivs verweigerte die Landesregierung ihre nachträgliche Anerkennung.

Örtliche antifaschistische Initiativen geben trotzdem nicht auf: Sie fordern seit Jahren die Benennung einer Straße in

Göttingen nach Alexander Selchow und die Errichtung eines Gedenksteins. Darüber hinaus organisieren Engagierte regelmäßig Gedenkveranstaltungen.

Am 23. Februar 1992 wurde die 68-jährige Jüdin und Shoa-Überlebende Blanka Zmigrod von einem Rechtsterroristen aus nächster Nähe mit einer Pistole erschossen. Der Täter wurde erst 26 Jahre später für die Tat zu lebenslanger Haft verurteilt. Viele Fragen bleiben offen.

Blanka Zmigrod lebte mit ihrer Familie bis zur Machtergreifung der Nazis in Oberschlesien. Als junges Mädchen überlebte sie mehrere Konzentrationslager der Nazis, nach Kriegsende wanderte sie nach Israel aus. Bereits 1960 kehrte Zmigrod nach Deutschland zurück, wo sie fortan in Frankfurt lebte. Um wieder mehr unter Menschen zu sein, arbeitete sie seit 1991 im Restaurant Mövenpick. Ihre Kolleg*innen beschreiben sie als zuverlässige Person und beliebte Kollegin.

Einige Tage vor der schrecklichen Tat war der Täter Gast in einem Restaurant im Frankfurter Westend, in dem Zmigrod an der Garderobe arbeitete. Er beschuldigte das spätere Opfer, seinen Casio-Taschencomputer gestohlen zu haben, führte hierüber eine verbale Auseinandersetzung mit Zmigrod und drohte ihr. Am besagten Abend suchte der Täter Zmigrod in unmittelbarer Nähe zu ihrem Wohnhaus in Frankfurt am Main auf, tötete sie mit einem Kopfschuss, nahm ihre Handtasche und flüchtete.

Vor dem Mord in Frankfurt hatte der Rechtsterrorist eine rassistisch motivierte Anschlagsserie in Schweden verübt: Zwischen August 1991 und Januar 1992 schoss er auf insgesamt elf Migrant*innen und ermordete einen von ihnen. Im deutschen Prozess 26 Jahre nach der Tat wurde das Tatmotiv seitens der Richterin und Staatsanwaltschaft im verschwundenen Casio-Rechner vermutet, einen rassistischen oder antisemitischen Hintergrund hielten sie für weniger wahrscheinlich.

Ob Blanka Zmigrod ermordet wurde, weil sie Jüdin war, oder ob tatsächlich der verlorene Casio-Rechner Auslöser für die Tat war, kann nicht abschließend geklärt werden. Die Tat geschah jedoch im Zusammenhang einer rechtsterroristischen Anschlagsserie, und es erscheint durchaus möglich, dass der Täter Zmigrod aus rechtsextremen Motiven ermordet hat. Der Fall wird deshalb als Verdachtsfall geführt.



**Die Shoa überlebt,
in Frankfurt ermordet:**

***Wer war Blanca,
und warum musste
sie sterben?***

Einen Monat zuvor hatte Rabia seinen 17. Geburtstag gefeiert

Am 18. Januar 1996 und in der darauffolgenden Nacht starben der 17-jährige Rabia El Omari und neun weitere Menschen in der Hafensstraße 52 und im Lübecker Krankenhaus infolge eines rassistisch motivierten Brandanschlags. El Omari und Monica Maiamba Bunga (27), Nsuzana Bunga (7), Françoise Makodila Landu (33), Christelle Makodila Nsimba (8), Legrand Makodila Mbongo (5), Christine Makodila (17), Miya Makodila (14), Jean-Daniel Makodila Nkosi (3) und Sylvio Bruno Comlan Amoussou (27) wurden viel zu früh aus dem Leben gerissen. 38 weitere Menschen wurden teils schwer verletzt.

Rabia El Omari wurde am 1.12.1978 in Beirut geboren. Familie El Omari bewohnte eine Wohnung im zweiten Stock des Hauses, die zur Hafensstraße zeigte. Die neunköpfige Familie hatte Beirut im Jahr 1991 verlassen müssen. Sie teilten sich in Lübeck mit neun Personen vier Zimmer. Mit den anderen Bewohner*innen der Etage pflegten sie ein freundliches Verhältnis. Rabia El Omari starb an einer Rauchgasvergiftung. Einen Monat zuvor hatte er seinen 17. Geburtstag gefeiert.

Um 3:41 Uhr erhielt die Lübecker Feuerwehr einen Anruf. Am Telefon war Françoise Makodila. Panisch berichtete sie, dass das Haus, in dem sie lebte, in Flammen stehe. Das weiße dreistöckige Haus in der Hafensstraße diente als Unterkunft für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte. Als Feuerwehr und Polizei an dem Haus in der Hafensstraße ankamen, war das Innere des Gebäudes schon fast ausgebrannt. Einige Bewohner*innen hatten noch versucht, sich durch einen Sprung aus dem Fenster zu retten. Das Verbrechen wurde bis heute nicht juristisch aufgeklärt.

Noch in der Tatnacht wurden vier Verdächtige aus der rechtsextremen Szene festgenommen. Obwohl viele Indizien für ihre Tatbeteiligung sprachen und sie sich im Verhör in extreme Widersprüche verstrickten, wurde sie wieder freigelassen. Wie bei vielen möglicherweise rechtsextrem motivierten Anschlägen ermittelten die Behörden vorwiegend innerhalb der Community, die von dem Anschlag betroffen war – auch in den Ermittlungen zum Brandanschlag in Lübeck. Aufgrund einer fingierten Indizienlage wurde der Hausbewohner Safwan E. verhaftet.

Es ist dem unermüdlichen Einsatz der Anwältin Gabriele Heinecke und dem Einsatz zivilgesellschaftlicher Initiativen zu verdanken, dass Safwan E. nicht aufgrund dieser sehr dünnen und fingierten Indizienlage verurteilt wurde. Der erste Prozess gegen Safwan E. wurde eingestellt. Ein zweiter Prozess gegen ihn endete mit einem Freispruch.

Obwohl einer der mutmaßlich wahren Täter später mehrfach gestand, wurden die Ermittlungen bis zum heutigen Tag nicht wieder aufgenommen. Das Unrecht besteht fort. Die Überlebenden und die Initiative „Hafensstraße '96“ setzen sich weiterhin für eine Wiederaufnahme ein. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund dringlich, dass der Tatbestand „Brandanschlag mit Todesfolge“ nach 30 Jahren verjährt und danach juristisch nur noch eine Verurteilung wegen Mordes möglich wäre.



Nebenbei betrieb Bernd mit seinem Partner einen kleinen Laden

Der 43-jährige Bernd Grigol wurde am 8. Mai 1996 in Leipzig-Wahren auf offener Straße von drei Neonazis brutal zusammengeschlagen, gequält und anschließend erstochen. Der Hass auf Homosexuelle motivierte die Täter zu der grausamen Tat.

Bernd Grigol war Kaufmann. Er arbeitete in einer Kaufhalle und betrieb nebenbei gemeinsam mit seinem Lebensgefährten einen kleinen Laden. Seine Homosexualität war in der Nachbarschaft bekannt.

Auch die drei Täter, einschlägig bekannte Rechtsextreme im Alter zwischen 21 und 27 Jahren, wussten darum. In der Tatnacht trafen sie Bernd Grigol vor seiner Haustür an und beleidigten ihn mit den Worten: „Hau ab, du schwule Ratte!“ Daraufhin griffen sie ihn an, warfen einen Bordstein auf seinen Kopf und traten mit Springerstiefeln auf ihn ein. Die Neonazis hörten nicht auf, Bernd Grigol zu quälen, gerieten in einen Gewaltrausch, in dessen Verlauf sie ihm Sand in den Mund stopften und die Augen mit Stöcken ausstachen. Anschließend stach einer der Täter 36 Mal mit einem Messer auf das Opfer ein.

Danach zerrten die Neonazis Bernd Grigols Körper in ein Gebüsch, riefen einen „Kameraden“ an, der ihnen mit dem Auto beim Abtransport von Bernd Grigols Leiche helfen sollte. Gemeinsam mit ihm luden sie den vermeintlich leblosen Körper in den Kofferraum des Autos. Sie fuhren ihn zu einem See in Ammelshain im Muldentalkreis und warfen ihn hinein – laut

gerichtsmedizinischem Gutachten erlitt Bernd Grigol dabei einen tödlichen Genickbruch.

Im Nachgang der brutalen Tötung prahlten die Täter in ihrem gesamten Umfeld mit dem Mord. Freund*innen erzählten sie, sie hätten „ein bisschen Spaß in der Stadt“ gehabt. Einer von ihnen räumte mit der EC-Karte des Opfers sein Konto leer – was letztendlich zur Überführung der Täter führte.

Vor Gericht wurde der Mord entpolitisiert: Die große Strafkammer des Landgerichts Leipzig stellte keinen Zusammenhang zwischen den rechtsextremen Einstellungen, den homofeindlichen Beleidigungen und der Tat fest. Vielmehr hätten die Täter „aus Lust und Laune an körperlicher Mißhandlung“ gehandelt. Im Publikum des Gerichtsprozesses saßen zahlreiche Mitglieder der rechtsextremen NPD.



Über André selbst ist leider wenig bekannt



Am 27. Mai 2011 wird der Obdachlose André Kleinau in Oschatz (Sachsen) von fünf Männern im Alter von 16 bis 36 Jahren mit Schlägen und Tritten schwer misshandelt. Am Morgen des 28. Mai 2011 finden Zeugen den Mann blutüberströmt und mit schwersten Kopfverletzungen im Wartehäuschen des Oschatzer Südbahnhofs. Vier Tage später stirbt der 50-Jährige an den Folgen des Angriffs in einem Leipziger Krankenhaus. Ein sozialdarwinistisches Motiv sah das Gericht jedoch nicht als erwiesen an.

Über André Kleinau selbst ist leider wenig bekannt. Auf die Frage nach dem Motiv äußerte einer der Täter später vor Gericht: „Wir haben uns im Suff einen sinnlosen Grund eingeredet.“ Vieles spricht dafür, dass die Täter der nordsächsischen Neonazi-Szene angehörten. Vor Gericht belasteten die sich gegenseitig: Einer soll ein Samurai-Schwert dabei gehabt und damit nach dem Obdachlosen geschlagen, ihn allerdings nicht getroffen haben. Als auf dem Heimweg zwei der Täter auf die Idee kamen, den Notarzt zu rufen, setzte ein dritter sie möglicherweise unter Druck: „Kommt gar nicht in Frage. Dann identifizieren sie uns“, soll er gesagt haben.

Der Prozess am Landgericht Leipzig dauerte über ein Jahr – am 25.1.2013 wurden die Männer zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Ein sechster Angeklagter erhielt eine Bewährungsstrafe von zehn Monaten wegen unterlassener Hilfeleistung, weil er den Gewaltausbruch beobachtet hatte und nicht eingeschritten war.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass auch nach der Selbstenttarnung des NSU an vielen Gerichten in Deutschland

weiterhin die Bereitschaft fehlt, bei offensichtlichen Anzeichen einer rechtsextremen Gesinnung der Täter die Hintergründe und das Motiv der Tat näher zu beleuchten. Die Brutalität, mit der die Täter gegen den Obdachlosen André Kleinau vorgehen, lässt darauf schließen, dass der rechtsextreme Hintergrund des Haupttäters in die Tat mit eingeflossen ist. Für Neonazis gelten Obdachlose als „minderwertig“ und „asozial“, denen ein Recht auf Leben abgesprochen wird (sozialdarwinistische Motivation). Dass der Hass auf Obdachlose in der Urteilsbegründung keine Erwähnung findet, ist schockierend. Der Initiativkreis Antirassismus beschäftigte sich vor und während der Gerichtsverhandlung intensiv mit dem Mord an André Kleinau und setzt sich für die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit ein.

„Man hat sich in Mercedes‘ Nähe sofort wohlfühlt“

Am Abend des 19. Februar 2020 verübte ein Rechtsterrorist einen rassistisch motivierten Anschlag in Hanau, bei dem die 35-jährige Mercedes Kierpacz und acht weitere Menschen getötet wurden.

Die 35-jährige Romni Mercedes Kierpacz war Mutter zweier Kinder. „Sie war sehr offen und sympathisch. Man hat sich in ihrer Nähe sofort wohlfühlt“, sagte ihre Freundin Jade M. Kierpacz arbeitete im Kiosk neben der „Arena Bar“; am Abend des 19. Februar wollte sie dort aber nur etwas kaufen, als der Täter von Hanau sie ermordete. Ihr Vater Filip Goman beschreibt sie als fürsorglichen Menschen: „Sie hat sich immer um alle gekümmert, sie wollte immer wissen, wer was macht, wo wer ist, warum jemand nicht zum Essen kam. Sie hat auch gern die Musik laut gedreht und getanzt. Allein, für sich, einfach so. So jemand will nicht sterben.“

Gegen 22 Uhr eröffnete der Rechtsextreme am Hanauer Heumarkt Feuer aus zwei Schusswaffen. In der Bar „La Votre“ erschoss er den Mitarbeiter Kaloyan Velkov. Im Anschluss begegnete er Fatih Saraçoğlu auf der Straße und erschoss auch ihn. In der Shishabar „Midnight“ ermordete er den Eigentümer Sedat Gürbüz. Im Anschluss floh der Täter vom Tatort und fuhr in den Stadtteil Kesselstadt. Dort erschoss er auf einem Parkplatz Vili-Viorel Păun in dessen Auto.

Im Anschluss stürmte er zum Lokal „Arena Bar & Café“ und dem angeschlossenen Kiosk. Dort tötete er Gökhan Gültekin, Mercedes Kierpacz und Ferhat Unvar. In der Bar schoss der Täter auf mehrere junge Männer, Said Nesar Hashemi starb noch am Tatort. Hamza Kenan Kurtović wurde schwer verletzt und starb im Krankenhaus. Weitere wurden verletzt, einer davon schwer.

Die Generalbundesanwaltschaft ermittelte wegen Terrorverdachts. Ihr zufolge „liegen gravierende Indizien für einen rassistischen Hintergrund der Tat vor“. Grundlage für diese Einordnung ist unter anderem ein „Skript“, das der 42-jährige Täter im Internet veröffentlicht hatte. Darin vermischen sich antisemitische, verschwörungsideologische Ideen mit rassistischen Vernichtungsfantasien. Das 24-seitige Doku-

ment drückt den Hass des Täters auf Muslim*innen und seine sozialdarwinistischen Rassenvorstellungen aus.

Der Anschlag von Hanau rief bundesweit Entsetzen, Trauer und Solidarität hervor. Etwa 6.000 Menschen folgten dem Aufruf „Solidarität statt Spaltung“ und demonstrierten am Samstag nach der Tat in Hanau gegen Rassismus und Menschenverachtung. In vielen weiteren deutschen Städten kam es zu Kundgebungen und Demonstrationen.

Die Opfer waren vom Täter nicht zufällig ausgewählt worden, sondern wegen ihrer realen oder vermeintlichen Migrationsgeschichte. Hinter den Namen stehen individuelle Schicksale, Geschichten und Biografien. Unter dem Motto #saytheirnames wird eine Erinnerung an die grausame Tat gefordert, die die Opfer als Menschen sichtbar macht, statt den Täter in den Vordergrund zu rücken.



Seit der Tat wird immer wieder berechtigte Kritik am Handeln der verantwortlichen staatlichen Behörden vor, während und nach der Tat formuliert. In der Tatnacht konnten viele Zeug*innen den Polizeinotruf nicht erreichen, in der „Arena Bar“ war zum Zeitpunkt der Tat auf behördliche Anordnung der Notausgang verschlossen, sodass die Gäste nicht vor dem Attentäter fliehen konnten. Fast ein Jahr nach dem rassistischen Terroranschlag veröffentlichte die Initiative 19. Februar Hanau am 14. Februar 2021 ein Video mit einer Anklage. Darin tragen Angehörige der Todesopfer und Überlebende detailliert bisherige Recherchen zur „Kette des Versagens“ vor.

2.3. Rechtsextreme Angriffe auf die Zivilgesellschaft

Der Druck auf die engagierte demokratische Zivilgesellschaft steigt. Das äußert sich in zunehmenden massiven Bedrohungen gegen Aktive der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention und teils sogar in einer akuten Gefährdungslage für einzelne Personen oder ganze Träger.

Die Angriffsformen, mit denen sich Engagierte konfrontiert sehen, sind vielfältig. Darauf, wie genau sie aussehen und was der steigende Druck im Alltag der Betroffenen bedeutet, wollen wir hier Schlaglichter werfen.

Störungen bei Veranstaltungen

Veranstaltungen werden auf verschiedene Arten von extrem Rechten gestört. Dafür melden sich einzelne oder mehrere Personen zur Veranstaltung an, unterbrechen die Vortragenden oder filmen und fotografieren sie ohne Einverständnis. Häufig nutzen die Störenden auch Frage- und Diskussionsrunden, um ihre eigenen Thesen und provokativen Aussagen unterzubringen. Ziel dessen ist es, die Veranstaltung thematisch zu beeinflussen, die Veranstaltenden zum Abbruch zu zwingen und/oder eingeladene Expert*innen einzuschüchtern.

Shitstorms und Negative Campaigning

Shitstorms sind zielgerichtete Kampagnen, die nicht nur die Diffamierung der Arbeit des Trägers und seiner Kooperationspartner*innen und Förderer beabsichtigen, sondern bei denen auch einzelne Mitarbeitende in den Fokus der Öffentlichkeit gelangen und personalisierten Drohungen ausgesetzt werden. Shitstorms zielen darauf ab, durch zusätzlichen Arbeitsaufwand Ressourcen zu binden, die dann bei der

alltäglichen Arbeit fehlen. Mitunter dauern Shitstorms mehrere Wochen, in denen eine inhaltliche Arbeit nur sehr reduziert möglich ist. Gehen die Angriffe so weit, dass die Reputation einer Organisation oder eines Projekts systematisch geschädigt wird, nennt man dies auch Negative Campaigning. Dabei wird politische Öffentlichkeitsarbeit von der extremen Rechten genutzt, um gezielt ein falsches Licht auf die Organisation zu werfen.

Juristische Interventionen

Auch juristische Mittel, wie Abmahnungen, Androhungen von Geldbußen und langwierige, teure Rechtsstreitigkeiten werden strategisch gegen aktiv Engagierte und Organisationen der demokratischen Zivilgesellschaft eingesetzt. Oft nutzen Rechtsextreme juristische Mittel sogar, wenn sie selbst nicht davon ausgehen, im Recht zu sein. Ihnen ist aber bewusst, dass viele Engagierte und insbesondere Ehrenamtliche es sich finanziell nicht leisten können, einen Rechtsbeistand zu engagieren oder vor Gericht zu gehen. Neben der einschüchternden Wirkung, die damit einhergeht, zielen rechtsextreme Akteur*innen darauf ab, kritische Berichterstattung und Äußerungen einzuschränken.

Persönliche Angriffe: Anfeindungen, Drohungen, Doxing

Werden einzelne Personen zur Zielscheibe, sehen sie sich oft mit Anfeindungen on- und offline konfrontiert. So berichten einige Aktive, dass sie mit ihren demokratischen Bemühungen in der eigenen Region mittlerweile zur Minderheit gehören und mit Anfeindungen und Drohungen hierfür rechnen müssen. In einigen Fällen gehen die Bedrohungsszenarien sogar so

weit, dass sie gedoxxt, also ihre Privatadressen online veröffentlicht werden.

Was bedeutet das für Betroffene?

Rückzug aus dem Engagement

Die Auswirkungen, die diese zum Teil ständigen Bedrohungsszenarien für Betroffene haben können, sind ganz verschieden und auch von der Art des Angriffs abhängig. Für viele sind entsprechende Vorfälle aber vor allem einschüchternd. Gerade wenn Einzelpersonen sich bedroht fühlen, kann dies dazu führen, dass sie sich aus ihrem Engagement zurückziehen. Lehrkräfte laden in einigen Regionen nur noch ungern Projekte der demokratischen Zivilgesellschaft zu Workshops ein, wenn sie anschließend mit Konfrontationen mit extrem rechten Eltern oder Kolleg*innen rechnen müssen. Werden Betroffene ggf. ihre Aussagen aus Angst vor hohen finanziellen Belastungen zurück. Gerade für juristische Lai*innen ist es schließlich schwer zu erkennen, ob der Versuch, sich zur Wehr zu setzen, erfolgversprechend ist.

Hohe finanzielle Belastungen

Die Auswirkungen können sich also sowohl auf finanzieller als auch vor allem auf psychologischer Ebene bewegen. Gerade in Regionen, in denen es eine große Zustimmung für extrem rechte Ideologien gibt, können sich Betroffene allein fühlen und zweifeln oft an der Verlässlichkeit der Unterstützung durch Teile der Polizei. Zahlreiche öffentlich gewordene Fälle von rechten Gruppierungen auch innerhalb der Polizei verstärken dieses Unbehagen und führen zum Teil zu Hilflosigkeit bei den Betroffenen.

Das gilt ebenfalls für ganze Organisationen. Mitarbeitende in der Rechtsextremismusprävention richten Veranstaltungen häufig nur noch mit entsprechender Security vor Ort aus, um Veranstaltungsstörungen vermeiden zu können und sich selbst und eingeladene Gäst*innen vor An-

griffen zu schützen. Dadurch entstehen für die Träger zusätzliche Kosten und Mehraufwand. Wie arbeitsaufwendig Angriffe auf die Zivilgesellschaft sein können, zeigt sich auch deutlich an Shitstorms. Mitunter dauern diese mehrere Wochen, in denen eine inhaltliche Arbeit nur sehr reduziert möglich ist. Der Arbeitsaufwand wird dabei sowohl durch die verstärkt nötige Öffentlichkeitsarbeit deutlich gesteigert als auch durch Anfragen und Bitten um kurzfristige Stellungnahmen seitens Mittelgebender und anderer Kooperationspartner*innen. Shitstorms mit ihren Verdrehungen, ihrer Drohkulisse, ihren unkalkulierbaren Ausmaßen sowie den konkreten Drohungen und Beleidigungen schlagen sich zusätzlich in psychischen Belastungen und Ausfällen der Mitarbeitenden nieder.

Es wird also deutlich: Jegliche Form extrem rechter Angriffe braucht Ressourcen und kann sich sowohl auf das eigene Engagement oder die eigene Arbeit auswirken als auch auf emotionaler und psychologischer Ebene bemerkbar machen. Angriffe lösen häufig Stress oder sogar Angst bei den Betroffenen aus und zielen darauf ab, sie einzuschüchtern und in ihrem Handeln einzuschränken.

*Die Konsequenz ständiger Angriffe und Bedrohungen ist dementsprechend nicht nur ein steigender Druck auf engagierte Akteur*innen, sondern kann auch ein schrumpfender Handlungsspielraum für die demokratische Zivilgesellschaft sein. Dieser schrumpft, wenn sich Akteur*innen zurückziehen, um sich den Angriffen nicht (weiter) aussetzen zu müssen und sich selbst zu schützen. Wenn sich viele demokratische Akteur*innen aus dem politischen Feld zurückziehen, dann ist das ein großer Schaden für die Demokratie.*

Solidarität mit den Betroffenen

Wenn Betroffene mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sind, sie Netzwerke haben, die sie im Umgang mit Angriffen unterstützen, sich mit ihnen solidarisieren und Zuspruch bieten, können Betroffene in einigen Fällen sogar

Für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, ist es besonders anstrengend und gefährlich, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Beispielsweise haben Schwarze Frauen ein erhöhtes Risiko, zur Zielscheibe von (rechtsextrem) Gewalt zu werden. Das nennt man Mehrfachdiskriminierung. Wenn diese Menschen ihre Stimme gegen Rechts extremismus erheben, setzen sie sich besonders großen und zusätzlichen Gefahren aus. Die Folgen von Mehrfachdiskriminierung werden leider oft übersehen. Doch wenn ein Problem nicht benannt wird, lässt es sich nicht erkennen, geschweige denn bearbeiten. In der Praxis kann das dazu führen, dass ausgegrenzte Menschen, die besonders gefährdet sind, nicht die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Der Rassismus, den sie erleben, erscheint dann wie ihr privates Problem. Das ist ungerecht und kann schlimmstenfalls bewirken, dass manche Menschen sich nicht mehr trauen, sich zu engagieren. Ein konkreter erster Schritt ist es daher, Anlaufstellen zu schaffen, an die sich Menschen mit Mehrfachdiskriminierungen wenden können, ohne dass sie befürchten müssen, dass ihr Anliegen heruntergespielt wird.

BILD von CURA-Kampagne
Die einen denken, Demokratie hält das aus, für andere ist Aushalten keine Option: www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/kampagne-cura

bestärkt aus diesen belastenden Situationen herausgehen. Demnach braucht es eine klar formulierte Solidarität und öffentlich geäußerte Rückendeckung für die demokratische Zivilgesellschaft, aber auch praktische Schritte zur Unterstützung, um zu verhindern, dass sich die beschriebenen Entwicklungen weiter verstärken und in der Demokratieförderung Engagierte sich aufgrund akuter Bedrohungslagen weiter zurückziehen. Denn Einschüchterungen sind ein Angriff auf Einzelpersonen und die Demokratie – sie gilt es zu verteidigen!

Mehr und Konkretes dazu findet sich in den folgenden Kapiteln.



16. November 2018:

In einem Artikel deckt die taz ihre Recherche zu einem rechtsextremen Netzwerk „Hannibal“ in der Bundeswehr auf. Es geht um ein weitreichendes, aber diffuses Netzwerk rechtsgerichteter subversiver Kräfte aus Militär, Polizei und anderen staatstragenden Institutionen, die im Verborgenen an der Etablierung paramilitärischer Strukturen arbeiten.

11. Juli 2018:

Der NSU-Prozess endet mit Schuldsprüchen. Dennoch bleiben zentrale Fragen ungeklärt.

26. August 2018:

Die Parteispitze der AfD demonstriert in Chemnitz gemeinsam mit offenen Neonazis.

15. März 2019:

Rechtsterroristischer Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch (Neuseeland). Es sterben 51 Menschen.

Seit August 2018:

Versandten Rechtsextremisten rund 170 Morddrohungen mit der Unterschrift „NSU 2.0“.



3. Wie geht resiliente Demokratie? Strategien gegen Rechtsextremismus

In jüngerer Zeit liegt der Fokus der öffentlichen Diskussionen über die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit auf dem parlamentarischen Rechtsextremismus der AfD und einzelner Akteure wie beispielsweise Björn Höcke als verfassungsfeindlichem Vertreter des als rechtsextrem eingestuften Thüringer Landesverbands. Die Debatten drehen sich um Sanktionsmaßnahmen und Verbote, die Einschränkung von Grundrechten oder eine Einstufung der gesamten AfD als rechtsextrem durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Diese Diskussionen sind wichtig, und demokratische Institutionen und die Zivilgesellschaft sind aufgerufen, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Feinde der Demokratie aufzuhalten. Doch weder sind nur der parteiförmige Rechtsextremismus und die AfD eine Gefahr für die Demokratie, noch sind Verbote und Sanktionsmaßnahmen durch Behörden das alleinige Allheilmittel. Es kommt vor allem auf eine informierte und wachsame Zivilgesellschaft an:

Demokratiebildung und Präventionsangebote

Eine frühzeitige Intervention ist ein wichtiger Schlüssel, um menschenfeindlichen Haltungen zu begegnen, bevor sich diese verfestigen. Schulen, Bildungseinrichtungen und Jugendtreffs spielen eine entscheidende Rolle dabei, Anzeichen von Ideologien der Ungleichwertigkeit und von Radikalisierung zu erkennen und geeignete Unterstützung bereitzustellen. Die Bandbreite der Präventionsstrategien kann von Wissensvermittlung und Ansätzen der historisch-politischen Bildung zur Aufklärung über die Verbrechen der NS-Zeit und die Schrecken der Shoa bis hin zur aktuell-praktischen Menschenrechtsbildung reichen. Das Ziel von

Demokratiebildung ist es, das Bewusstsein für demokratische Werte zu erhöhen und demokratiefeindliche Einstellungen zu reduzieren.

Ambiguitätstoleranz und Begegnungen

Präventionsarbeit sollte nicht nur die Vermittlung von Informationen, sondern auch „Herzensbildung“ und kritisches Denken umfassen und auf eine nachhaltige Stärkung von (jungen) Erwachsenen setzen. Demokratiebildung und Akzeptanzförderung, insbesondere die Entwicklung der Fähigkeit, Mehrdeutigkeit zu akzeptieren (Ambiguitätstoleranz), können dabei wichtige Pfeiler sein. Voraussetzung dafür sind Partizipation und eine wertschätzende und zugewandte Interaktion an Orten der Demokratiebildung. Sensibel vorbereitete Begegnungsprojekte und Austauschformate gehören ebenfalls dazu – ebenso wie das Ziehen „roter Linien“ und damit beispielsweise die Konfrontation und aktive Auseinandersetzung mit diskriminierenden Äußerungen.²²

Community-Engagement und Gemeinwesenorientierung

Die Einbindung des Gemeinwesens in die Präventionsarbeit kann entscheidend sein. Lokale Organisationen wie Sportvereine, Schulen, Jugendzentren, religiöse Institutionen, Bildungseinrichtungen oder sozialraumorientierte Stadtteilbüros können dazu beitragen, ein Umfeld der Akzeptanz und des Dialogs zu schaffen. Diese Gemeinschaftsbemühungen fördern die Zusammenarbeit und stärken das soziale Gewebe. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Community-Engagement und lokale Initiativen eine wichtige Rolle bei der Prävention von Rechtsextremismus spielen können.²³ Einen Ausgangspunkt dafür können Aufklärung, Ana-

lyse und Information über (lokale) Besonderheiten des Rechtsextremismus in Kommunen bieten, oftmals angeboten von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus oder anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort. Ein weiterer Ansatz ist die Förderung und Unterstützung lokaler Initiativen und Projekte zur Entwicklung von zivilgesellschaftlichen und demokratischen Strukturen im Gemeinwesen.²⁴ Bei besonderen gemeinwesenorientierten Präventionsformen, wie zum Beispiel der „Lokalen Intervention“, werden örtliche Akteure mit der Situation von Betroffenen rechter Gewalt vertraut gemacht, um deren Sensibilität für Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im lokalen Raum zu erhöhen und eine Solidarisierung mit Betroffenen menschenfeindlicher Ideologien zu erreichen.

Betroffene von Rechtsextremismus schützen und stärken

Eine gelingende Rechtsextremismusprävention darf die Perspektiven der Betroffenen rechter Gewalt nicht aus dem Blick verlieren. Stattdessen fokussieren viele Handlungsansätze bislang oft die Perspektive der Täter*innen. Potenzielle Opfer menschenfeindlicher Ideologien müssen gezielt empowert und gestärkt werden – vor allem in Regionen, die mit etablierten neonazistischen Strukturen zu tun haben. In der Stadtgesellschaft gilt es, solidarische Schutzräume zu schaffen und vor allem die Perspektiven und Erfahrungen von Betroffenen zum Ausgangspunkt für Interventionen zu machen. In allen Bundesländern gibt es Opferberatungsstellen, Migrantenselbstorganisationen und Antidiskriminierungsstellen, die diese Arbeit professionell beraten und unterstützen können: z.B. den Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG): www.verband-brg.de.

Stärkung der Medienkompetenz und Online-Aufklärung

Rechtsextreme nutzen erfolgreich Social-Media-Kanäle, Gaming-Plattformen und Messenger-Gruppen, um menschenfeindliche Ideen und Demokratiefeindschaft zu verbreiten. Ansätze zur Stärkung von Medienkompetenz sind wichtig, um rechtsextreme Propaganda zu entlarven und das Bewusstsein für die Risiken von Rechtsextremismus im digitalen Raum zu schärfen. Nur so können Nutzer*innen Menschenfeindlichkeit und Hass im Internet erkennen, kritisch hinterfragen und ihnen entgegentreten. Dazu gehört Wissen darüber, wie rechtsextreme Agitation online funktioniert, welche Quellen im Netz verlässlich sind, wo ich rechtsextreme Inhalte melden kann oder Beratungsstellen finde. Auch Aufklärungskampagnen in den Medien oder in Sozialen Netzwerken können ein wirksames Mittel sein. Ein wichtiges Tool kann zudem Digital Streetwork sein – eine Art aufsuchende Sozialarbeit im Online-Raum. Im Rahmen von Digital Streetwork agieren pädagogisch geschulte Mitarbeiter*innen auf Plattformen wie YouTube, TikTok, Twitch und Instagram – denn diese sind wichtige Teile der (jugendlichen) Lebenswelt, in denen Menschen sich zusammenfinden, austauschen und agieren. Inhalten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (wie Rassismus, Antisemitismus und Sexismus) muss hier widersprochen werden, und Menschen können hier dazu befähigt werden, sich eine fundierte Meinung zu Themen selbst zu bilden.

„Mit Rechten reden“? Kader und Mitläufer*innen erkennen

Es ist unerlässlich, sich darüber Gedanken zu machen, mit wem man es genau zu tun hat. Eine Differenzierung zwischen Kadern und Mitläufer*innen ist wichtig – ebenso die Verständigung darüber, dass die Arbeit mit Kadern oder rechtsextremen Aktivist*innen nicht vereinbar ist mit demokratisch verfassten Institutionen. Es braucht eine klare Verständigung über Grenzen der Zusammenarbeit. In kleinen Gemeinden

und Orten kann dies eine echte Herausforderung sein, entweder weil es kaum Alternativen gibt, da der örtliche Fußballverein von Neonazis unterwandert ist, oder weil es auch eine Abgrenzung zu engagierten Anwohner*innen bedeuten kann, die sich ehrenamtlich oder mit Spenden in die Arbeit einbringen wollen. Dann ist eine transparente Kommunikation und Begründung erforderlich, die für Mitarbeitende, Unterstützer*innen oder Anwohner*innen nachvollziehbar erklärt, warum auf Kooperationen, Zusammenarbeit oder Unterstützung verzichtet wird. Zivilgesellschaftliche Initiativen können eine Vorbildrolle in ihrem Sozialraum einnehmen und die Bewusstseinsbildung

fördern, sodass mit Sympathisant*innen und rechtsextrem orientierten Menschen gesprochen und gearbeitet wird, aber eben nicht mit Kadern, Funktionär*innen oder einschlägig bekannten Aktivist*innen des Rechtsextremismus.

Ausstiegsarbeit und Tertiärprävention

Ausstiegsorientierte Arbeit sollte unbedingt mit sorgsam ausgewählten, fachlich gut ausgebildeten Ausstiegsberatungsstellen erfolgen, die es in jedem Bundesland gibt, beispielsweise unter www.nina-nrw.de/wordpress oder www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de/index.php?id=1015.



3.1. Von Satire, Hashtags und Massendemos: Beispiele kreativen Engagements

Anfang 2024 gehen Hunderttausende gegen Rechtsextremisten und die AfD auf die Straße. Hintergrund waren Enthüllungen des Recherchekollektivs CORRECTIV über ein Geheimgreffen von Rechtsextremisten und AfD-Funktionären, bei dem auch über die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland beraten wurde. Es sind die größten Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, die das Land je gesehen hat. Doch auch wenn sich viele Beobachter*innen schon längst mehr Engagement gegen menschenfeindliche Politik gewünscht hätten, haben sich bereits in den Jahren zuvor regelmäßig Menschen zusammengefunden, sowohl online als auch offline, um gegen Hass und Hetze zu kämpfen und Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit sichtbar zu machen.

Mit Satire gegen den „nationalen Viehbestand“

2006 zieht die NPD mit sechs Abgeordneten in den Schweriner Landtag ein. Ein Jahr später eröffnet in Rostock eine Filiale des Neonazi-Labels „Thor Steinar“. Kurze Zeit später heben die Jusos Mecklenburg-Vorpommern „Storch Heinar“ aus der Taufe, inklusive Stahlhelm, Hitlerbart und

Scheitel. Der Grömaz (Größter Modedesigner aller Zeiten) verkauft Bekleidung mit Slogans, die sich über Neonazis lustig machen – „Der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm, beim Nazi ist es andersrum“ steht etwa auf T-Shirts – oder die Neonazislogans aufs Korn nehmen: „Hier marschiert der nationale Viehbestand“. Spaß war und ist bei „Storch Heinar“ allerdings nicht alles. Denn das Projekt dient bis heute auch der Finanzierung von „Endstation Rechts“, einer journalistischen Plattform, die über Rechtsextremismus berichtet.

#Baseballschlägerjahre: Wenn rechtsextreme Hegemonie sichtbar wird

Im Herbst 2019 postet der Journalist Christian Bangel einen Tweet: „Ihr Zeugen der Baseballschlägerjahre. Redet und schreibt von den Neunzigern und Nullern. It's about time.“ Die Antworten und die Tweets unter dem neuentstandenen Hashtag #Baseballschlägerjahre sind eine Momentaufnahme der rechtsextremen Hegemonie der 1990er und 2000er Jahre vor allem in Ostdeutschland.



23. Januar 2020:

Die rechtsterroristische Vereinigung „Combat 18 Deutschland“ wird verboten.

Schon innerhalb von zehn Tagen kommen gut 2.700 Antworten zusammen, darunter über 400 Berichte über teils dramatische Ereignisse. Es ist eine „Kiste voller grauenvoller, schwarzer Erinnerungen“, schreibt Bangel später, „ein Archiv lebensweltlicher Niederschriften einer Zeit, die weit ins Heute reicht“.

An der Sammlung von Geschichten und Anekdoten beteiligt sich die sogenannte „Dritte Generation Ostdeutschland“, Menschen, die während der besagten Baseballschlägerjahre Teenager waren. Das Hashtag hat die rechtsextreme Hegemonie vielerorts sichtbar gemacht, die lange Jahre verschwiegen oder verdrängt worden war: „[...] irgendwann kamen immer die Nazis übernehmen erst Bierstand, dann den Rest des Festes“ (sic!). Und gleichzeitig die komplette Normalisierung von Rassismus und Gewalt: „[...] Wenn deine schwarze Freundin auf dem Weg in den Kindergarten angespuckt wird. Und scheinbar niemand sich daran stört, weil es ‚ganz normal‘ ist.“

#unteilbar – Solidarisch gegen Rassismus auch bei Widersprüchen

Im August 2018 wird Daniel H. am Rande des Stadtfests in Chemnitz ermordet. Im September stirbt Markus B. nach einer Auseinandersetzung in Köthen. In beiden Fällen sind die mutmaßlichen Täter Geflüchtete, und in beiden Fällen bleiben die tatsächlichen Tatumstände weitgehend ungeklärt. Für die rechtsextreme Szene im gesamten deutschsprachigen Raum sind die beiden Verbrechen ein perfekter Anlass für rassistische Hetze und Mobilisierungsanlass für große Demos. Arm in Arm marschieren dabei Rechtsextreme und gewaltbereite Neonazis gemeinsam mit namhaften Vertreter*innen der AfD und der Neuen Rechten. In Chemnitz kommt es zu Hetzjagden auf migrantisch gelesene Menschen, zu rassistischer Gewalt und Übergriffen.

Doch die Zivilgesellschaft wehrt sich: Unter dem Namen #unteilbar entsteht ein großes

Bündnis aus Gewerkschaften, NGOs und Initiativen. Ein Demonstrationsaufruf, der sich gegen Rassismus und Ausgrenzung positioniert und Solidarität fordert, wird von über 4.500 Organisationen und Einzelpersonen unterschrieben, darunter Bands wie Die Ärzte, Satiriker Jan Böhmmermann, Amnesty International, Pro Asyl, der Paritätische Wohlfahrtsverband und viele mehr.

Zur Demo in Berlin – 40.000 Teilnehmende sind angemeldet – kommen laut #unteilbar etwa 240.000 Menschen. Die Berliner Demo bleibt nicht der einzige Erfolg des Bündnisses. Im August 2019 – also zu Zeiten der Corona-Pandemie – demonstrieren 40.000 Menschen in Dresden. 2020 finden weitere Demos in Erfurt und Berlin statt.

Dabei zeigt das Beispiel #unteilbar auch: Widersprüche sind da, um ausgehalten zu werden. In einem Demobündnis dieser Größe, dem Einzelpersonen, Organisationen, Gruppen, sogar demokratische Parteien angehören und das Menschenmassen auf die Straßen bringt, werden Konflikte entstehen. Sicherlich auch solche, für die es keine Lösung gibt und die womöglich zu Brüchen führen. Doch unter Umständen kann es von Wichtigkeit sein, diese Konflikte auszuhalten: nämlich dann, wenn die Demokratie und die offene Gesellschaft auf der Kippe stehen. Mit Blick auf die anhaltend guten Wahlergebnisse von Rechtsaußen in Europa ist das Mahnung für neue Bündnisse, die auch unter diesen Umständen noch für die Demokratie kämpfen wollen.

3.2. Sich zusammentun: Zivilgesellschaftliche Initiativen erzählen aus ihrer Arbeit

„Wir holen uns jeden Einzelnen zurück.“

— colorido e.V.

2017 wurde in Plauen der Verein colorido gegründet, auch als Reaktion auf die in der Stadt und im Vogtlandkreis erstarkende Neonazipartei „Der III. Weg“. Mit Projekten, Ausstellungen, politischer Bildung an Schulen u.a.m. vermittelt der Verein demokratische Werte und engagiert sich gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Homofeindschaft. Stefan Lauer von Belltower.News hat colorido-Vorstandsmitglied Doritta Kolb-Unglaub befragt.

Warum ist zivilgesellschaftliches Engagement so wichtig?

Lange haben wir verpasst, das Engagement der Zivilgesellschaft als äußerst wichtig zu begreifen. Jetzt holen wir uns jeden einzeln zurück. Das ist mühsam, macht Arbeit, aber es lohnt sich. Leider hat auch die Politik der letzten Jahre sehr viele staatliche Aufgaben an zivilgesellschaftliche Gruppen abgegeben, ihnen die Arbeit regelrecht aufgedrückt. Einen Satz, den wir oft hören müssen, ist: „Das Ehrenamt ist keine Ehre mehr, es wird benutzt, um Lücken zu füllen.“ Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir dem Wort Gesellschaft wieder Leben einhauchen und uns Engagement nicht aufdiktieren lassen. Wir müssen zivilgesellschaftliches Engagement neu definieren, das ist wichtig und ergibt im Endeffekt die Erkenntnis, dass man damit viel bewegen kann.

Warum machen Leute bei euch mit?

Die Leute machen bei uns mit, weil wir nicht die moralische Keule schwingen. Weil wir uns ernsthaft Gedanken um die Zukunft machen und dabei auch jeden Einzelnen ernst nehmen. Dabei ist es wichtig zu erkennen, dass man auch Menschen wieder ziehen lassen muss, aber neue Leute dazu kommen.

Welche Erfolge könnt ihr verbuchen?

Wir bekommen Anerkennung, weil wir auch Danke sagen. Wir werden mehr, wir werden bunter, wir sind jung und älter – die Mischung macht's – und haben Freude am Engagement. Ich will aber auch nicht verschweigen, dass es immer wieder mal Verzweiflung gibt, wenn man nicht so helfen kann, wie man eigentlich möchte, oder wenn einem Hass und Hetze entgegenschlagen.

Was würdest du Leuten raten, die sich engagieren wollen?

Nehmt die Menschen so an, wie sie sind, setzt euch auseinander, redet, diskutiert, debattiert. Keiner weiß es besser als der andere. Keiner ist mehr wert als der andere. Keine Lebensform ist die einzig richtige: Akzeptanz, Toleranz und Respekt! Gemeinsam etwas bewegen, das wollen wir doch alle. Wir wollen diesen Rechtsextremismus mit all seinen Facetten nicht haben. Setzt euch mit denen auseinander, die noch wackeln, auf der Kippe stehen, weil sie keine andere Lösung erkennen. Engagiert euch, damit wir noch mehr werden! Lasst uns die Stimmung, die wir haben, einfangen und ins Positive drehen! Das bekommen wir hin, indem wir Begegnungsorte schaffen, indem wir gemeinsame Sachen machen, indem wir Stadtteilstiefte organisieren, indem wir uns kennenlernen. Wir probieren das jeden Tag und es klappt. Man muss es nur wollen.

„Wir verhindern, dass völkisches Denken die Hoheit über die Stammtische erlangt.“

— Gruppe beherzt

*Die Gruppe beherzt hat sich Ende 2018 im Landkreis Uelzen in Niedersachsen zusammengetan, weil ihre Mitglieder beobachteten, dass vermehrt völkische Siedler*innen in die Region ziehen. Stefan Lauer von Belltower.News hat Martin Raabe, den Sprecher der Gruppe, befragt.*

Warum ist zivilgesellschaftliches Engagement so wichtig?

Nicht „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“, sondern klares Engagement für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und bunte Vielfalt. Die Gruppierungen mit völkischer Gesinnung agieren vor Ort in einer Art und Weise, dass sie unseren Ordnungs- bzw. Verfassungsschutzorganen keinen Anlass zum Eingreifen bieten. Ihren Aktivitäten kann somit nur mit zivilgesellschaftlichem Engagement, mit Aufklärung begegnet werden: in der Hoffnung, dass der unentschiedene, schweigende Teil unserer Gesellschaft durch Mitbürger*innen geweckt wird und zu einer eigenen Position findet. Der NS-Verbrecher Goebbels hat 1935 gesagt: „Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde.“ Wir antworten darauf und widersprechen mit dem Aufruf von Carlo Schmidt, einem der Väter des Grundgesetzes: „Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer

bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

Warum machen Leute bei euch mit?

Wir leben in teils kleinen Heidedörfern Tür an Tür mit Völkischen zusammen, die mit dem Aufkommen der AfD laut und lauter werden und vorher Unsagbares – z.B. Erzählungen über eine angebliche „Umvolkung“, „Überfremdung“ und ähnliches – in Feuerwehr, Sportverein, Kindergarten, Schule, Kirchengemeinde oder Gemeinderat einbringen. In der Gruppe beherzt haben sich weit über 500 Personen und Familien zusammengefunden, um sich gegenseitig in dieser Auseinandersetzung vor Ort zu stärken und zu unterstützen, unsere Mitmenschen in die Gespräche einzubeziehen und damit zu verhindern, dass völkisches Denken die Hoheit über den Stammtischen erlangt. Damit verhindern wir auch, dass Völkische sich – als nette Nachbarn getarnt – in wesentlichen Positionen in Gemeinde und Vereinen etablieren können.

Hat eure Initiative Wirkung gezeigt? Welche Erfolge könnt ihr verbuchen?

Wir haben mit dem gelb und pinken „Kreuz ohne Haken“ ein Zeichen entwickelt, das Menschen inzwischen an und vor Höfen und Häusern befestigen, an Läden und Gaststätten, Firmen, Rathäusern und Kirchen. Es ein Zeichen für Vielfalt und gegen rechte Gesinnung. Etwa 780 Kreuze stehen derzeit in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen und Nordrhein-Westfalen. Wir gehen stramm auf die 1.000 zu. Wir halten Vorträge, Unterricht, Vorlesungen in und mit ganz unterschiedlichen Gruppen, Vereinen und Institutionen. Wichtig für uns ist, dass wir eingeladen werden und nicht missionierend versuchen, auf das Anliegen aufmerksam zu machen. Zuletzt hat sich ein regional bekannter Handballverein entschieden, mit unserem „Kreuz ohne Haken – fUEr Vielfalt“²⁵ auf dem Aufwärmtrikot zu den Spielen aufzulaufen.

Was würdet ihr Leuten raten, die sich engagieren wollen?

Zielsetzung und Struktur der Initiative sollten klar sein und die Problemstellung umrissen. Wichtig ist auch Vernetzung im direkten Umfeld. Außerdem Beratung und Zusammenarbeit mit Institutionen wie der Amadeu Antonio Stiftung, den Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus und der Bundeszentrale für politische Bildung. Zur Arbeit gehören auch die Entwicklung einer Corporate Identity und eines entsprechenden Designs mit Wiedererkennungswert. Es braucht die Einbindung von lokaler Politik und Verwaltung und eine Öffentlichkeits- und Medienarbeit.

„Solidarität bedeutet zu handeln.“

— Initiative 19. Februar

Am 19. Februar 2020 ermordet in Hanau ein rechtextremer Täter neun Menschen, erschießt danach seine Mutter und sich selbst. Unmittelbar nach der rassistischen Terrorat gründen Angehörige der Ermordeten und Betroffene die Initiative 19. Februar. Stefan Lauer von Belltower News hat die Sprecherin der Initiative, Newroz Duman, befragt.

Warum ist zivilgesellschaftliches Engagement so wichtig?

Wir haben uns kurz nach dem rassistischen Terroranschlag in der Initiative 19. Februar Hanau organisiert als Hilfe für die Angehörigen und Überlebenden, weil die Menschen auf sich allein gestellt waren. Der Staat hat mit Blick auf die Informationspolitik der Sicherheitsbehörden komplett versagt. Genau deswegen ist es wichtig, sich zu organisieren und Räume des Vertrauens zu schaffen. So können wir gemeinsam für die Forderungen und die Bedürfnisse der Betroffenen sprechen und ihre Perspektive in die Diskussion bringen. Staat und die Politik haben es noch nie geschafft, Betroffene ernst zu nehmen und in den Mittelpunkt zu rücken. Vieles, was nach dem Anschlag passiert ist, ist das Verdienst der Angehörigen: zum Beispiel, dass #saytheirnames bundesweit sichtbar geworden ist, aber auch der Untersuchungsausschuss. Damit haben sich Menschen in ganz Deutschland solidarisiert, es gab am ersten Jahrestag in über 150 Städten Gedenkveranstaltungen, die neun Namen standen in der ganzen Republik auf Plakaten in den Straßen. Das hat die Zivilgesellschaft geschafft.

Warum machen Leute bei euch mit?

Nach dem Terroranschlag haben sich die Angehörigen und Überlebenden nicht zurückgezogen, sondern sie waren vom ersten Tag an in der Öffentlichkeit, haben für ihre Rechte gekämpft und ihre Geschichten erzählt. Sie haben ihre Forderungen und die Namen ihrer Kinder sichtbar gemacht. Das hat dazu geführt, dass viele Menschen sich dem angeschlossen haben und die Initiative unterstützen wollten: gegen das Vergessen und für Erinnerung und Aufklärung.

Hat eure Initiative Wirkung gezeigt? Welche Erfolge könnt ihr verbuchen?

Innerhalb von 48 Stunden nach dem Anschlag hat die Initiative einen der wichtigsten Erfolge überhaupt erreicht: Say their names. Politiker*innen, Medien, alle sagen die Namen der Ermordeten. Das ist eine Veränderung im Blick auf rassistischen Terror: die Erkenntnis, wie wichtig diese Perspektive ist und wie wichtig die Namen sind. Zusammen mit anderen Initiativen haben wir ein Netzwerk von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt aufgebaut. Wir treffen uns, besuchen uns gegenseitig an den Jahrestagen, tauschen uns aus und versuchen gemeinsam Ideen und Kampagnen zu entwickeln. Dann haben wir zusammen mit Forensic Architecture ermittelt, wir konnten einen Untersuchungsausschuss durchsetzen. Die Polizei und das Innenministerium konnten das nicht wegwischen, sondern mussten Fehler eingestehen. Wir konnten beweisen, dass alles, was die Angehörigen von Anfang an gesagt haben, gestimmt hat und dass Politik und Behörden keine Verantwortung übernommen haben: nach wie vor das größte Problem in Hanau.

Was würdet ihr Leuten raten, die sich engagieren wollen?

Ich rate zum Handeln, zum Tun. Lippenbekenntnisse reichen in der Politik und im Alltag nicht aus. Solidarität bedeutet zu handeln, Räume zu schaffen, zuzuhören, Schmerz und Wut zuzulassen und die Erfahrungen weiterzutragen. Jeder kann das als Teil der Zivilgesellschaft schaffen.



3.3. So geht's: Erfolge der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus

Eine der häufigsten Fragen an Initiativen gegen Rechtsextremismus lautet: Was kann ich machen? Was hilft wirklich gegen Rechtsextremismus? Ein Patentrezept gibt es nicht. Und doch haben schon zahlreiche Initiativen Erfolge gegen Rechtsextremismus erzielt – in ihrem Ort, in ihrem Verein, in der Schule etc.

Kritische, menschenrechtsorientierte zivilgesellschaftliche Initiativen haben vielerorts erfolgreich dazu beigetragen, demokratische Kultur zu schützen und zu gestalten. Die folgenden Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, können aber zum Nachdenken und Nachmachen anregen.

Demokratische Mehrheiten sichtbar machen
Es gehört zum Repertoire rechtsextremer Strategien, sich als „die wahren Volksvertreter“ zu inszenieren, die im Gegensatz zu den anderen politischen Parteien den Willen der Bevölkerung kennen und für sie sprechen könnten. Wenn erfolgreiches Handeln gegen Rechtsextremismus demokratische Mehrheiten sichtbar macht, die für Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus Stellung beziehen, können Rechtsextreme nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, für die Mehrheit zu sprechen. Anfang des Jahres 2024 zeigten Demonstrant*innen überall in Deutschland, von Großstädten wie Berlin, Hamburg, München und Dresden über kleine Städte wie Rheinfelden oder Zwickau bis hin zu Orten in ländlichen Gebieten wie Döbeln (Sachsen) oder Luckau (Brandenburg), mit wirkmächtigen Bildern, dass die sogenannte Alternative für Deutschland trotz hoher Umfragewerte nicht für die Mehrheit der Gesellschaft spricht. Auch öffentlichkeitswirksame Aufrufe für eine solidarische Gesellschaft, bei denen sichtbar wird, dass Menschen aus verschiedenen Milieus und Organisationen hinter ihnen stehen, können

als erfolgreiche demokratische Interventionen betrachtet werden. Beispielsweise bildeten sich während der Corona-Pandemie im Winter 2021/22 in Sachsen die Bündnisse „Bautzen gemeinsam“ und „Zittau gemeinsam“. Mit Unterstützer*innen aus Wirtschaft, Kultur, Bildung, religiösen und sozialen Organisationen riefen sie zu einem solidarischen Umgang während der Pandemie auf. Bereits nach einer Woche hatten 12.500 Menschen den Aufruf von „Bautzen gemeinsam“ unterzeichnet.

► **Wenn demokratische Mehrheiten sichtbar für Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus Stellung beziehen, können Rechtsextreme nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, für die „schweigende Mehrheit“ zu sprechen.**

Rechtsextremen Machtzuwachs in Regierungen und Parlamenten begrenzen

Erfolgreiches demokratisches Handeln kann sich auch konkret daran bemessen, ob es gelingt, den Machtzuwachs der extremen Rechten auf Parlaments- und Regierungsebene zu begrenzen. So können zivilgesellschaftliche Initiativen durch Aufklärung und öffentliche Aktionen dazu beitragen, dass die Wahlbeteiligung für demokratische Parteien erhöht wird. Im thüringischen Nordhausen beispielsweise hatte ein Kandidat der vom Thüringer Amt für Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistische Bestrebung“ eingeordneten AfD gute Chancen auf das Bürgermeisteramt. Ein breites Bündnis aus Vereinen, Hochschule, der Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Künstler*innen und engagierten Einzelpersonen mobilisierte kurz vor der Stichwahl mit einem offenen Brief, Videobotschaften im Netz und einem Stadtfest

für ein demokratisches Nordhausen. Die Initiative lud Bürger*innen zum Gespräch ein, warb für menschenrechtsorientierte Positionen und klärte über die Gefahr und die Auswirkungen von rechtsextremer Politik auf. In der Stichwahl konnte sich der Kandidat der demokratischen Parteien durchsetzen.

Rechtsextreme Raumnahme verhindern

Zivilgesellschaftliche Initiativen haben bereits vielfach erfolgreiche Aktionen unternommen, um rechtsextreme Raumnahme (siehe Kapitel 4.1.) einzudämmen und rechtsextreme Hegemonieansprüche zurückzuweisen. So organisierten Neonazis im sächsischen Ostritz im Landkreis Görlitz 2018 und 2019 das „Schild und Schwert“-Festival – ein rechtsextremes Event mit Musik, Kampfsport und Lifestyle-Angeboten. Demokratisch Engagierte vor Ort wollten das nicht hinnehmen. Seit Jahren organisieren sie nun als Gegenveranstaltung das „Friedensfest Ostritz“. Das Fest wird über Parteigrenzen hinweg und von verschiedenen Organisationen unterstützt und positioniert sich für eine offene Gesellschaft. Im Jahr 2019 kauften Engagierte mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion in allen örtlichen Läden das Bier auf und machen es schwieriger und unattraktiver für die Neonazis, ungestört zu feiern. Auch die Kooperation mit den lokalen Behörden, die strenge Sicherheitsauflagen und ein Alkoholverbot für das Festival festlegten, machten die Aktionen erfolgreich.

Menschenfeindlichkeit und rechte Gewalt benennen und sichtbar machen

Menschen, die nicht zu den klassischen Feindbildern von Rechtsextremen gehören, können die Existenz von Menschenfeindlichkeit und rechter Gewalt leichter ausblenden. Es kann somit als demokratischer Erfolg angesehen werden, wenn es zivilgesellschaftlichen Initiativen gelingt, Erfahrungen rechter Gewalt aus der Unsichtbarkeit zu holen, sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und eine öffentliche Auseinandersetzung damit anzustoßen. So bemühen

„Geht es um Zugehörigkeit, Teilhabe und Rassismus, ist immer öfter von Weißen die Rede. Häufig herrscht das Missverständnis, es ginge dabei um eine Hautfarbe. Tatsächlich meint weiß eine gesellschaftspolitische Norm und Machtposition und wird deshalb in wissenschaftlichen Texten oft klein und kursiv geschrieben. Der Begriff wird als Gegensatz zu BIPOC und Schwarzen Menschen verwendet. Dabei müssen sich z.B. weiße Deutsche nicht selbst als weiß oder privilegiert fühlen.“²⁶

Der Begriff Schwarze Menschen bzw. Schwarze*r „ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit beispielsweise afrikanischen, karibischen oder afro-US-amerikanischen Vorfahren. Schwarz wird in diesem Zusammenhang immer groß geschrieben, um deutlich zu machen, dass damit keine Hautfarbe beschrieben wird. Schwarz ist vielmehr eine politische Selbstbezeichnung, die gemeinsame Erfahrungen sowie die gesellschaftspolitische Position und die Lebensrealität von Menschen beschreibt, die von Antiswarzem Rassismus betroffen sind.“²⁷

sich Engagierte in Buchholz (Niedersachsen) seit Jahren um ein öffentliches Gedenken an Kolong Jamba, der 1993 von einem weißen Deutschen ermordet wurde. Vor Gericht wurde der Täter im ersten Urteil freigesprochen, auch später wurde Rassismus als Tatmotiv vom Gericht negiert, obwohl der Täter sich im Vorfeld mehrfach deutlich rassistisch geäußert hatte. Zum 30. Todestag von Kolong Jamba organisierten die Aktiven eine öffentliche Ausstellung, weihten inoffiziell den „Kolong Jamba Platz“ in Buchholz ein und brachten eine vorübergehende Gedenktafel an. Es gab viel Resonanz aus der Stadtgesellschaft. Ein weiteres Beispiel kommt aus Chemnitz. Dort hatte das Kerntrio des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ in den 90er Jahren gewohnt. Demokratische Engagierte weihten Ende 2023 in enger Zusammenarbeit mit den Angehörigen ein Wandbild ein, um der Opfer des NSU zu gedenken. Chemnitz war die einzige Stadt mit Bezug zum NSU, in der es bis dato keinen Gedenkort gab.

► **Erfahrungen rechter Gewalt sind für Nicht-Betroffene oft unsichtbar. Sie sichtbar zu machen, an sie zu erinnern und eine öffentliche Auseinandersetzung damit anzustoßen, ist ein wichtiger erster Erfolg.**

Schutz und Teilhabe von Betroffenen einfordern

Opferberatungsstellen dokumentieren zahlreiche Vorfälle rechter Gewalt.²⁸ Seit 1990 wurden dabei über 200 Menschen von Rechtsextremen ermordet. Schutz vor rechter Gewalt und politische Konsequenzen fordern nicht zuletzt Initiativen von Überlebenden und Angehörigen von Betroffenen selbst. Viele dieser Initiativen agieren erfolgreich auf demokratische Weise gegen Rechtsextremismus. Sie haben Räume geschaffen, in denen Überlebende, Angehörige und andere Betroffene sich über ihren Schmerz und ihre Erfahrungen austauschen können, ohne sich erklären zu müssen. Die Initiative 19. Februar hat nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau 2020 eine zentrale Anlauf-

stelle für alle Betroffenen eingerichtet. Die Bildungsinitiative Ferhat Unvar eröffnete einen Caféraum, in dem Jugendliche mit Rassismuserfahrungen sich austauschen können.

Das „Festival of Resilience“ in Berlin wurde von Überlebenden des antisemitischen und rassistischen Anschlags in Halle 2019 organisiert, um Bewältigungsstrategien nach den traumatisierenden Erlebnissen teilen zu können. Insbesondere die Initiative 19. Februar in Hanau erreichte zudem mit öffentlichkeitswirksamen, wiedererkennbaren Gedenkaktivitäten (#saytheirnames), dass rechte Gewalt als Problem in der Öffentlichkeit präsent war und Betroffene von Rassismus im öffentlichen Diskurs sichtbar und hörbar wurden. Mit ihrer Gedenkarbeit machen die Initiativen die Ermordeten als Menschen mit individuellen Lebensgeschichten sichtbar und treten so für Menschenwürde und Minderheitenrechte als zentrale Elemente demokratischer Kultur ein. Erfolgreich waren Initiativen wie die Initiative 19. Februar auch darin, politische Konsequenzen einzufordern und staatliche Institutionen und Politik in die Pflicht zu nehmen, gegen rechte Gewalt vorzugehen. So kam der parlamentarische Untersuchungsausschuss zu Hanau im Hessischen Landtag nur durch den öffentlichen Druck der Angehörigen zustande.

► **Es braucht Räume für Betroffene rechts-extremer Gewalt, in denen sie sich austauschen können, ohne sich erklären zu müssen, und von denen aus sie ihre Perspektive im öffentlichen Diskurs über Rassismus hörbar machen und politische Konsequenzen einfordern können.**

Freiräume für demokratische und solidarische Lebensweisen schaffen

Erfolgreiches demokratisches Handeln beinhaltet ebenfalls das Nachdenken über und das Umsetzen von eigenen Entwürfen solidarischer, demokratischer und vielfältiger Lebensweisen. Selbstorganisierte Jugend- und Kulturzentren,

die sich demokratisch und menschenrechtsorientiert positionieren, können wichtige Freiräume für Jugendliche, demokratische Initiativen, Geflüchtete und queere Menschen sein. Dies gilt insbesondere in ländlichen Regionen. Beispiele für diese selbstverwaltete demokratische „Infrastruktur“ sind das seit 1999 bestehende Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) in Wurzen, der Demokratieladen in Kahla in Thüringen oder das erst 2020 von migrantischen Frauen gegründete Haus der Frauen in Zwickau. Auch kleine Festivals, bei denen oft junge Engagierte Konzerte organisieren, diskriminierungssensible Sicherheitskonzepte (Awareness) ausprobieren und sich mit Geflüchteten solidarisieren, sind Modelle für (temporäre) demokratische Freiräume. Solche Festivals finden zum Beispiel im sächsischen Sandförschtgen, im brandenburgischen Rathenow, im rheinland-pfälzischen Kusel, im niedersächsischen Uelzen oder im mecklenburgischen Jamel statt.

Vielfältige Identitäten und Lebensentwürfe stärken

Völkische Rechtsextreme streben eine homogene Gesellschaft bestehend aus weißen, nicht-jüdischen, nicht-behinderten Mitgliedern an. Geschlechterrollen und Geschlechtsausdruck werden normiert, Heterosexualität wird als einzig existente oder akzeptable sexuelle Orientierung behauptet. Erfolgreiches demokratisches Handeln der Zivilgesellschaft besteht also auch darin, das selbstbewusste Leben vielfältiger Identitäten und Lebensentwürfe zu stärken. Queere Demonstrationen in ländlichen Räumen sind keine Selbstverständlichkeit und Rechtsextremen oft ein Dorn im Auge.

Im sächsischen Zwickau gingen Pride-Teilnehmer*innen im September 2023 auf die Straße, um zu feiern und sich gegen queerfeindliche Gewalt und für das Selbstbestimmungsgesetz auszusprechen. Der CSD wurde von einem rechtsextremen YouTuber gefilmt. Im Jahr zuvor waren ca. 20 vermummte Neonazis direkt am Markt in Sichtweite der Hauptveranstaltung

des CSD aufgetaucht und hatten Böller und Flaschen geworfen. Dass sich ein Jahr später trotzdem gemeinsam Demonstrierende zusammenfanden und für queere Sichtbarkeit kämpften, ist ein deutliches Zeichen für eine resiliente demokratische Zivilgesellschaft.

Konflikte demokratisch austragen

In einer vielfältigen Gesellschaft prallen Interessen und Bedürfnisse verschiedener Menschen und Gruppen aufeinander. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven und Positionen und das kontroverse Debattieren gehören zum Wesen von Demokratie. Menschenwürde, Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit und die anderen Menschenrechte sind jedoch auch bei hitzigen Diskussionen nicht verhandelbar. Im Jahr 2015, als viele Geflüchtete nach Europa und auch nach Deutschland kamen, gab es vielerorts Konflikte in Kommunen, wo Geflüchtete untergebracht werden sollten. Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus haben daraufhin Hilfestellungen für zivilgesellschaftliche Initiativen entwickelt dazu, wie Diskussionen zum Beispiel auf Bürger*innenversammlungen gelingen können, ohne rassistischen Positionen Raum zu geben. Diese umfassen etwa die Einigung auf eine Netiquette, Ausschlussklauseln, eine gute Moderation u.v.m., sodass es zu konstruktiven und sachorientierten Diskussionen kommt.

► Widerstreitende Interessen und kontroverse Debatten gehören zum Wesen von Demokratie.

Demokratische Handlungsoptionen aufzeigen und Handlungssicherheit stärken
Argumentations- und Handlungstrainings gegen Rechtsextremismus, wie sie zum Beispiel vom Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ angeboten werden, können die demokratische Handlungssicherheit auf individueller Ebene stärken. Institutionen und Vereine können sich zudem mit ihren Beschäftigten und Engagierten auf Positionen gegen Menschenfeindlichkeit verständigen und sich Leitlinien geben, um

demokratisch und diskriminierungssensibel zu agieren. So aktualisierte beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft deutscher Junggärtner in Hessen ihr Leitbild, um eine Grundlage für den Umgang mit diskriminierenden Vorfällen zu haben. Handlungsoptionen aufgezeigt hat auch die Gruppe beherzt. Die Initiative engagiert sich im ländlichen Niedersachsen gegen völkische Siedler*innen. Mit ihrem „Kreuz ohne Haken – fUEr Vielfalt“,²⁹ einem Holzkreuz, das die Aktiven in kleinen niedersächsischen Orten vor ihre Häuser stellen, positionieren sie sich deutlich und sichtbar gegen Rechtsextremismus. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen über Aktionsformen und Handlungsoptionen geben sie bei Vernetzungsveranstaltungen an andere zivilgesellschaftliche Initiativen weiter.

Fazit

Auch wenn es kein Patentrezept gegen Rechts-Extremismus gibt: Gute Beispiele erfolgreicher demokratischer Aktionen und Interventionen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gibt es eine ganze Menge. Unterstützungsangebote für zivilgesellschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus gibt es unter anderem bei Mobilien Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, HateAid, der Amadeu Antonio Stiftung oder Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Februar 2020:

In Thüringen lässt sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich auch mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen. Er tritt wenig später auf Druck der Bundespartei wieder zurück.

19. Februar 2020:

Rechtsterroristischer Anschlag in Hanau, zehn Menschen werden ermordet.

28. März 2020:

Erste sogenannte „Hygienedemonstration“. Beginn der Querfront-Bewegung „Querdenken“.



29. August 2020:

Symbolischer Sturm auf den Reichstag durch Rechtsextreme und andere Querdenker.

7. September 2020:

Die Heilpraktikerin und Rechtsterroristin Susanne G. wird wegen Anschlagplänen und Morddrohungen verhaftet.

15. März 2021:

Als erster Landesverband wird die AfD Thüringen vom Landesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ klassifiziert.

18. September 2021:

Mord in Idar-Oberstein durch einen Pandemieleguner.

6. Dezember 2021:

Vierfachmord in Senzig/Königs Wusterhausen durch Verschwörungsgläubigen.

3.4. Expertise bündeln und teilen – Das Kompetenznetzwerk Rechtsextremismus

„Wir können nur Teil der Lösung sein, wenn wir uns als Teil des Problems begreifen.“

— *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R)*

Die Rede von der „Rettung des christlichen Abendlandes“ gehört zu den wichtigsten Erzählungen der extremen Rechten in der jüngeren Vergangenheit. In der rechtsextremen Agitation gegen eine angeblich drohende „Islamisierung“ gewann zuletzt ein Bezug auf das Christentum immer mehr an Bedeutung, der sich wenig für Glaubensinhalte und Theologie interessiert, aber Christentum mit „Weiß-Sein“ und „Europäisch-Sein“ in Verbindung bringt. Einige wichtige Vordenker*innen aus der sogenannten Neuen Rechten inszenieren sich als christliche Intellektuelle.

„Christliche“ Töne aus der extremen Rechten, das ist ein relativ neues Phänomen. Weite Teile der extremen Rechten orientierten sich in der jüngeren Vergangenheit weg vom Neonazismus und hin zu einem etwas bürgerlicheren Auftreten. Diese strategische Neuorientierung, verbunden mit einer vermeintlichen Hinwendung zum Christentum, war eine der Voraussetzungen für die heutige Stärke dieses Milieus. Mit diesen Umarmungsversuchen und mit den Wahlergebnissen der AfD müssen sich die Kirchen auseinandersetzen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) und ihre Trägerorganisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. beschäftigen sich deshalb seit langem intensiv mit den Versuchen von Rechtsaußen, das Christentum für sich zu instrumentalisieren – in Veranstaltungen

und mit der Schriftenreihe „Einsprüche. Studien zur Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte“. Die Schriftenreihe wird inzwischen auch in der universitären Theologie rezipiert und in der Lehre eingesetzt.

Selbstkritischer Ansatz

Mitglieder der AfD sind in kirchlichen Gremien unterrepräsentiert, gemessen an deren sonstiger Unterstützung in der Bevölkerung. Dies liegt vor allem an einem grundsätzlichen Widerspruch zwischen christlicher Ethik und rechtsextremer Ideologie. Dennoch ist sichtbar, dass Rechtsextreme bei manchen Themen sehr wohl auf Zustimmung im kirchlichen Raum hoffen können – insbesondere für die Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Im Feld der Geschlechterpolitik finden sich die zentralen Brückenthemen nach rechts. Dies zeigte sich über Jahre hinweg etwa beim „Marsch für das Leben“, einer auch aus dem rechtskirchlichen Milieu getragenen Veranstaltung, die sich insbesondere gegen die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen wendet. Deswegen beschäftigt sich die BAG K+R immer wieder in Fachtagungen und anderen Veranstaltungen mit der Verknüpfung von rechter Theologie und Antifeminismus. Zudem sind Antisemitismus und Rassismus auch unter Mitgliedern der Kirchen stärker verbreitet, als dies den selbst gesetzten Ansprüchen genügen kann – dabei

bemüht sich die BAG K+R stets um eine selbstkritische Bearbeitung dieser Themen. Sie nimmt etwa die Traditionen des christlichen Antijudaismus besonders in den Blick, wenn es um die Kritik des Antisemitismus geht.

Kirchen als Feindbild

Die Kirchen sind für die extreme Rechte vor allem ein Feindbild. Die Gleichstellungspolitik vor allem der EKD, die dort als „linksgrün“ diffamiert wird, und ihre Migrationspolitik werden scharf abgelehnt. Dies zeigt vor allem die ständige Negativberichterstattung, Hetze und Stimmungsmache in einschlägigen Medien der rechten Bewegung. Dazu kommen immer wieder Hetzkampagnen im Internet und auch Bedrohungen von Ehren- und Hauptamtlichen. Die BAG K+R sensibilisiert kirchliche Leitungen für die Bedrohungen, denen diese Menschen ausgesetzt sind.

Vernetzung der Aktiven

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der BAG K+R liegt in der Vernetzung von Menschen, die sich im kirchlichen Raum kritisch mit der extremen Rechten auseinandersetzen. Sie organisiert Treffen für ihre über fünfzig Mitgliedsorganisationen, zumeist Initiativen gegen Rassismus oder Antisemitismus oder Arbeitsstellen aus der kirchlichen Bildungsarbeit. Im Rahmen der BAG K+R können sie sich miteinander austauschen, ihre Aktivitäten miteinander koordinieren, sich gegenseitig stärken und neue Kontakte knüpfen.

Eine Zunahme brisanter Anfragen aus Jugendarbeit und Schule

— *cultures interactive e.V.*

Seit 2023 gehen bei der Fachstelle Rechtsextremismusprävention (fa:rp) von *cultures interactive e.V.* deutlich mehr und brisantere Anfragen ein: aus Jugendarbeit und Schule, aber auch von Trägern der zivilgesellschaftlichen

Arbeit, etwa von Partnerschaften für Demokratie oder von Respekt Coaches, ein. Auch öffentlich bekannt gewordene Probleme wie tagtägliche, vehement rechtsextreme Äußerungen von Schüler*innen und die Bedrohungslage durch rassistische Übergriffe zeigen, dass sich der Rechtsextremismus weiter verschärft bzw. immer offensichtlicher wird. Die Folgen für manche Regionen und deren öffentliche Räume wie Schulen, Markt- und Sportplätze oder Jugendklubs sind schlichtweg erdrückend. Jugendarbeiter*innen und Lehrkräfte haben hier seit Jahren eine Mammutaufgabe zu stemmen: Sie müssen menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Äußerungen angemessen begegnen. Gleichzeitig sollen sie Jugendliche, die in das Feindbildschema von Rechtsextremen passen, schützen. Und dabei mit allen Jugendlichen, die ihre Einrichtungen besuchen, sowie deren Familien und ihrem Umfeld in einem konstruktiven Dialog bleiben. Ihre personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen reichen dafür oft nicht aus.

Intensivpädagogische Angebote in der Schule Erfolgreiche Arbeit beginnt, wenn Lehrkräfte und Schulsozialarbeit menschenverachtende und demokratiefeindliche Haltungen ernst nehmen und möglichen Veränderungen in ihrer Schule wirklich Raum geben. *cultures interactive e.V.* unterstützt dabei bundesweit und bei Bedarf vor Ort mit Beratung zur genauen Problemanalyse sowie mit Fachkräftefortbildungen zum professionellen Umgang mit der Situation durch präventive Maßnahmen der Demokratie und Vielfaltsförderung in Verschränkung mit pädagogischen Interventionen bei Verstößen.

Mit langfristigen intensivpädagogischen Angeboten wie den narrativen Gesprächsgruppen, die durch *cultures interactive* moderiert werden, hinterfragen Jugendliche ihre Dynamiken der gegenseitigen und gruppenbezogenen Abwertungen, verändern ihre Einstellungen und verständigen sich auf konstruktive Formen des Umgangs. Im Laufe der mehrwöchigen Arbeit ergeben sich weitere Ansatzpunkte für

die Bearbeitung von Themen, etwa im Rahmen des Fachunterrichts. Häufig kommen in den Gesprächsgruppen auch Fragen des Umgangs von einzelnen Lehrkräften mit Schüler*innen zur Sprache. cultures interactive geht dann in Fachberatungen mit dem Lehrerkollegium. Darüber hinaus kommt man in diesen Settings auch mit Jugendlichen mit manifesten menschenverachtenden Haltungen in Kontakt und kann, unterstützt durch Schulsozialarbeit, versuchen, sie für spezialisierte Jugendhilfetrainings der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zu öffnen.

Bedarfsorientierte Lösungsansätze

In modularen Fortbildungsreihen zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen vermittelt cultures interactive nicht nur ein professionelles Vorgehen anhand eines evaluierten Handlungskonzepts, sondern arbeitet durchweg mit aktuellen Fällen der Teilnehmenden. Das entlastet diese immens, weil sie mit guten Lösungen für ihre Arbeit zurückkehren und das nächste Fortbildungsmodul für Reflektion und fachliche Begleitung nutzen können. Ganz wichtig: Rechtsextremismusprävention gelingt nur mit guten Unterstützungsnetzwerken.

Was tun?

- Wenn Zeit und Raum stimmen, nehmt Menschen, die sich demokratieskeptisch oder abwertend gegenüber einer vermeintlichen Gruppe äußern, zur Seite und fragt interessiert nach, wie sie zu ihrer Äußerung kommen.
- Zeigt Haltung, ohne zu werten: „Ich bin ganz anderer Meinung als du, aber es würde mich interessieren, wie du darauf kommst.“
- Wenn Ihr im Arbeitskontext von Rechtsextremismus betroffen seid, sucht Euch Netzwerke.
- Und fordert Unterstützung durch verantwortliche Behörden wie etwa die Landeschulämter ein.

Gesicht zeigen!

Hingeschaut! Rechtsextremismusprävention in Justiz und Wirtschaft

Schon lange versucht die extreme Rechte in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Oft liegt der Fokus von Präventionsarbeit im sozialen Nahfeld, bei Kindern oder Jugendlichen. Zwei Felder, die bislang wenig Beachtung finden, sind die Bereiche Justiz und Wirtschaft. Das Projekt United! von Gesicht zeigen! bietet daher für (angehende) Jurist*innen, Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen Sensibilisierung, Fachwissen und Vernetzungsmöglichkeiten.

Rechtsextremismusprävention in der Arbeitswelt

Um dem Rechtsextremismus gesamtgesellschaftlich effektiv entgegenzutreten, ist es wichtig, auch die Wirtschaft einzubeziehen. Obwohl die Arbeitswelt einer der wenigen analogen Orte ist, an dem persönliche Begegnung stattfindet und unterschiedliche Meinungen und Einstellungen aufeinandertreffen, wird dieser Bereich in der Rechtsextremismusprävention bisher vernachlässigt. Sowohl in der Datenerhebung als auch in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung offenbaren sich Leerstellen. Unternehmen müssen sich aktiv mit Rechtsextremismus und antidemokratischen Tendenzen auseinandersetzen, da sie maßgeblich von den Rahmenbedingungen des demokratischen Systems profitieren. Ein stabiler rechtlicher Rahmen, Schutz vor Willkür, Förderung von Wettbewerb und Innovation sowie Investitionen in Bildung und berufliche Entwicklung, die zu qualifizierten Arbeitskräften führen, sind nur einige Vorteile. Auch langfristige Investitionen wären ohne Rechtsstaat, Stabilität und Planbarkeit undenkbar, und letztendlich ermöglicht ein friedliches, demokratisches und grundgesetzliches Miteinander Fachkräftesicherung, internationale Partnerschaften und einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort.

Ihren Beitrag zur Stärkung der Demokratie können Unternehmen leisten, indem Führungskräfte deutlich Position für demokratische Werte beziehen und Sensibilisierungsmaßnahmen für Mitarbeiter*innen anbieten. Schulungen sollten fest in die Unternehmensstruktur integriert und kontinuierlich durchgeführt werden. Trotz der Herausforderung, politische Themen am Arbeitsplatz anzusprechen, ist es wichtig, die Wirtschaft für Präventionsmaßnahmen zu gewinnen. Angebote von United! für Berufseinsteiger*innen als Multiplikator*innen haben sich bewährt, ebenso der Fokus des Projekts auf Respekt und Wertschätzung als Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und die Schaffung von Gesprächsräumen.

Leerstellen im juristischen Umgang mit Rechtsextremismus

Dass die Normalisierung rechtsextremer Positionen auch vor der Justiz keinen Halt macht, zeigt sich u.a. an vermehrt öffentlich gewordenen Fällen rechtsextremer Richter*innen. Über diese bekannten Fälle hinaus gibt es zudem keinen Grund anzunehmen, dass rechtsextreme Einstellungen unter Jurist*innen weniger weit verbreitet seien als im Rest der Bevölkerung. Studien dazu fehlen bislang. Die schlechte Datenlage ist nur eine der Leerstellen im Themenfeld Rechtsextremismus und Justiz. Ferner ist zu beobachten, dass Verfahren verschleppt werden, die politische Motivation rechtsextremer Straftaten oft nicht erkannt und entsprechend bei der Strafzumessung nicht berücksichtigt wird. Dies führt häufig zu Verfahrenseinstellungen oder milden Urteilen gegen rechtsextreme Täter*innen – mit verheerenden Folgen für die Betroffenen.

Die unzureichende Berücksichtigung rechtsextremer Motive sowie der unsensible Umgang mit Betroffenen sind auch auf eine fehlende Sensibilisierung der Justiz zurückzuführen. United! setzt mit der Präventionsarbeit deshalb in der Aus- und Fortbildung von Jurist*innen an. Wis-

sen über rechtsextreme Ideologien und Strategien sowie ein gestärktes Problembewusstsein legen den Grundstein für eine resiliente Justiz. Die Sensibilisierung setzt dabei so früh wie möglich an: im rechtswissenschaftlichen Studium und dem anschließenden Referendariat. Wie gut engagierte junge Jurist*innen, Institutionen und die zivilgesellschaftliche Rechtsextremismusprävention zusammenarbeiten können, zeigen die United!-Ringvorlesungen zu Rechtsextremismus und Justiz.

Hingeschaut!

Ausgehend von den Entwicklungen und Erfahrungen der Rechtsextremismusprävention in Wirtschaft und Justiz zeigt sich deutlicher Handlungsbedarf. Beiden Bereichen wurde im Zusammenhang mit Rechtsextremismus bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es braucht daher eine verstärkte Betrachtung sowie Sensibilisierung, einen effektiven Schutz demokratischer Verfahren und ein Justiz- sowie Wirtschaftssystem, das seine Verantwortung für die Demokratie anerkennt und aktiv gestaltet.

Fachstelle Rechtsextremismus und Familie (RuF)

Politische Bildung und Beratung im LidiceHaus

Die Fachstelle Rechtsextremismus und Familie (RuF) ist die bundeszentrale Koordinations- und Fachstelle zu Fragen des Zusammenhangs von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie ihrer Bedeutung für Sozialisation, Einstellungsbildung und das Zusammenleben in Familien. Die Fachstelle RuF ist ein Projekt des LidiceHauses Bremen und arbeitet seit 2001 zu diesem Schwerpunktthema. Sie bündelt als Dachstruktur die Kenntnisse und Kompetenzen im Themenfeld „Rechtsextremismus und Familie“ und führt Expert*innen in ihrem bundesweiten Netzwerk zusammen. Die Fachstelle RuF bietet Beratung für Familien und Angehörige an wie auch für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, die mit extrem rechten

Familien konfrontiert sind und nach Unterstützung und Handlungsmöglichkeiten suchen. Zu ihren Zielgruppen gehören u.a. Kindertagesstätten, Mitarbeiter*innen aus Jugendämtern, Erziehungsberatungsstellen, Hebammen und Kinderschutzzentren. Neben dem Beratungsangebot stellt die Fachstelle RuF auch Materialien, Angebote für Weiterbildung und Qualifizierung und Fachvorträge bereit.

Entwicklungen im Themenfeld

In den Fortbildungen und Seminaren der Fachstelle RuF berichten Kolleg*innen immer wieder von extrem rechten Fachkräften in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Insbesondere Frauen aus der extrem rechten Szene erlernen strategisch soziale Berufe. Dass sie als Frauen als friedfertiger gelten und in ihrem Umfeld daher oft unerkannt bleiben, machen sich extrem rechte Frauen zunutze, um ihre Ideologie in Elternbeiräten, als Erzieherinnen oder Lehrerinnen oder in anderen pädagogischen Settings zu verbreiten.

Fragen rund um das Kindeswohl und die Instrumentalisierung von Kindern beschäftigten die Fachstelle RuF und die pädagogischen Fachkräfte in mehreren Fällen, in denen Kinder in extrem rechten Elternhäusern aufwachsen. Besonders gravierend sind dabei Fälle mit massiven Gefährdungslagen für die Kinder, z.B. wenn diese

in Reichsbürger*innenfamilien aufwachsen oder aufgrund von Pandemieeugnung und Ablehnung von wissenschaftsbasierter Medizin mit medizinischer Vernachlässigung zu rechnen ist.

Positiv zu bemerken ist eine größere Sensibilität bei Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch bei Angehörigen, was sich an gestiegenen Anfragen sowohl in der Beratungspraxis als auch für die Fortbildungen zeigt.

Fokus Kinderrechte

In den letzten Jahren konnte die Fachstelle RuF mit dem Blick auf das Thema Kinderrechte neue Perspektiven für die Rechtsextremismusprävention eröffnen und beleuchten, wie Kinderrechte gefährdet werden, wenn wir über extrem rechte Familienzusammenhänge sprechen. Mit ihrem Fachtag „Kinder im Visier der extremen Rechten“ hat sie eine Plattform für den (Fach-)Austausch, die Auseinandersetzung und die Reflexion über das komplexe Verhältnis zwischen Kinderrechten und der extremen Rechten geschaffen. Damit verfolgt sie das Ziel, ein Bewusstsein zu schaffen für die potenziellen Gefahren, die von extrem rechten Gruppierungen für das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern ausgehen können, und gleichzeitig innovative Ansätze und Praktiken diskutieren, um Kinderrechte zu stärken und eine resiliente Gesellschaft aufzubauen.

7. Dezember 2022:

Groß-Razzia gegen Reichsbürger*innen.

Fachkräfte stärken

Regelmäßig durchgeführt und weiterentwickelt hat die Fachstelle RuF ihre verschiedenen Fortbildungsangebote. Als ein besonders gewinnbringendes Format hat sich dabei ihre modulare Weiterbildung „Beratung im Kontext Rechtsextremismus und Familie“ erwiesen. Durch ihre Länge mit vier Modulen à drei Tage haben die Teilnehmenden die Chance, sind intensiv mit Beratungskonzepten, Sozialisation und Familie im Kontext der extremen Rechten und mit juristischen Grundlagen zu Fragen des Kindeswohls zu beschäftigen. Besonders fruchtbar ist in diesem Zusammenhang der Mix aus Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und der Rechtsextremismusprävention, die mit ihren vielfältigen und unterschiedlich gelagerten Expertisen und Erfahrungen die Weiterbildung bereichern. Mit diesem Format gelingt es, Fachkräfte zu sensibilisieren und zu stärken. Zudem ermöglicht es, auf die steigende Beratungsnachfrage im Themenzusammenhang Rechtsextremismus und Familie bedarfsgerecht zu reagieren und Wege praktikabler Beratungskonzepte zu entwickeln und anzubieten.



17. März 2023:

Prozessbeginn am OLG Koblenz gegen die Gruppierung „Vereinte Patrioten“, die Karl Lauterbach entführen wollten.

Tipps, wie man sich schon im Kleinen wirkungsvoll gegen Rechts positionieren kann

- Beschäftigen Sie sich mit Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenfeindlichen Einstellungen, damit Sie erkennen, wenn es zu verletzenden oder gewaltvollen Situationen kommt.
- Beschäftigen Sie sich spezifisch damit, wie Kinder in extrem rechten Familien aufgezogen werden, damit Sie mögliche Warnsignale erkennen können, z.B. mit der Broschüre „Funktionalisierte Kinder“ der Fachstelle RuF.
- Wenn Sie mitbekommen, dass es zu Situationen kommt, in denen andere Menschen aufgrund bestimmter Eigenschaften herabgewürdigt werden, dann bieten Sie den Betroffenen Ihre Unterstützung an. Weisen Sie auch auf Betroffenenberatungsstellen in der Region hin, an die man sich kostenlos, unbürokratisch und niedrigschwellig wenden kann.
- Lassen Sie menschenfeindliche und diskriminierende Aussagen nicht unwidersprochen im Raum stehen. Zeigen Sie Haltung und äußern Sie Widerspruch.
- Setzen Sie Grenzen im Umgang mit extrem rechten Personen. Zum Beispiel kann ein Verbot von extrem rechter Kleidung in der Hausordnung von Einrichtungen verankert werden.
- In pädagogischen Einrichtungen jeglicher Art sind Leitbilder ein wirkungsvolles Mittel, um Mitarbeitenden den Rücken zu stärken, sich im professionellen Kontext gegen Menschenfeindlichkeit und für Demokratie stark zu machen.
- Gerade in pädagogischen Settings ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden Zugang zu Fortbildungen und Beratung/Supervision bekommen, wenn sie mit extrem rechten Familien konfrontiert sind, und mit diesen Herausforderungen nicht allein gelassen werden – hier stehen Kollegialität und wahrgenommene Leitungsverantwortung im Vordergrund.

3.5. Staatliche Handlungsmöglichkeiten

Der Schutz von Demokratie und Rechtsstaat ist eine der zentralen Aufgaben des Staates und seiner Akteur*innen. Auch im Kampf gegen Rechtsextremismus gibt es keinen „Königsweg“, keine Strategie, die garantiert immer und überall wirkt. Gegenstrategien sind Handlungsleitfäden, die kombiniert und angepasst werden können und müssen. Das A und O für jegliches Handeln gegen Rechtsextremismus ist eine klare Haltung mit Rückgrat für Demokratie. Diese Haltung muss wegleitend im täglichen Handeln sein, nicht nur in konkreten Strategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Was können Parteien und Politiker*innen tun?

Je früher demokratische Politiker*innen nach Auftreten einer rechtspopulistischen und/oder rechtsextremen Partei/Strömung dieser strategisch und geeint begegnen, desto höher die Erfolgchancen. Strategien, die in der Anfangsphase, wenn die betreffende Partei noch klein ist, sinnvoll sind, können zu einem späteren Zeitpunkt kontraproduktiv sein. Ein Blick auf die teils langjährige Erfahrung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien auch in europäischen Nachbarländern zeigt, welche Strategien häufig am erfolgversprechendsten sind.³⁰

Soziales Engagement

Ziel: Es gilt, Köpfe und Herzen der Wähler*innen (zurück) zu gewinnen, nicht, Auseinandersetzungen auf intellektuellem Gebiet zu gewinnen. Vorgehen: Etablierte Parteien müssen auch außerhalb der Wahlkampfzeiten für die Menschen erreichbar sein, aktiv und kreativ an der Lösung der „kleinen Probleme“ vor Ort arbeiten. Sie sollten Mitarbeitende vor Ort beschäftigen, die

Kontakt und Verbindung zu lokalen Bürger*inneninitiativen, NGOs und Vereinen unterhalten. Es geht um ehrliches, dauerhaftes Engagements vor Ort, Ansprechbarkeit, die Lösung auch von „kleinen Problemen“ nicht nur vor und in Wahlkampfzeiten.

- Eine Präsenz in den Social Media ergänzt das kommunale Büro vor Ort (hier sind rechtsextreme und populistische Parteien häufig viel besser ausgestattet).
- Es braucht soziale, monetäre Maßnahmen, die sozialen Abstiegsängsten entgegenzutreten
- Dies ist zugleich nicht alleinige Aufgabe der Politik, sondern der gesamten demokratischen Zivilgesellschaft.

Interaktion

Wichtig ist, Polarisierungen entgegenzuwirken, möglichst bevor sie entstehen. Den Kontakt und den Dialog zwischen verschiedenen ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen innerhalb der Gesellschaft aktiv zu fördern, zu unterstützen und zu begleiten. Dieser strategische Ansatz stützt sich auf die Erkenntnis, dass persönliche Kontakte zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen die auf beiden Seiten vorhandenen Vorurteile abbauen und gegenseitige Achtung und Toleranz erhöhen können.

- Hierfür braucht es regelmäßig wiederkehrende und moderierte Formen der Interaktion zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei können sowohl Konflikte ausgetragen als auch gemeinsame Anliegen und Ziele, etwa im Bereich der Lokalpolitik, formuliert und umgesetzt werden.
- Hilfreich ist der Aufbau von Begegnungsräumen im Alltag wie Nachbarschaftshäuser, Stadtteilzentren oder Jugendzentren.

Offensive Eindämmung

Hierbei geht es um eine sachliche Entkräftung der rechtspopulistischen und rechtsextremen Behauptungen und Forderungen, ohne sie inhaltlich oder politisch aufzuwerten. Dies erfordert es,

- sich nicht in (politische) Abhängigkeit von populistischen und/oder rechtsextremen Parteien zu begeben,
- die Deutungshoheit nicht an die rechtspopulistischen/rechtsextremen Parteien abzugeben,
- Unwahrheiten und Übertreibungen zu widersprechen, nicht nur im Parlament, sondern auch im Alltag.

Vor allem gilt es, ein optimistischeres Welt-/Gesellschaftsbild entgegenzusetzen und selbstbewusst zu vertreten. Positive Narrative darüber, „wie wir leben wollen“. Es bedarf nicht nur der Zurückweisung rechtsextremer Narrative, sondern stets auch einer eigenen gesellschaftspolitischen Gegenerzählung.

Was können (kommunale) Verwaltungen tun?

Einsicht gewinnen, dass Rechtsextremismus für jede Kommune eine Herausforderung ist

Viele Kommunen reagieren erst auf rechtsextreme Organisation vor Ort, wenn sich Strukturen verfestigt haben. Häufig herrscht die Angst vor, Rechtsextremismus vor Ort zu thematisieren gehe mit einem Imageschaden der Region einher. Dieses Weggucken begünstigt den Rechtsextremismus und unterstützt ungewollt die Verfestigung neonazistischer Strukturen. Rechtsextreme gibt es in allen Kommunen, daher sind alle Kommunen aufgefordert, aktiv zu werden.

Positionieren

Wer an der Spitze der Verwaltung einer Kommune steht, muss sich öffentlich und klar gegen Rechtsextremismus positionieren. Das hat Ausstrahlkraft auf die ganze Verwaltung und Kommune und bestärkt diese in ihren Handlungsspielräumen gegen Rechtsextremismus. Eine klare Positionierung für Demokratie, Menschenrechte, Diversität und gegen Rechtsextremismus sollte in einem Leitbild der Verwaltung festgehalten werden.

Ein solidarisches Klima schaffen

In Verwaltungen sollte zudem ein Klima der Offenheit und des Dialogs gefördert werden, das Kolleg*innen ermutigt, bei menschenfeindlichen Äußerungen zu widersprechen und diese ggf. zu melden, und Mitarbeitende dazu anspricht, Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in der Verwaltung und der Kommune einzubringen. Auch sollte eine Sensibilität in den Verwaltungen für die Schwierigkeiten potenzieller Opfergruppen rechter Gewalt gefördert werden. Dies kann durch Fortbildungen, eine diversitätsorientierte Einstellungspolitik und ein von der Verwaltungsspitze aktiv gefördertes solidarisches Betriebsklima geschehen.

Interne Anlaufstelle

Wie in allen großen Vereinen und Verbänden gibt es auch in Verwaltungen immer Personen, die sich menschenfeindlich positionieren, vielleicht sogar rechtsextrem organisiert sind. Mit deren Äußerungen und Handlungen sind dann Kolleg*innen und Menschen, die mit der Verwaltung zu tun haben, mitunter konfrontiert. Für diese Betroffenen braucht es in Verwaltungen eine Anlaufstelle. Rassistische Äußerungen oder gar rechtsextreme Organisation von Personen aus der Verwaltung müssen disziplinarische Konsequenzen haben. Diese können bis zum Ausschluss aus dem Dienstverhältnis und strafrechtlichen Konsequenzen reichen.

Papierterrorismus ist eine Strategie, die vor allem in der Szene der Reichsbürger*innen und Staatsverweigerer*innen beliebt ist: Behörden werden mit seitenlangen Eingaben in Schriftform, per Fax und E-Mail überflutet, um sie damit in ihrer Arbeitskraft zu schwächen und zu behindern. Oft gehen auch Bedrohungen damit einher, etwa Briefe mit beigelegten Patronenhülsen.

(Interne) Vernetzung

Verschiedenste Bereiche einer Verwaltung sind in ihrer Arbeit mit Aktivitäten von Rechtsextremen konfrontiert. Insbesondere Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen führen einen regelrechten Papierkrieg, der auch als „Papierterrorismus“ bezeichnet wird.

Um das Handeln gegen Rechtsextremismus in Verwaltung und Kommune untereinander abzustimmen, sollte eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gegründet werden, die sich abstimmt, Vorfälle sammelt und ein koordiniertes Vorgehen der Verwaltung gewährleistet. Auf kommunaler Ebene ist eine regelmäßige Zusammenarbeit und der Austausch mit Zivilgesellschaft und Polizei empfehlenswert.

Zivilgesellschaft stärken

Kommunen und Verwaltungen können durch aktives Handeln die Zivilgesellschaft stärken. Dies kann getan werden, indem Initiativen kostenlos oder kostengünstig kommunale Veranstaltungsräume zur Verfügung gestellt werden, ihr Engagement öffentlich betont wird, ihre Expertise eingeholt wird, sie finanziell unterstützt werden, auch durch Inanspruchnahme öffentlicher Gelder oder die Bildung einer Partnerschaft für Demokratie.

Handlungsspielräume ausnutzen

Eine Verwaltung hat immer Handlungsspielräume, um eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und Rechtsextreme in ihren Handlungen zu beschränken. Während der Coronapandemie meldeten viele Rechtsextreme keine Demonstrationen mehr an, sondern deklarierten diese als „Spaziergang“. Viele Verwaltungen stellten sich dem entgegen und bestanden darauf, dass politische Aufzüge nicht als Spaziergänge ohne Anmeldung stattfinden durften. Dort, wo Verwaltungen die Umdeklarierung akzeptierten und die Akteur*innen gewähren ließen, finden teilweise seit Jahren solche von Rechtsextremen dominierten Spaziergänge statt, die die Kommunen nachhaltig prägen und ein rechtsextremes Stadtklima befördert haben.

27. September 2023:

Die völkisch ausgerichtete „Artgemeinschaft“ wird verboten.

Nach dem 7. Oktober 2023

feiern verschiedene Aktivist*innen der extremen Rechten auf Social Media das antisemitische Massaker der Hamas in Israel.

3.6. Warum es auf jede*n Einzelne*n ankommt: Das können Sie gegen Rechtsextremismus tun

„Er hat letztens einen total rechtsextremen Spruch rausgehauen, da war ich erst mal sprachlos und wusste gar nicht, wie ich darauf reagieren soll.“

Der erstarkende Rechtsextremismus, nicht zuletzt in den Parlamenten, führt uns vor Augen, dass unsere demokratische Lebensweise nicht selbstverständlich ist. Die Demokratie als Gemeinschaftsform zielt darauf ab, dass alle Menschen gleichwertig sind und wir Verantwortung füreinander übernehmen, anstatt Einzelne oder bestimmte Gruppen auszuschließen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss jeden Tag aus Neuem gelebt und ausgehandelt, demokratische Werte verteidigt werden.

Wenn Sie in Ihrem direkten Umfeld mit rechtsextremen Äußerungen konfrontiert sind, empfinden Sie das vielleicht als unangenehme, schwierige Situation. Vielleicht sind Sie sich gar nicht sicher, ob die Äußerung tatsächlich problematisch ist. Oder Sie haben Angst, sich in der Diskussion zu blamieren, weil Sie sich mit den genauen Hintergründen und Fakten der Thematik gar nicht so gut auskennen. Manchmal befürchten Sie eine ausufernde Auseinandersetzung, oder Sie fragen sich: Bringt Diskutieren eigentlich noch was? Oder: Wieviel kann ich als Einzelperson schon verändern?

Es gibt nicht den Königsweg im Umgang mit Rechtsextremismus. Da spielen viele persönliche und politische Vorlieben eine Rolle. Unterschiedliche Situationen und involvierte Personen erfordern unterschiedliche Handlungsformen. Was strategisch klug und ange-

messen sein kann, ist nicht immer klar. Aber klar ist, dass die Menschenrechte als demokratischer Konsens stets ein guter Ausgangspunkt sind. Wichtig ist: Sie können immer etwas gegen rechtsextreme Tendenzen unternehmen. Achten Sie dabei unbedingt auf Ihre persönliche Sicherheit.

1. **Solidarisieren.** Immer und überall als erstes: Mit Personen solidarisieren, die von diskriminierenden und menschenverachtenden Anfeindungen betroffen sind. Sie können z.B. Ihre Unterstützung zeigen, indem Sie sich mit ihnen gegen Anfeindungen verbünden – sowohl mit direktem Zuspruch als auch mit öffentlichen Statements.
2. **Analysieren.** Eine Analyse, eine Einschätzung des Gegenübers erleichtert es, die passende Gegenstrategie zu entwickeln. Rechtspopulistische, nationalistische Akteur*innen im eigenen Umfeld: Wer ist aktiv? Gibt es Netzwerke? Wie agieren sie? Wie argumentieren sie? Welche Inhalte vertreten sie? Was sind ihre Strategien? Zeigen Sie Versuche der Instrumentalisierung auf.
3. **Positionieren.** Parteien, Medien, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sportverbände, zivilgesellschaftliche Initiativen und staatliche Verwaltungen sollten sich klar menschen- und freiheitsrechtlich positionieren. Das

Entwickeln eigener Strategien erleichtert Organisationen, Verbänden und Netzwerken den Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur*innen. Vereine können in ihren Satzungen und Leitbildern klar Stellung gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindschaft beziehen. Eine kritische Haltung gegenüber Rechtsextremismus zu entwickeln, kann nicht nur die Aufgabe engagierter Einzelpersonen sein, sondern sollte vom gesamten Kollegium oder Verein angestrebt werden.

4. **Widersprechen.** Ob im eigenen Verein, im Gespräch mit Nachbar*innen oder der Vorsitzenden einer rechtspopulistischen Partei: Bei Positionierungen, die Sie als falsch oder gar menschenverachtend erachten, gilt es zu widersprechen. Machen Sie Ihrem Gegenüber unmissverständlich klar, dass Sie den menschenfeindlichen Gehalt seiner Äußerung nicht teilen, sondern ablehnen. Zeigen Sie Ihrem Gegenüber die Konsequenzen seiner Aussage auf. Vermeiden Sie nach Möglichkeit, zu behrend zu wirken oder das Gefühl zu vermitteln, dem anderen ihre Meinung aufzwingen zu wollen. Nicht immer geht es darum, das Gegenüber zu überzeugen. Wichtiger ist oft, gegenüber Umstehenden, die unsicher sind, deutliche Positionierungen, gute Argumente und eine klare Haltung zu zeigen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und demokratisches Miteinander sollten in den Vordergrund gerückt werden.
5. **Menschenrechte verteidigen.** Ein demokratisches, offenes Weltbild spricht nicht automatisch für sich. Für eine solidarische Gesellschaft muss gewaltfrei gestritten werden. Demokratische Streitkultur muss wieder gelernt werden. Andere Positionen sind legitim und wichtig. Jedoch gibt es Grenzen. Legen Sie eine gemeinsame Grundlage für das Gespräch fest. Dazu kann die Feststellung gehören, dass Sie die Gesellschaft anhand von Empirie und Evidenz sowie auf

Grundlage der Menschenrechte denken und gestalten wollen. Das bedeutet, dass allen Menschen als Individuen die gleichen Rechte zukommen, unabhängig von bestimmten Eigenschaften wie Herkunft, Abstammung, Geschlecht oder beispielsweise religiöser Zugehörigkeit. Zeigen Sie auf, dass sich die rechtsextreme Position nicht mit einer menschenrechtlichen Position verbinden lässt, zum Beispiel weil sie andere Menschen abwertet. Die Menschenrechte müssen stets Grundvoraussetzung für den demokratischen Diskurs sein. Die Grenzen des Sagbaren sind dort erreicht, wo einer Person mit voller Absicht die Menschenrechte, also die Rechte, die sich aus der Würde des Menschen herleiten, aberkannt werden.

6. **Gegenargumente entwickeln.** Auf Infoportalen wie Belltower.News können Sie sich zu Demokratiegefährdung on- und offline informieren. Argumentationshilfen finden Sie zudem auf der Website der Amadeu Antonio Stiftung. Wenn Sie sich in ihrer Argumentation trotzdem noch unsicher fühlen, können Sie Argumentationstrainings besuchen. Wenn Sie in der konkreten Situation dann mit einer rechtsextremen Äußerung konfrontiert sind, fällt es Ihnen leichter zu kontern.
7. **Betroffenen zuhören.** Die Unterstützung und Bestärkung von Betroffenen sollte auch in konkreten Situationen Priorität haben, bevor ein Vorfall weiterbearbeitet werden kann. Hören Sie Betroffenen zu und fragen Sie diese nach ihren Bedürfnissen.

Sind Sie selbst von rechtsextremer Hetze betroffen? Das müssen Sie nicht mit sich allein ausmachen. Zögern Sie nicht, sich an Unterstützungseinrichtungen, wie die im VBRG zusammengeschlossenen Betroffenenberatungsstellen, zu wenden und Ihren Vorfall bei Meldestellen, wie den im KompRex-Infoportal aufgeführten Anlaufstellen, zu melden (zu den Kontaktdaten siehe

Kapitel „Beratung und Unterstützung“).

8. Für die Stärkung von marginalisierten Menschen einsetzen. Der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung ist in den Menschenrechten verankert. Sie können Selbstorganisationen von Betroffenen, Migrant*innen-Selbstorganisationen oder Empowerment-Initiativen unterstützen, die sich für die Rechte von Geflüchteten, Sinti und Roma oder anderen und gegen anti-muslimischen Rassismus und Antisemitismus einsetzen. Oder Initiativen, die mit Betroffenen rechter und rechtsextremer Gewalt zusammenarbeiten.
9. Staatliches Versagen benennen. Der häufigen Bagatellisierung der alltäglichen rechten Gewalt durch Teile der Polizei, Justiz und Politik steht das jahrelange beispielhafte Engagement von zahlreichen Initiativen gegen Rechtsextremismus gegenüber. Staatliches Versagen sollte benannt, und Täter*innen sollten zur Verantwortung gezogen werden. Die (lokale) demokratische Zivilgesellschaft muss gefördert werden.
10. An Opfer rechtsextremer Gewalt erinnern. Amadeu Antonio war eines der ersten Todesopfer rechter Gewalt seit dem Wendjahr 1990. Mindestens 219 Todesopfer rechtsextremer Gewalt sowie 16 weitere Verdachtsfälle dokumentiert die Amadeu Antonio Stiftung seitdem – und geht dabei von einer hohen Dunkelziffer aus. Von der Bundesregierung werden lediglich 113 der Tötungsdelikte als rechts motiviert gewertet und damit staatlich anerkannt. Seit Jahren beklagt die Amadeu Antonio Stiftung die große Diskrepanz zwischen der Anerkennung von Todesopfern rechter Gewalt durch staatliche Behörden und der Zählung durch unabhängige Organisationen sowie Journalisten. Die Stiftung setzt sich deshalb unermüdlich für die staatliche Anerkennung weiterer Opfer ein. Sie können diese Arbeit unterstützen, indem Sie staatliche Aufklärung fordern, lokale Gedenkpolitik unterstützen, Straßenumbenennungen und Erinnerungsveranstaltungen besuchen oder organisieren.
11. Spenden. Initiativen vor Ort und die Stiftung brauchen für ihre Arbeit für eine starke Demokratie neben Mut und langem Atem auch eine verlässliche Finanzierung. Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine klare Absage zu erteilen.
12. Gegenentwürfe entwickeln. Im stressigen Alltag kommt häufig das Bedürfnis nach schnellen Lösungen auf, wie etwa dem perfekten Argument gegen Rechtsextremismus. Obwohl dies ein wichtiger Baustein sein kann, lassen sich menschfeindliche Haltungen nicht allein dadurch auflösen, dass sie argumentativ widerlegt werden. Rechtsextremes Gedankengut ist tief in unserer Gesellschaft verankert. Das Wichtigste im Umgang mit Rechtsextremist*innen ist die eigene Haltung: Wofür stehe ich/stehen wir, wie will ich leben, in was für einer Gesellschaft? Dies sollte stets offensiv nach außen vertreten werden, statt sich an Rechtsextremist*innen und deren Themen abzuarbeiten.

Literatur und Arbeitsmaterialien

Handreichungen

der Amadeu Antonio Stiftung und des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena

Rechtsextreme Akteure

- Mystische Menschenfeindlichkeit – Hintergründe und Erscheinungsformen rechter Esoterik. Berlin 2023.
- Factsheet: „Reichsbürger“. Rechte Ideologie, Strukturen und Aktivitäten. Jena 2023.
- Demokratie verteidigen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Berlin 2021.
- Land unter? Handlungsempfehlungen zum Umgang mit völkischen Siedler*innen. Berlin 2021.

Frauen und Rechtsextremismus

- Gender matters. Geschlechterreflektierende Ansätze gegen Rechtsextremismus. Berlin 2023.
- Frauen in der rechten Szene. Scrollytelling. Online unter: www.rechte-frauen.de. Berlin 2023.
- Frauenhassende Online-Subkulturen. Ideologien – Strategien – Handlungsempfehlungen. Berlin 2021.

Rechtsextremismus online und Gaming

- Unverpixelter Hass. Toxische und rechtsextreme Gaming-Communitys. Berlin 2022.
- Rechtsterroristische Online-Subkulturen. Analysen und Handlungsempfehlungen. Berlin 2021.
- Gaming und Rechtsextremismus. 25 Fragen & Antworten zum Thema. Berlin 2021.
- Jährliche Digital Reports zu aktuellen Facetten des Rechtsextremismus in Sozialen Netzwerken. Leipzig/Berlin.

Desinformation

- „Eine Waffe im Informationskrieg“. Demokratiefeindliche Narrative in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Berlin 2023.
- Desinformationen: Von prorussischen Kampagnen zu Narrativen in der Energiekrise. de:hate report #4. Berlin 2022.
- Energiekrise und Russlands Krieg. Das „Querdenken“-Milieu als antidemokratische Kampagnenmaschine. Berlin 2022.
- Immun gegen Fakten. Organisierte Impfgegnerschaft als Demokratiegefährdung. Berlin 2022.

Lokale und internationale Perspektive

- Nordsächsische Zustände Spezial. Ein Bericht zu rechtsextremen Strukturen und Verschwörungsideologien. Leipzig 2024.
- On Europe's Streets. Annual Marches Glorifying Nazism. Amadeu Antonio Stiftung und B'nai B'rith International. Washington 2023.
- State of Hate: Far Right Extremism in Europe 2021. Wie sich die extreme Rechte in Zeiten der Krise transnational organisiert. Berlin 2021.
- Weiblich, bewegt, extrem rechts. Frauen, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Berlin 2021.

Betroffene rechtsextremer Gewalt

- Alles Einzelfälle? Misogynie und sexistisch motivierte Gewalt von rechts. Berlin 2022.
- Leben in Gefahr. Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland. Berlin 2021.
- Dem Leben entrissen. Im Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt in Berlin. Berlin 2021.

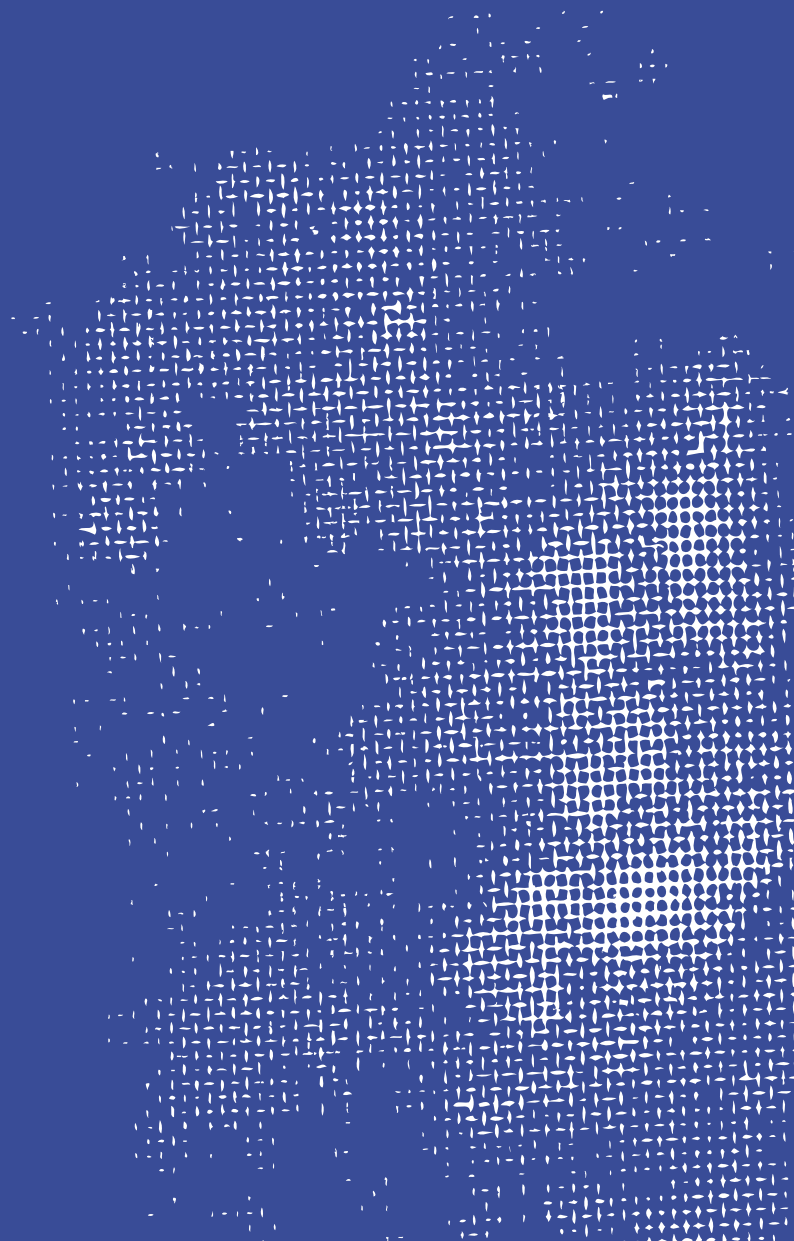
Sonstiges

- Zivilcourage älterer Menschen und Rechtsextremismus. Eine problemzentrierte Studie. Berlin 2021.

Diese und weitere Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung und des IDZ Jena sind abrufbar unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen.

Weitere Literatur und Ressourcen

Eine große Sammlung weiterer Bildungsmaterialien von anderen Trägern der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung sind in der Vielfalt-Mediathek von IDA e.V. abrufbar unter: www.vielfalt-mediathek.de.



Literatur und Arbeitsmaterialien

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

- Es gibt rund 50 Mobile Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Die Dachorganisation Bundesverband Mobile Beratung hilft Ihnen gern, Ansprechpartner*innen vor Ort zu finden: www.bundesverband-mobile-beratung.de.

Betroffenenberatung

- Täglich werden in Deutschland mindestens fünf Menschen Opfer einer rechten, rassistischen oder antisemitischen Gewalttat. Die im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) zusammengeschlossenen Fachberatungsstellen sorgen dafür, dass die Betroffenen und Angegriffenen nicht allein bleiben. Der VBRG hilft Ihnen gern, Ansprechpartner*innen vor Ort zu finden www.verband-brg.de.

Ausstiegsberatung

- Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (BAG Ausstieg) ist der bundesweite Dachverband zivilgesellschaftlicher Akteure der Ausstiegs- und Distanzierungshilfe aus extrem rechten Zusammenhängen. Die BAG Ausstieg hilft Ihnen gerne Ansprechpartner*innen vor Ort zu finden: www.bag-ausstieg.de.

Monitoring

- CeMAS bündelt als gemeinnützige Organisation interdisziplinäre Expertise zu Themen wie Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Durch systematisches Online-Monitoring und moderne

Studiendesigns analysiert CeMAS aktuelle Entwicklungen, um daraus innovative Strategien abzuleiten: www.cemas.io.

Kampagnen

- Campact ist eine Kampagnen-Organisation, mit der über 3 Millionen Menschen entschlossen für progressive Politik eintreten und unsere Demokratie verteidigen. Zu Campact gehören auch die Petitionsplattform WeAct, auf der Sie Ihre eigene Petition starten können, und die gemeinnützige Demokratie-Stiftung Campact: www.campact.de.

Partnerschaften für Demokratie

- Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen: <https://www.demokratie-leben.de>

Unterstützung, Beratung, Workshops und vieles mehr

- Es ist in der Regel sinnvoll, sich Unterstützung gegen Rechtsextremismus vor Ort zu holen. Im Infoportal des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention (KompRex) sind die unterschiedlichsten Unterstützungsangebote bundesweit über eine Suchmaske abrufbar. Klicken Sie einfach auf: www.infoportal.komprex.de.



Endnoten

- 1 Vgl.: Begrich, David (17.09.2021): Generation Hoyerswerda. In: taz.de, <https://taz.de/Rechtsextreme-Gewalt-in-Ostdeutschland/!5797474> (abgerufen am 05.02.2024).
- 2 Die rechtsextremen Anschläge von Halle und Hanau waren geprägt von Antisemitismus und Rassismus und sind Ausdruck einer neuen Ära rechtsextremen Terrors. Siehe dazu: Potter, Nicholas (22.7.2021): „Blaupause für Online-Attentäter“. In: Belltower.News, www.belltower.news/10-jahre-utoya-blaupause-fuer-online-attentaeter-118989
- 3 Vgl.: Bundesministerium des Innern und für Heimat, Bundeskriminalamt (2023): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Bundesweite Fallzahlen, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-factsheets.pdf;jsessionid=1ACDA8C-B24F29D776659A8BCCA2D0AB6.live892?__blob=publicationFile&v=5 (abgerufen am 05.02.2024).
- 4 Siehe: Pro Asyl (2016): 2015: Dramatischer Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlinge. In: proasyl.de, 13.01.2016, <https://www.proasyl.de/news/2015-dramatischer-anstieg-von-gewalt-gegen-fluechtlinge>
- 5 Siehe: taz (14.07.2016): Straßen voller Neonazis. In: taz.de, <https://taz.de/Rekordanzahl-rechtsextremer-Demos/!5323513> (abgerufen am 19.03. 2024).
- 6 Siehe: Kiess, Johannes/Wetzel, Gideon (2022): Extrem rechte Online-Mobilisierung zwischen Corona und Krieg. In: EFBI Digital Report, 2022-1, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/05/2022-1-efbi-digital-report_final.pdf (abgerufen am 22.02.2024).
- 7 Siehe: Weers, Anna (15.01.2024): Bauer sucht Systemsturz. In: Belltower.News, <https://www.belltower.news/trecker-proteste-bauer-sucht-systemumsturz-154989> (abgerufen am 22.02.2024).
- 8 Vgl. Küpper, Beate/Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- 9 Siehe: Lauer, Stefan (15.02.2024): Die AfD auf TikTok – leider erfolgreich. In: Belltower.News, <https://www.belltower.news/interview-die-afd-auf-tiktok-leider-erfolgreich-155241> (abgerufen am 16.02.2024).
- 10 Siehe: Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2023: Eine alarmierende Jahresbilanz der Opferberatungsstellen, <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen> (abgerufen am 15.09.2024); Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2023): Lagebild Rassismus in Deutschland: Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen, <https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1864320/2157012/77c8d1dddea760bc13dbd87ee9a415f/lagebericht-rassismus-komplett-data.pdf> (abgerufen am 19.03.2024).
- 11 Siehe: CORRECTIV (2024): Geheimplan gegen Deutschland. In: correctiv.org, 10.01.2024, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen> (abgerufen am 22.02.2024).
- 12 Siehe: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- 13 Siehe: <https://www.kulturelle-integration.de/2022/06/03/antisemitismus-ist-das-betriebssystem-auf-dem-viele-verschwörungserzählungen-laufen> (abgerufen am 04.10.2024).
- 14 Amadeu Antonio Stiftung (2022): Energiekrise und Russlands Krieg. Das „Querdenken“-Milieu als antidemokratische Kampagnenmaschine, S. 11.
- 15 Weißmann, Karlheinz (1986): Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik? Eine Bestandsaufnahme. In: Criticón 96, S. 176-179, hier: S. 179.
- 16 Kraus, Maximilian (2023): Politik von rechts. Ein Manifest. Verlag Antaios Schnellroda, S. 200.
- 17 A.a.O., S. 200 f.
- 18 Siehe: Roth-Grigori, Alexander/Haak, Steve (07.01.2022): Die neue Heimat für Querdenker und Rechte im Netz, https://www.t-online.de/digital/internet-sicherheit/internet/id_100004202/gettr-die-neue-heimat-fuer-querdenker-und-rechte-im-netz.html (abgerufen am 04.10.2024).
- 19 Titz, Una (2022): „Alt-Tech“ – Das Archipel digitaler Hassrede. In: Else-Frenkel-Brunswick-Institut (Hg.): EFBI Digital Report 2022-1. Leipzig, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/05/2022-1-efbi-digital-report_final.pdf, S. 15 ff.
- 20 Vgl. McCarthy, Niall (3.12.2014): Dark Social Dominates Online Sharing, <https://www.statista.com/chart/3019/percentage-of-shares-by-sharing-channel> (abgerufen am 04.10.2024).
- 21 Die sogenannte „Volksgemeinschaft“ dient im Rechtsextremismus als ideologisches Konstrukt der Selbst- und Fremdzuschreibung. Über die Zugehörigkeit zu dieser „Gemeinschaft“ kann nicht entschieden werden, sondern sie ist lediglich „deutschen“ Personen vorbehalten. „Deutschsein“ wird dabei im Sinne einer „Blut-und-Boden“-Ideologie definiert. Vgl. Kapitel 2. Elemente des Rechtsextremismus.
- 22 May, Michael/Heinrich, Gudrun (2020): Rechtsextremismus pädagogisch begegnen. Handlungswissen für die Schule. Stuttgart: Kohlhammer.
- 23 Rohde, Renate (2019): Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. Eine ethnografische Studie zu Initiativen in Rostock und Mölln. Opladen/Berlin/Toronto:

- Budrich UniPress. Online: https://www.pedocs.de/frontdoor.php?source_opus=24062
- 24 Behn, Sabine/Bohn, Irina/Karliczek, Kari-Maria/Lüterm Albrecht/Sträter, Till (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Online: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/8346-lokale-aktionsplaene-fuer-demokratie.html
- 25 Das UE verweist auf den Ursprung der Initiative im Landkreis Uelzen.
- 26 Zitiert nach: Neue deutsche Medienmacher (o.J.): Glossar. Weiß. Online: <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/weisse-deutsche> (abgerufen am 24.06.2024).
- 27 Zitiert nach: Neue deutsche Medienmacher (o.J.): Glossar. Schwarze Menschen, Schwarze*r. Online: <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/schwarze-menschen-schwarzer> (abgerufen am 24.06.2024).
- 28 Vgl. VBRG (2024): Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2023: Eine alarmierende Jahresbilanz der Opferberatungsstellen. Online: <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen>
- 29 Das UE verweist auf den Ursprung der Initiative im Landkreis Uelzen.
- 30 Die folgenden drei Gegenstrategien basieren stark auf den Arbeiten des britischen Politikwissenschaftlers Matthew Goodwin, zusammengetragen in der Analyse von Dr. Werner T. Bauer: „Wir sind das Volk“ – Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, Juni 2023 (aktualisierte und überarbeitete Fassung), <https://politikberatung.or.at/studien/rechtspopulismus/wir-sind-das-volk-rechtsextreme-und-rechtspopulistische-parteien-in-europa> (abgerufen am 04.10.2024).
- a Siehe: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/petry-for-dert-notfalls-schusswaffen-einsatz-gegen-fluechtlinge-an-der-grenze-a-1074816.html> (abgerufen am 13.12.2024)
- b Siehe: <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170118-99-928143> (abgerufen am 13.12.2024)

GEMEINSAM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS!

UNSER ZIEL

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass, Hetze und Ausgrenzung – eine Welt, in der alle Menschen sicher und gleichberechtigt leben können. Daher setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung für Demokratie ein. Gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Denn Hass und Hetze brauchen Gegenwind.

Weil die Gleichwertigkeit aller Menschen zwar im Grundgesetz festgeschrieben ist, ihre tatsächliche Umsetzung aber immer wieder erwirkt werden muss, arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung ihrem Ziel mit vielfältigen Methoden und auf unterschiedlichen Ebenen entgegen. auf unterschiedlichen Ebenen entgegen.

DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG ... UNTERSTÜTZT Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt – etwa mit dem Opferfonds CURA. Außerdem engagiert sich die Amadeu Antonio Stiftung dafür, dass die Perspektiven von Betroffenen oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.

FÖRDERT bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft stark machen. Besonders im ländlichen Raum.

FORSCHT und **MONITORT** zu den Themen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Publikationen und Beratung, aber auch in konkrete Forderungen an die Politik einfließt.

SORGT dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf Belltower. News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch pädagogische Arbeit und (Fort-) Bildung für Multiplikator*innen.

IHR BEITRAG

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der Amadeu Antonio Stiftung. Damit wir uns weiterhin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus engagieren können. Gemeinsam. Seien Sie dabei.

Die Stiftung kontaktieren

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
amadeu-antonio-stiftung.de

Der Stiftung spenden

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS



amadeu-antonio-
stiftung.de/spenden-
und-stiften/

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Der Stiftung folgen

✂ AmadeuAntonio
f AmadeuAntonioStiftung
@ amadeuantoniofoundation
amadeuantoniofoundation
AmadeuAntonioStiftung
amadeu-antonio-stiftung

10. Januar 2024:

Veröffentlichung der Correctiv-Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“ und anschließende Massenproteste gegen Rechtsextremismus.

16. Juli 2024:

Vorläufiges Verbot des rechtsextremen Compact-Magazins. Wenige Wochen später wird das Verbot bis zur endgültigen Prüfung teils vorläufig außer Kraft gesetzt.

1. September 2024:

Landtagswahl in Thüringen – die AfD wird erstmals bei einer Landtagswahl stärkste Partei.

Die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus ist ein Projekt in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Rechtsextremismus ist aktuell die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Immer mehr Engagierte möchten dem etwas entgegensetzen. Dafür braucht es ein wenig Handwerkszeug: Was ist eigentlich Rechtsextremismus? Wie erkenne ich extrem rechte Akteur*innen und ihre Strategien? Und vor allem: Was kann ich selbst gegen Rechtsextremismus unternehmen? Wie kann ich Betroffene stärken? Die Publikation bietet Antworten, mutmachende Praxisbeispiele sowie wichtige Quellen und Anlaufpunkte.

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**